

Die AfD und die freiheitliche, demokratische Grundordnung.

von Thomas Schlick.

Die aktuelle politische Debatte in Deutschland ist geprägt von unterschiedlichen Sichtweisen auf die Rolle der Regierung und die Opposition. Die Alternative für Deutschland (AfD) wurde kürzlich vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistische Organisation eingestuft. Diese Entscheidung hat zu Kontroversen geführt, insbesondere da die AfD in Umfragen stark abschnidet.

Kritiker sehen darin eine politische Maßnahme zur Schwächung der Opposition, während Regierungsvertreter betonen, dass die Einstufung auf einer umfassenden Untersuchung basiert und dem Schutz der demokratischen Ordnung dient.

Die AfD hat wiederholt beklagt, dass ihr wichtige parlamentarische Rechte, wie Ausschussvorsitze oder die Finanzierung parteinaher Stiftungen, vorenthalten werden.

Regierungsvertreter argumentieren hingegen, dass die AfD aufgrund ihrer Einstufung als extremistische Partei nicht dieselben Privilegien wie andere Parteien erhalten sollte.

Auch die Rolle der Medien und NGOs wird diskutiert. Während die AfD behauptet, dass sie durch staatlich finanzierte Medien und Organisationen gezielt diskreditiert wird, betonen Regierungsvertreter, dass unabhängige Medien und zivilgesellschaftliche Gruppen eine wichtige Rolle in der Demokratie spielen.

Die Frage der Pressefreiheit ist ebenfalls ein Thema, das regelmäßig in politischen Debatten auftaucht.

Die Diskussion über die Einschränkung von Versammlungen und die Behandlung oppositioneller Stimmen durch Strafverfolgungsbehörden und Zensur durch regierungsnahe Organisationen in den sozialen Medien ist komplex.

Während die Regierung betont, dass Maßnahmen gegen Hassrede und extremistische Aktivitäten notwendig sind, sehen Kritiker darin eine Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Die politische Landschaft in Deutschland bleibt dynamisch, und die Debatte über die Fairness des politischen Wettbewerbs wird weiterhin geführt.

Die Diskussion wird allerdings oft viel zu oberflächlich geführt, auf dem Niveau, wie es Kindergartenkinder tun würden: Du bist böse! Bin ich gar nicht! Doch!

Es bedarf daher eines Blickes auf die harten Fakten und das Beiseitelassen der Emotionen. Die eigene, wertende Meinung auf Basis der eigenen Weltsicht sollte nicht den Ausschlag geben, sondern die Fakten!

Schauen wir doch mal, ob die AfD wirklich eine Gefahr für unsere Demokratie und Werteordnung ist!

Der AfD wird seit ihrer Gründung alles Mögliche vorgeworfen.

Sie sei:

- Populistisch
- Völkisch
- Europafeindlich
- verbreite Hass und Hetze
- wäre rechtsextrem
- faschistisch

nun ist keines dieser Zuschreibungen durch die politischen Gegner der AfD verboten!

Hass und Hetze sind Gefühle.

Es gibt kein Gesetz, dass es verbietet, populär zu sein.

Es gibt auch kein Gesetz, dass es verbieten würde, zu vereinfachen- was ja auch oft ein Vorwurf ist, die AfD würde einfache Antworten auf komplexe Probleme liefern.

Erstens: Was ist falsch daran, Lösungen zu erarbeiten und zu formulieren und zweitens darf man nicht vergessen, dass es viele Probleme ohne das Altparteienkartell gar nicht gäbe und sie sich auch als unfähig erwiesen haben, diese Probleme zu beseitigen! Jemand anderem dann vorzuwerfen, er präsentiere den Bürgern Lösungen in populärer weise ist schon richtig dreist, wenn man selbst die Karre in den Dreck gefahren hat!

Das Wort populistisch soll die Nähe zu einem „Ismus“ andeuten, ist aber vor allem ein reiner Kampfbegriff.

Europafeindlich ist ebenso ein kampfbegriff, man kann nicht feindlich einem Kontinent gegenüber sein! Gemeint ist vielleicht, dass man sich gegen das Konstrukt EU stellt, was aber wiederum legitim ist! Man kann Europäer sein und gleichzeitig, die Arbeit der EU, seinen Zentralismus ablehnen! Das ist nicht verboten und ob die EU besonders demokratisch ist, darf aufgrund der offensichtlichen Defizite in der Konstitution, ohne weiteres bezweifelt werden.

Man kann auch niemanden zwingen, vor der EU-Fahne zu salutieren und bei der EU-eigenen Hymne Freude-schöner-Götterfunken in Patriotismus zu verfallen!

Das Verb rechtsextrem ist strafrechtlich oder gesetzlich überhaupt nicht konnotiert.

Es gibt zum Beispiel keinen Straftatbestand, rechtsextrem zu sein, genauso wenig, wie es einen gibt, exzessiver Raucher oder militanter Veganer zu sein. Rechtsextrem zu sein, ist eine innere Haltung oder Weltanschauung. Ähnlich, wie es der Linksextremismus ist oder der Islamismus. Für eine innere Haltung kann man nicht verurteilt werden! Es fängt da an, wo man Gewalt anwendet, eine kriminelle Vereinigung gründet oder gar Terrorismus unterstützt, bzw. ausführt.

Da dies nicht der Fall ist, soll mit dem „Siegel“ rechtsextrem“ aber wohl Menschen, die eine nicht-genehme Weltanschauung haben, vom politischen Gegner abgestempelt werden können, um sie aus der Gemeinschaft auszugrenzen und in die- in Deutschland maximal anrühige Ecke- des Nazi gestellt werden.

„Nazi“ will in Deutschland nach der Entnazifizierung niemand sein und es ist eine maximal mögliche Ächtung, jemanden vorzuwerfen, ein Nazi zu sein, wie ein Nazi zu

denken, zu reden oder auszusehen.

Aber was ist „Nazi“ eigentlich?

Zuerst einmal ist mit „Nazi“ jemand gemeint, der der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) angehört.

Das wird schon mal schwer, da die Partei nach dem verlorenen Krieg am 10.10.1945 durch das Kontrollratsgesetz Nr. 2 der Alliierten verboten wurde.

Es gibt auch nicht mehr viele Zeitzeugen, die selbst einmal in der NSDAP Mitglied waren. Sie hätten schon als junges Kind eintreten müssen, oder wären heute ca. 100 Jahre alt.

Die AfD beruft sich auch nicht auf die NSDAP, verfolgt nicht deren Ziele und wurde erst 2013, also rund 68 Jahre nach dem Krieg gegründet.

Es ist also klar, dass der Vorwurf „Nazi“ zu sein, haltlos ist!

Was ist mit faschistisch?

Dazu muss man wissen, dass auch dies ein Sammelbegriff ist, eine Schublade, in die man Menschen steckt, um sie einzuordnen.

Ursprünglich bezeichnet der Begriff eine politische Bewegung in Italien zwischen 1922 und 1943. Bereits ab 1920 wurde der Begriff dazu benutzt, um ultranationalistische, nach dem Führerprinzip organisierte, antiliberalen und antimarxistische Bewegungen zu bezeichnen.

Unter Benito Mussolini bezeichneten sich die Anhänger des italienischen „Bundes“ („fascio“) selbst so. Es sollte eine Anlehnung an die zu Bündeln zusammengeschnürten Weizenhalme auf dem Feld sein und in etwa bedeuten, dass ihre Mitglieder wie zusammengebunden einig waren. Der Rutenbund war bereits zur Römerzeit ein Symbol der Macht im Römischen Reich.

Benito Mussolini ist schon lange tot.

Er wurde bei einem Aufstand der italienischen Bevölkerung 1943 gelyncht.

Warum sollte die AfD faschistisch sein?

Sie hat zwei gleichberechtigte Parteivorsitzende, die gewählt wurden und die sich auch einer Neuwahl stellen mussten. Die Vorgänger im Amte, Herr Lucke, Frau Petry, Herr Meuthen wurden allesamt abgewählt und ausgetauscht, als es jeweils zu Kampfabstimmungen um den Kurs der Partei ging, den letztendlich die Mitglieder gegen ihre Vorsitzenden entschieden. Das klingt nicht nach einem Führerkult von einem starken Führer, um den sich alles sammelt. Es scheint viel eher so, als wäre die AfD die Partei, die sich ein angehender Diktator zu allerletzt aussuchen sollte, um seine Karriere als Unterdrücker zu beginnen.

Neonazis (Neu-Nazis) und Neofaschisten (Neue Faschisten) sind als Begriffe fast ausschließlich in Deutschland in Verwendung und versuchen im Sinne der Einteilung der 1920-1945-Jahre die heutigen Bürger zu katalogisieren.

Da man keine eindeutige Zuordnung ableiten kann, verwendet man „Rassismus“, „völkisch“, „Elitedenken“, „militanter Antikommunismus“, „Gewaltbereitschaft“ usw. als kennzeichnende Zuschreibungen.

Nur trifft das nicht die AfD, denn niemand in der AfD und auch nichts im Programm der Partei sagt etwas über Rassen! Es gibt keine Ahnentafeln, keine Rassenkunde

und Militanz ist auch nicht zu erkennen. Keine Straßenkommandos, keine Uniformierung, keine Kämpferbünde, keine Ausbildungscamps...

Ein Elitedenken schließt sich schon deshalb aus, da der Hauptteil der Wählerschaft der AfD aus dem Bereich der Arbeiter und Angestellten, der sogenannten Mittelschicht stammt.

Der AfD vorzuwerfen, sie wäre gewaltbereit, ist geradezu zynisch, denn laut Statistiken wird keine Partei so häufig durch ihre Gegner angegriffen, wie die AfD! Die Anhänger der AfD werden am häufigsten von allen Mitgliedern der Parteien Ziel von Angriffen! Meist übrigens aus genau jenem Klientel, welches der AfD vorhält, Gewalt anzuwenden- der Räuber schreit: „Haltet den Dieb!“

All die Anwürfe, die Zuschreibungen, die Stempel, die man der AfD seit Beginn aufdrückt, haben sich also bisher als haltlos, als inhaltsleer oder als bewusste Diffamierung ohne Richtigkeit herausgestellt.

Darum fußt die Einstufung der AfD durch den Verfassungsschutz auch nicht auf diesen Begriffen, auch wenn das beim Lesen des Gutachtens so wirkt, weil diese Begriffe permanent genutzt werden.

Auch die teilweise völlig sinnbefreite „Kontaktschuld“, um die sich ein Hauptteil des Gutachtens dreht, ist trotz der ausufernden, auf vielen Seiten beschriebenen, Beispiele völlig wirkungslos!

Das geht es meist auf diesem (niedrigen) Niveau: „Der kennt den“, „der war bei dem Treffen und der war auch da“...

Teilweise wird erwähnt, dass Mitglieder der AfD die Jugendorganisation der AfD unterstützen, Spenden für sie sammeln usw.

Das wird zwar in allen Varianten ausgewalzt, aber da das nicht verboten ist, jemanden zu kennen oder mit jemanden auf der gleichen Demo zu sein, bezieht sich der Verfassungsschutz auch darauf nicht.

Die Gefährlichkeit wird vielmehr an der angeblich mangelnden Verfassungstreue festgemacht. Die AfD habe vor, die freiheitlich-demokratische Grundordnung abzuschaffen. Und sie sei dabei „völkisch“. Grenze also Menschen mit anderem als deutschem Hintergrund aus und sei „menschenfeindlich“. Das bedeutet, sie gewährt nicht allen Menschen die Menschenwürde.

Das also sind die Hauptvorwürfe, auf die sich der VS und in der Folge unsere Gegner stützen.

An diesem Punkt hört die „Beweisführung“ in der Öffentlichkeit leider meist auf. Was an den Vorwürfen belastbar dran ist, wird in Nachrichten, in Talkshows, in Berichten leider kaum erläutert.

Und genau hier beginne ich nun meinen Blick darauf zu werfen.

Was ist eigentlich gemeint, wenn man von der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung spricht?

Die freiheitliche, demokratische Grundordnung (FDGO) ist das zentrale Prinzip der deutschen Demokratie und bildet das Fundament des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Sie umfasst grundlegende Werte und Prinzipien, die die freie, rechtsstaatliche und demokratische Ordnung sichern. Zu den Kernmerkmalen gehören:

1. **Menschenwürde und Freiheit** – Der Schutz der Würde des Menschen und seiner unveräußerlichen Rechte steht an oberster Stelle (Artikel 1 Grundgesetz).
2. **Demokratieprinzip** – Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus. Politische Entscheidungen werden durch Wahlen und Abstimmungen getroffen.
3. **Rechtsstaatlichkeit** – Die Gesetze gelten für alle und sichern eine unabhängige Justiz sowie den Schutz vor Willkür.
4. **Gewaltenteilung** – Die staatliche Macht ist in Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (Regierung) und Judikative (Gerichtsbarkeit) aufgeteilt, um Machtmissbrauch zu verhindern.
5. **Mehrparteienprinzip** – Politische Vielfalt und Konkurrenz sichern die Demokratie und verhindern eine Monopolisierung der Macht.
6. **Chancengleichheit für alle Parteien** – Alle Parteien müssen gleiche Möglichkeiten haben, sich politisch zu betätigen.
7. **Meinungs- und Pressefreiheit** – Jeder darf seine Meinung frei äußern, und eine unabhängige Presse ist für die Demokratie unerlässlich.

2. §4 VerfSchG zählt die 7 Punkte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FDGO) auf. Diese sind:

- a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
- f) der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

<https://www.gesetze-im-internet.de/bverfsg/4.html>

Und weiter: **Eine Regierung muss die Opposition respektieren und ihr die Möglichkeit geben, ihre Rolle als Kontrollinstanz und alternative politische Kraft auszuüben.** Nach den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen

Grundordnung (FDGO) sollte der Umgang mit der Opposition folgende Merkmale aufweisen:

1. **Respekt und Fairness** – Die Opposition darf nicht eingeschränkt oder unterdrückt werden. Ihre Meinungen und Kritik müssen ernst genommen und sachlich diskutiert werden.
2. **Zugang zu parlamentarischer Mitwirkung** – Die Opposition hat das Recht, an Gesetzgebungsprozessen mitzuwirken, eigene Anträge einzubringen und Ausschüsse zu besetzen.
3. **Kontrolle und Transparenz** – Eine funktionierende Demokratie erfordert, dass die Regierung sich kritischen Fragen der Opposition stellt und ihre Politik offenlegt.
4. **Freie Meinungsäußerung** – Kritische Stimmen dürfen nicht durch Zensur oder Druck mundtot gemacht werden. Eine offene Debatte fördert die Demokratie.
5. **Möglichkeiten für Regierungswechsel** – Ein demokratisches System sichert, dass die Opposition faire Chancen hat, bei Wahlen die Regierung abzulösen.

Schauen wir uns noch die Unabhängigkeit der Justiz genauer an:

Die **Unabhängigkeit der Justiz** ist ein zentraler Pfeiler der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FDGO) in Deutschland. Sie stellt sicher, dass Gerichte frei von politischer Einflussnahme handeln und Entscheidungen ausschließlich auf Basis von Recht und Gesetz treffen. Zu den wichtigsten Merkmalen gehören:

1. **Gewaltenteilung** – Die Justiz ist eine von der Legislative und Exekutive getrennte Staatsgewalt, sodass Richterinnen und Richter nicht von politischen Entscheidungsträgern beeinflusst werden.
2. **Richterliche Unabhängigkeit** – Richter sind nur dem Gesetz unterworfen und dürfen nicht durch Weisungen oder Druck beeinflusst werden (Artikel 97 Grundgesetz).
3. **Lebenslange Ernennung und Schutz vor Entlassung** – Richter auf Lebenszeit können nicht willkürlich entlassen werden, was ihre Unabhängigkeit stärkt und politische Einflussnahme verhindert.
4. **Unabhängige Strafverfolgung** – Die Staatsanwaltschaft muss objektiv und unparteiisch ermitteln, auch wenn es um politische oder wirtschaftlich mächtige Akteure geht.
5. **Grundrechte als Maßstab** – Die Justiz sichert den Schutz der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, auch gegenüber staatlichen Institutionen.

Wie definiert man die Neutralität des Staates eigentlich genau?

In einer Demokratie dienen **staatliche Institutionen** dem Gemeinwohl und müssen unabhängig von parteipolitischen Interessen agieren. Eine Regierung darf staatliche Institutionen nicht missbrauchen, um die Opposition zu behindern oder zu unterdrücken.

Die FDGO setzt klare Grenzen:

1. **Rechtsstaatlichkeit** – Alle staatlichen Institutionen müssen sich an Recht und Gesetz halten. Eine gezielte politische Verfolgung der Opposition durch staatliche Organe wäre ein Rechtsbruch.
2. **Gewaltenteilung** – Die unabhängige Justiz und parlamentarische Kontrollmechanismen verhindern, dass die Regierung ihre Macht missbraucht.
3. **Meinungs- und Pressefreiheit** – Kritische Stimmen und Oppositionsparteien haben das Recht, ihre Ansichten frei zu äußern, ohne staatliche Repressionen zu befürchten.
4. **Chancengleichheit im politischen Wettbewerb** – Staatliche Ressourcen dürfen nicht dazu genutzt werden, eine politische Gruppe zu bevorzugen oder andere zu benachteiligen.

Missbrauch staatlicher Institutionen zur Bekämpfung der Opposition wäre ein Angriff auf die Demokratie und würde die FDGO verletzen. Eine starke Opposition ist essenziell für eine funktionierende Demokratie, da sie als Kontrollinstanz dient und alternative politische Lösungen bietet.

Was meint man mit „Menschenfeindlicher Gesinnung“?

Menschenfeindliche Gesinnungen zeichnen sich durch Einstellungen, Ideologien oder Verhaltensweisen aus, die Gruppen oder Einzelpersonen abwerten, diskriminieren oder ihnen feindlich gegenüberstehen. Solche Haltungen können sich auf verschiedene Weise äußern:

1. **Gruppenbezogene Abwertung** – Feindseligkeit gegenüber bestimmten Gruppen, basierend auf ethnischer Herkunft, Religion, sozialem Status oder anderen Merkmalen.
2. **Intoleranz und Hass** – Verweigerung von Gleichberechtigung und grundlegenden Menschenrechten für andere, oft verbunden mit Vorurteilen.
3. **Gewaltbereitschaft** – Die Rechtfertigung oder Ausübung von physischer, psychischer oder struktureller Gewalt gegenüber bestimmten Gruppen oder Einzelpersonen.
4. **Autoritäres Denken** – Ablehnung pluralistischer Gesellschaften und das Streben nach einer homogenen, kontrollierten Ordnung.
5. **Falsche Überlegenheit** – Die Annahme, dass die eigene Gruppe überlegen ist und andere minderwertig seien.

Solche Denkweisen können sich in diskriminierenden Ideologien, extremistischen Weltanschauungen oder alltäglichem Verhalten äußern. Sie untergraben das Prinzip der Menschenwürde und gefährden demokratische Strukturen.

Nun, da wir die Begrifflichkeiten geklärt haben, schauen wir doch mal, welche Ziele sich die AfD auf die Fahnen schreibt, also welche Ziele sie im Programm, in Wahlkämpfen usw. verfolgt.

Die Programme werden in einem demokratischen Prozess über verschiedenste Gremien unter Einbeziehung der Mitglieder erarbeitet.

Da wären:

- Die Bundesprogrammkommission.
 - Die Bundesfachausschüsse.
 - Die Landesfachausschüsse.
- In Niedersachsen gibt es zum Beispiel 13 LFA's, diese sind:
- LFA 1 – Außen- u. Sicherheitspolitik, Entwicklungshilfe u. Außenwirtschaft
 - LFA 2 – Geld- und Währungspolitik
 - LFA 3 – Finanzen und Steuern
 - LFA 4 – Familie, Demografie
 - LFA 5 – Innere Sicherheit, Justiz und Datenschutz
 - LFA 6 – Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien
 - LFA 7 – Umwelt, Natur- und Tierschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
 - LFA 8 – Gesundheitspolitik
 - LFA 9 – Demokratie, Grundwerte und Europa
 - LFA 10 – Klima, Energie, Technik und Digitalisierung
 - LFA 11 – Wirtschafts- & Sozialpolitik
 - LFA 12 – Zuwanderung, Asyl, Staatsangehörigkeit
 - LFA 13 – Infrastruktur, Verkehr, Bauen, Wohnen und Planung

Die Programmvorschläge werden von der Landes- bzw. Bundesprogrammkommission zusammengefasst, bewertet und Widersprüche geklärt.

Zuletzt wird auf Landes- bzw. Bundesparteitagen durch die Mitglieder bzw. Delegierten über programmatische Aussagen entschieden.

Der Ablauf ist unter [Landesfachausschüsse – AfD Landesverband Niedersachsen](#) abrufbar (in anderen Landesverbänden analog).

Der Ablauf der Erstellung von politischen Aussagen und Forderungen Zusammensetzung der Landesfachausschüsse (LFA):

Bei uns können interessierte und/oder kompetente Mitglieder auf Ebene der Landesfachausschüsse an allen Programmentwicklungen mitwirken. Grundlage für die Arbeit der LFA sind die Festlegungen in der Landessatzung und deren Geschäftsordnung.

Aufgaben der Landesfachausschüsse

- Erstellung von Politikfeld bezogenen Vorschlägen im Rahmen unserer Präambel und unserer Grundwerte
- zur Änderung/Ergänzung und Präzisierung von Landesparteiprogramm
- für Landes- und Kommunalwahlprogramme
- zur Änderung/Ergänzung und Präzisierung des Grundsatzprogramms
- für das Bundes- und das Europawahlprogramm sowie die Unterstützung der Mandatsträger im Landtag und den Kommunen

Zusammensetzung der Landesprogrammkommission

Mitglieder sind die Leiter der LFA. Diese benennen bei Verhinderung einen Vertreter. Leiter der LPK ist der Landesprogrammkoordinator. Dieser ist Mitglied des Landesvorstands und wird durch diesen benannt. Aus der Mitte der LFA-Leiter wird ein Vertreter gewählt.

Aufgaben der Landesprogrammkommission (LPK)

- erarbeitet und aktualisiert die Geschäftsordnungen der LPK und der LFA
- ist für die Strukturierung der LFA zuständig
- koordiniert und stimmt die LFA-Zuarbeiten zu allen niedersächsischen (Wahl)Programmen ab.

Zusammensetzung der Bundesfachausschüsse(BFA)

Die Bundesfachausschüsse setzen sich aus den LFA-Delegierten aller Bundesländer zusammen. Die Anzahl der Delegierten bestimmt sich durch die Größe der Landesverbände.

Aufgaben der Bundesfachausschüsse

- erarbeiten die politischen Positionen des Parteiprogramms und Fachprogrammen sowie Fachkonferenzen
- beraten den Bundesvorstand wie auch die fachlich zuständigen Mandatsträger
- unterstützen die Landesvorstände bei der Erstellung von Programmen

Zusammensetzung der Bundesprogrammkommission (BPK)

Sie setzt sich zusammen aus:

- zwei Mitgliedern des Bundesvorstandes
- den BFA-Leitern
- den Landesprogrammkoordinatoren
- je einem Vertreter der Bundestagsfraktion und dem Europäischen Parlament

Aufgaben der Bundesprogrammkommission

- Erarbeitung von Vorschlägen für das Parteiprogramm und Fachprogramme im Benehmen mit den BFA
- Erarbeitung von Vorschlägen für Wahlprogramme auf Bundes- und Europaebene

Mitgliederbefragungen

Die Bundes- wie auch die Landessatzung sieht die Möglichkeit einer Mitgliederbefragung vor. Hiervon wird insbesondere in den Fällen Gebrauch gemacht, in denen Minderheitenenvoten vorliegen.

Parteitagsbeschlüsse

Bisher sind Parteitagsbeschlüsse die letzte Instanz für die Verabschiedung von allen Programmen auf Landes- und Bundesebene.

Das Bundestagswahlprogramm:

https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf

Die aktuellen Programmpunkte können unter: <https://www.afd.de/themen/> Eingesehen werden.

Über den jeweiligen Programmen für die Bundestagswahl bzw. für die jeweiligen Landtagswahlen in den einzelnen Bundesländern steht das Grundsatzprogramm der AfD, welches im Mai 2016 auf einem Bundesparteitag in Stuttgart beschlossen wurde und hier abrufbar ist: <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/>

Oder hier als direkter Link zum PDF:

https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf

Die Kernpunkte des aktuellen Wahlprogramms zur Bundestagswahl finden Sie hier:

<https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/01/2025-01-23--AfD-Flugblatt--20-Kernforderungen-aus-Bundestagswahlprogramm--Webversion.pdf>

Man könnte die Forderungen man wie folgt zusammenfassen:

1. Rückkehr zu den Grundwerten der Sozialen Marktwirtschaft mit einem klaren Fokus auf die Förderung von Mittelstand, Unternehmertum und Innovation.
2. Kehrtwende in der Asyl- und Migrationspolitik, Steuerung und Begrenzung der Migration, zulassen von qualifizierter Migration bei gleichzeitigem Unterbinden illegaler, unqualifizierter Migration.
3. Gewährleistung der inneren Sicherheit, Bekämpfung von Terrorismus, Clankriminalität und Extremismus.
4. Eine interessengeleitete Außenpolitik, die auf Dialog und Verhandlungen statt Eskalation setzt.
5. Reform des Öffentlich.-rechtlichen Rundfunks. Erhalt der Meinungsfreiheit und beenden der Zensur in den sozialen Netzwerken.

6. Bezahlbare Energieversorgung sicherstellen, Energiewende zurücknehmen, Energiesteuern senken. Beenden der Klimarettungspolitik. Rückkehr zur Kernenergie als eine Säule der sicheren und grundlastfähigen Energieversorgung. Streichen der CO₂-Steuern. Energiesteuern senken.
7. Familien stärken, mehr Geburten durch Unterstützen der Familien ermöglichen. Zinsfreies Darlehen für Familien nach der Geburt.
8. Europa der Vaterländer statt EU. Zusammenarbeit im Sinne der Subsidiarität, gemeinsamer Markt, Schutz der Außengrenzen, Ablehnung eines EU-Zentralstaats.
9. Bürokratieabbau.
10. Bezahlbaren Wohnraum fördern. Zum Beispiel durch eine Vereinfachung des Baurechts.
11. Ende der Euro-Rettungspolitik, Zurückverlagerung der nationalen Souveränität im Sinne des Subsidiaritätsprinzips von der EU-Ebene hin zu den nationalen Parlamenten. Verhinderung eines EU-Zentralstaates.
12. Wiedereinführung der Wehrpflicht und Konzentration auf die Landesverteidigung.
13. Abkehr vom Gender-Mainstreaming und Verhinderung der Frühsexualisierung von Kindern.
14. Duale Ausbildung stärken. Kostenfreie Meister-Ausbildung.
15. Corona-Maßnahmen aufarbeiten. Impfpflicht entschädigen, juristisches Unrecht wiedergutmachen.
16. Überwindung der Cancel-Culture und Verhinderung von staatlicher Zensur
17. Nordstream-Leitungen reparieren und wieder in Betrieb nehmen. Die Verantwortlichen für die Sprengung aufspüren.
18. Beenden der sog. Verkehrswende. Verbrennerverbote rückgängig machen.
19. Einführung von Elementen direkter Demokratie und Volksabstimmungen.

... und weitere.

Allesamt legitime politische Forderungen, die keinerlei Anlass bieten, an deren Rechtmäßigkeit zu zweifeln.

Solche Forderungen darf man stellen und auch unsere politischen Gegner haben teilweise diese oder ähnliche Forderungen bereits ihrerseits kommuniziert.

Die CDU ging im Bundestagswahlkampf 2025 sogar so weit, in ihrem Wahlprogramm zu fordern, Straftätern den deutschen Pass zu entziehen. Eine eindeutig viel weitergehende Forderung, als die der AfD!

Angela Merkel bezeichnete einst selbst die Einwanderung als gescheitert. Damals nutzte Ihr diese Aussage im innerparteilichen Kampf um Posten und Positionen. Heute wissen wir, dass sie diese Aussage vor allem aus taktischen Gründen traf und später mit der Grenzöffnung 2015 und der Einwanderungspolitik das genaue Gegenteil dessen tat!

Da es das Programm also offensichtlich nicht sein kann, was unsere Gegner und vor allem der Verfassungsschutz kritisierten, da es hier keinerlei Anzeichen für eine Position gibt, die nicht mit dem Grundgesetz vereinbar wäre, nutzt der Verfassungsschutz einen Trick: Er behauptet einfach, die AfD würde sich mit dem Programm nur eine Fassade geben und in Wahrheit hinter dieser Fassade ganz andere Ziele verfolgen, eine sogenannte „Hidden Agenda“, die sie nicht nach außen kommunizieren würde und um diesen vom Verfassungsschutz angenommene Hypothese zu beweisen, sammelt der Verfassungsschutz Äußerungen von Mitgliedern und interpretiert diese, um zu zeigen, dass dies die eigentlichen Ziele der AfD wären.

Dabei deutet der Verfassungsschutz teilweise auch Jahre alte Äußerungen im stets negativsten, denkbaren Sinne.

Wenn Björn Höcke zum Beispiel in einer Rede spricht, dass sich Deutschland- anders als andere Länder- ins Zentrum seiner Hauptstadt ein Mahnmal der Schande gesetzt hat, was zuerst einmal ein Fakt und völlig korrekt ist- dann deutet dies der Verfassungsschutz so, dass man es für eine Schande hielte, dass ein Denkmal an die Gräueltaten der Nazis erinnert, weil man selbst ein Nazi wäre.

Wenn Herr Höcke ein anderes Mal sagt, dass Magdeburg eine 1000-jährige Geschichte habe- was wiederum völlig richtig ist- und er Magdeburg weitere 1000 Jahre Geschichte wünscht, dann deutet dies der Verfassungsschutz so, dass Herr Höcke damit an das tausendjährige Reich anknüpft und unterstellt damit, man würde sich mit diesem Ausspruch in eine Reihe mit Adolf Hitler stellen, der sein 3. Reich als tausendjähriges Reich begriff, weil er der Meinung war, es würde 1000 Jahre Bestand haben (Anmerkung: was es nicht hatte- es bestand lediglich 12 Jahre).

In dieser Art wurden im Gutachten des Verfassungsschutzes also alle möglichen Äußerungen von allen möglichen Personen und Gliederungen zusammengetragen und besonders negativ gedeutet und anschließend als diese „Hidden Agenda“ allen Mitgliedern als unabgesprochenes, geheimes Programm angedichtet.

Man fragt sich, wozu sich überhaupt noch Mitglieder zu Parteitage treffen und beschließen, wenn alles, was irgendwann mal irgendwer gesagt hat, als „geheimes Programm“ einfach angenommen wird?

Bisher war ich immer der Überzeugung, dass etwas erst dann zum Teil des Programms wird, wenn sich dafür eine Mehrheit gefunden hat, die diesem zustimmt und zwar nicht irgendwo, sondern auf einem Parteitag!

Beim Skat würde man sagen, der Verfassungsschutz geht über die Dörfer, weil er keinen Trumpf auf der Hand hat. Er sammelt einzelne Wortbeiträge, weil er im Programm der Partei nichts findet! Er zurt diese Einzeläußerungen so zusammen, dass es das Bild ergibt, welches er haben möchte. Die anderen zig-tausenden, ja millionenhaften, völlig unangreifbaren Äußerungen in Bild, Ton und Schrift, zehntausender anderer Mitglieder, rücken dabei in den Hintergrund.

Aber es geht noch weiter: Plötzlich geht es nicht mehr darum, was man gesagt hat, sondern WER es gesagt hat und WIE er es gesagt hat!

Beispiel: Björn Höcke wird für seinen aus dem Zusammenhang gerissenen Satz „A... für Deutschland“ in der Luft zerrissen, während andere, die den Satz nachweislich auch gesagt haben, völlig unbehelligt bleiben.

Man unterstellt einem AfD-Mitglied also eine völlig andere Intention für etwas Gesagtes und skandalisiert das, während man anderen, die genau dasselbe sagen, eine untadelige Gesinnung verbrieft und daran nichts Anrüchiges erkennen kann. Dieses Messen mit zweierlei Maß ist einer Demokratie unwürdig! Es kann keine 2-Klassen-Justiz geben!

Sehr häufig wird zudem noch so getan, als ob einzelne Begriffe nicht genutzt werden könnten.

Entweder, weil irgendwer meint, diese seien „rechte Rhetorik“ oder „sowas haben damals die Nazis auch gesagt“, oder das wäre keine Meinung, sondern „ein Verbrechen“. Eine „Sprachpolizei“ unserer Gegner „vermint“ die Wörterbücher.

So wurden inzwischen alle möglichen Äußerungen sprachlich „vermint“. In den sozialen Netzwerken steht zum Beispiel ein Glas Milch inzwischen für die verklausulierte Botschaft „White Power“.

Es ist an Lächerlichkeit nicht mehr zu überbieten, aber es ist wahr: Auf dieser Grundlage versucht man der AfD die Radikalität nachzuweisen und- wie könnte es anders sein- hat natürlich auch Erfolg damit, da man selbst die Deutungshoheit darüber hat, was gesagt werden darf und mit wem man sich treffen darf und was zum guten Ton gehört und was dagegen geächtet werden muss.

Nun, lassen wir dieses Suchen nach der „Hidden Agenda“ und die Wortklauberei mal beiseite und schauen wir auf die belastbaren Fakten.

Wir wissen also aus vielen Publikationen, welche Ziele die AfD wirklich verfolgt, weil deren Mitglieder dies in Abstimmungen so beschlossen und in ihr Programm geschrieben haben. Da haben wir eine Vielzahl von Publikationen aus mittlerweile 12 Jahren auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene.

Viele der Flugblätter, Plakate und Landeswahlprogramme sowie kommunalen Wahlprogrammen wurden auf der mittleren Führungsebene (des Landes) und der untersten Ebene (der Kreisverbände) verfasst.

Dadurch kann man einen breiten Schnitt quer durch die Partei sehen und nirgendwo finden sich darin Belege für eine „Hidden Agenda“!

Wenn man also diese Publikationen und Programm nimmt und diese verwendet, um die Bestrebungen der AfD daran zu prüfen, dann **stellt man fest, dass-**

- keines der Merkmale unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung durch die AfD angegriffen wird!

Aber schauen Sie selbst!

Die AfD will keine **Abschottung** und spricht sich nicht per se gegen Einwanderung aus, sondern will diese sinnvoll steuern und begrenzen auf ein zumutbares Maß- differenziertes Einwanderungsmodell nach Punktesystem. Das ist im Grundsatzprogramm und in zahlreichen Wahlkampfprogrammen und in unzähligen Beiträgen, Flyern und Plakaten eindeutig dokumentiert!

Keine Abschottung, sondern ein Punktemodell!

Demnach könnte man gut ausgebildete Migranten oder gut integrierte Migranten ein Angebot machen! Fachkräfte können weiterhin kommen und niemand würde dringend benötigte Fachkräfte abschieben! Schlecht ausgebildete oder ohne jede Schul- oder Berufsausbildung, Leute ohne Sprachkenntnisse, die hätten keine Perspektive, in unser Land einzureisen.

Das bedeutet ein Einwanderungsmodell nach Punktesystem!

Vielleicht würden sogar mehr Fachkräfte kommen, weil wir parallel zur Einführung des Punktesystems ja auch die Steuern auf Arbeit senken würden! Es würde sich für echte Fachkräfte lohnen, in Deutschland zu arbeiten, auch für jene, die durch die heutige, hohe Steuerbelastung eher abgeschreckt werden. Zudem halten wir unsere gut ausgebildeten Leute auch eher im Land, die heutzutage noch Deutschland verlassen, weil sie für sich hier keine Zukunft sehen.

Die AfD will **MEHR Demokratie** und nicht immer weniger davon! – Stichwort Bürgerbeteiligung und Volksabstimmungen, **direkte Demokratie**.

Auch dies- von Beginn an- eine Kernforderung aus zahlreichen Unterlagen der Partei, u.a. dem Grundsatzprogramm.

Will die AfD **Wahlen abschaffen**? Natürlich nicht!

Will die AfD die **Unabhängigkeit der Gerichte** abschaffen? Das Gegenteil ist der Fall! Die AfD hat sich unzählige Male dafür ausgesprochen, die Gerichte noch unabhängiger zu machen gegen politischen Einfluss!

Ich kenne keinen einzigen Hinweis, dass sich auch nur ein einzelnes Mitglied der Partei entsprechend geäußert hätte, dass man Wahlen abschaffen und Gerichte kontrollieren will, oder das Grundgesetz abschaffen wolle!

Will die AfD die **Opposition abschaffen** oder verhindern, dass es Minderheitenrechte gibt? Tatsächlich ist es sogar so, dass die AfD beständig, die Einhaltung von Minderheitenrechten und Rechte für die Opposition durch die Regierungsparteien anmahnt und sich dafür einsetzt, dass die Regierungsparteien parlamentarische Gepflogenheiten einhalten!

Verfassungsfeindlich wäre auch, WENN sich die AfD gegen das **Prinzip der Menschenwürde** richten würde.

Kritiker meinen, dass täte sie, indem sie gegen „Geflüchtete hetzt“.

Mit „hetzen“ meinen diese Kritiker, dass man sich gegen eine unbegrenzte, ungesteuerte Zuwanderung ausspricht oder die negativen Folgen der Einwanderung besonders betont, wie zum Beispiel ein deutlicher Anstieg der Gewaltdelikte mit nachweisbar überproportional daran beteiligtem Anteil an Migranten.

Demnach dürfte man diese Punkte also nicht ansprechen oder politisch diskutieren. Eine eigenwillige Lesart, die Debatte verhindert unter dem Deckmantel des vermeintlichen „Angriffs auf die Menschenwürde“.

Es widerspricht auch nicht der Menschenwürde, wenn man verneint, dass jeder Mensch ein Recht darauf hat, in Deutschland zu leben und hier von den sozialen Sicherungssystemen versorgt zu werden, in die die einheimische Bevölkerung einzuzahlen hat!

Die AfD spricht den Menschen nicht ihre Würde ab! Die AfD würde das Ertrinken von Tausenden jedes Jahr im Mittelmeer auf der Flucht verhindern, während durch die Politik der Kartellparteien das Ertrinken kontinuierlich weitergeht!

Das Versagen der Altparteien, den Zustrom an Menschen zu steuern und das Sterben auf dem Mittelmeer zu verhindern, ist eine ganz konkrete Gefahr für die Menschen und tausende kommen jedes Jahr beim Versuch um, in die EU einzuwandern. Aus Sicht der AfD-Kritiker ist das wohl kein Problem für die Würde dieser Menschen...

Kritik an der massenhaften Zuwanderung wird mit Menschenfeindlichkeit gleichgesetzt. Und das ist Blödsinn! Man kann die Menschen als Menschen achten, mit all ihren Wünschen, Hoffnungen und Träumen und dennoch hat nicht jeder Mensch auf dem Planeten das Recht, nach Deutschland einzuwandern und sich hier niederzulassen! Es ist nicht menschenfeindlich, wenn die Deutschen selbst bestimmen, wen sie in ihr Land hineinlassen und aufnehmen!

Auch eine nicht-Gewährung der **Religionsfreiheit** wäre ein Angriff auf die Menschenwürde, weil man Menschen gruppenbezogen aus der Gesellschaft ausgrenzen würde, nur aufgrund ihres Glaubens.

Aber tut das die AfD?

Nein! Sie gewährt volle Religionsfreiheit!

Niemand wird aufgrund seines Glaubens ausgegrenzt!

Die AfD ist auch nicht islamfeindlich!

Aber sie ist islamkritisch! Sie betont, dass der Islam in seiner politischen Ausprägung nicht zu Deutschland gehört.

Ist das schon ausgrenzend?

Jeder Muslim kann ungestört seinem Glauben nachgehen. Es muss aber dennoch

möglich sein, den Anspruch des Islam, neben Glauben auch konstitutiv für den Staat zu sein, zu kritisieren! Die Scharia als Rechts- und Regelungsprinzip kann nicht über dem Grundgesetz stehen!

Auch hat die Einflussnahme von außen nichts mit Religionsfreiheit zu tun!

Wenn andere Staaten, Scheichs oder ausländische Organisationen hier Moscheen finanzieren, betreiben und sogar- wie bei der Dittib- die Freitagsgebete aus der Türkei vorgeben, dann ist das eine Einflussnahme, die man abstellen muss!

Es kann nicht sein, dass es als Religionsfreiheit gewertet wird, wenn radikale Gruppen in Deutschland Moscheen bauen lassen und ihre Imame hier her entsenden, um die Islamisierung von außen zu steuern!

Der Islam hat auch kein Recht darauf, dass unser Staat ihn fördert!

Der Staat hat neutral zu sein!

Es ist also eine Falschbehauptung, dass die AfD die **freie Religionsausübung** nicht **garantieren** würde!

Natürlich tun wir das und das würden wir in Regierungsverantwortung auch weiterhin tun!

Wir würden aber auch den radikalen Islam, den extremistischen Islam, den Islam, der zu terroristischen Ausprägungen führt und der seine Regeln über die des Grundgesetzes stellt, bekämpfen und die Einflussnahme von außen auf unsere Gesellschaft unterbinden. Dort, wo der Islam in seinen radikalen Ausprägungen sich gegen Ungläubige richtet, gegen die Werte der Gesellschaft, da gehört er in die Schranken gewiesen! Der Einfluss der Muslimbrüder und anderer terroristischer Gruppen aus dem Ausland heraus auf die hier lebende Community muss unterbunden werden! Das ist eine legitime Politik, und steht überhaupt nicht der Religionsfreiheit entgegen! Eine radikale Auslegung des Islam ist mit unseren Werten und der Freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) nicht vereinbar! Wer dies anspricht, wird nicht zum Feind der Verfassung, sondern ist deren Hüter!

Kritik an extremistischen oder radikalen Ideologien ist grundsätzlich nicht menschenfeindlich, wenn sie sachlich und differenziert geäußert wird!

In einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist es legitim, politische oder gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu hinterfragen!

Und das tut die AfD!

Sie unterscheidet zwischen Muslimen und radikalen Kräften. Sie unterscheidet zwischen Islam und Islamismus. Es gibt keine pauschale Verurteilung, sondern faktenbasierte Argumentation!

Muslimen werden nicht pauschal abgewertet, sondern es wird ganz klar zwischen gemäßigten Muslimen und radikalen Kräften unterschieden!

Es muss in einer freien Gesellschaft möglich sein, die Konsequenzen aus der Zuwanderung von Millionen Menschen mit einem anderen kulturellem Hintergrund auf unsere Gesellschaft, auf unsere Kultur, unsere Werte und unsere Lebensart zu diskutieren! Wie der Islam agiert, wenn er an der Macht ist und nicht in der Minderheit, sieht man derzeit sehr gut in Syrien!

Jesiden, Aleviten, Christen, werden unterdrückt, versklavt, getötet.

Es ist die Aufgabe von Politik, zu bedenken, was die Einwanderung aus islamischen Staaten in unserer Gesellschaft verändert! Afghanen oder Sudanesen haben nun

einmal einen völlig anderen kulturellen Hintergrund und unsere westlichen Werte, die der Aufklärung zum Beispiel und diese stehen teilweise in direktem Widerspruch zu der Lebensart, die manche Einwanderer kennen und von der sie geprägt wurden! Das kann zu Problemen führen und Spannungen erzeugen!

Wer so tut, als hätte nichts mit nichts zu tun und als wären das nur Vorurteile, der handelt naiv und verantwortungslos! Dennoch: Niemand kann sagen, dass es verboten sein sollte, darüber zu reden und das zum Thema zu machen! Es ist nicht verfassungsfeindlich, sich diese Fragen zu stellen und seine Politik daran auszurichten, was man für das Beste für unsere Gesellschaft hält!

Ein Beispiel, wie schwierig mitunter die Integration sein kann, hat die Uni Kiel zur „Islamwoche“ geliefert.

Man könnte es eine Integration als Einbahnstraße nennen.

Solche und ähnliche Projekte hat es in der Vergangenheit schon viele gegeben- auch von anderen Akteuren. Ich erinnere mich um Beispiel an die Aktion „eine Woche mit“ eines Radiosenders. Dabei sollte ein deutsches Mädchen mal eine Woche ein Kopftuch tragen, in einer muslimischen Familie leben usw. Erstmal nichts gegen Völkerverständigung und kulturellen Austausch zu sagen!

Es handelt sich dabei aber eben nicht um kulturellen Austausch und eine Annäherung, sondern um Unterwürfigkeit gegenüber dem Islam, was zu einer weiteren Verschiebung unserer Werte hin zu einer zunehmenden Islamisierung führt.

Wie ich darauf komme?

Ganz einfach: Es läuft so gut wie nie andersherum!

Die Deutschen versuchen sich in Moscheebesuchen, tragen mal zur Probe eine Woche Kopftuch (eine Woche mit), leben mal in einer muslimischen Familie, essen dort typisches Essen aus dem Kulturkreis, beten gemeinsam, oder wie in der Uni Kiel- trennen die Geschlechter aus Rücksicht und Toleranz.

Umgekehrt?

Fehlanzeige!

Warum nicht mal testweise eine Woche das Kopftuch ablegen und im Bikini ins Freibad?

Warum nicht mal Schweinefleisch probieren?

Warum nicht mal in einer deutschen Familie für eine Weile leben?

Warum nicht mal einen deutschen Freund haben? Oder heiraten?

Warum nicht mal muslimische Schüler zu Weihnachten zum Krippenspiel verpflichten?

Warum nicht mal aus Toleranz und Rücksicht und als Zeichen für den Willen zu einer echten Integration in unsere Gesellschaft die Geschlechtertrennung aufheben?

Männer und Frauen beten gemeinsam, lernen gemeinsam, haben Sportunterricht gemeinsam...

Aber das geht ja nicht, weil Muslime das nicht können. Wegen der religiösen Vorschriften.

Und darum wächst da auch kaum etwas zusammen, wird da auch nichts neu ausgehandelt oder so, sondern stellt der eine seine Forderungen und der andere folgt. Schritt für Schritt.

Bis die eine Seite alles durchgesetzt hat und sich die anderen angepasst haben an die Regeln, die unverrückbar gelten sollen.

Der völlig falsche Weg in die absolut falsche Richtung!

Gerade an einer Bildungseinrichtung sollte man sich nicht religiösen Dogmen unterordnen, sondern den Geist der Aufklärung Immanuel Kants hochhalten!

Ich frage mich: Warum Bundespräsident Frank Walter Steinmeier den Deutschen immer ins Gewissen redet. Ich frage mich, warum er von Tätervolk und Verantwortung redet und dass der wachsende Antisemitismus ihn beschämt.

Ich frage mich, warum er nie den Zuwanderern ins Gewissen redet. Warum verlangt er nicht, dass diese sich hier integrieren, sich an unsere Regeln halten, die Messer ablegen, ihrem Judenhass abschwören?

Die AfD achtet die freie Religionsausübung. Punkt! Aber wir sind nicht unterwürfig. Wir begreifen Integration nicht als Einbahnstraße! Das ist nicht verfassungsfeindlich, sondern aufgeklärt und nicht naiv!

Schauen Sie sich die Situation an einer Hamburg Schule an, in der muslimische Schüler ihren Lehrer mobbten und sagten „der Islam ist hier Chef“. Wer vor solchen Entwicklungen die Augen verschließt, der darf im Land keine Verantwortung tragen! Wer Maßnahmen gegen solche Entwicklungen aufzuhalten versucht, indem er die Opposition kriminalisiert und verbietet, der zementiert eine Zukunft in der es tatsächlich keine Religionsfreiheit mehr gibt, sondern nur noch eine gültige Auslegung von Glaube mit dem dazugehörigen Staatsaufbau. Religionsfreiheit heißt auch, das Recht zu haben, frei von Religiösen Zwängen zu sein und wir möchten dies auch in Zukunft garantieren!

Demonstranten, die auf Demos sagen „das Kalifat ist die Lösung“, (z.B. wie im April 2024 in Hamburg, Muslim Interaktiv) erhalten heutzutage dafür sogar Unterstützung aus den etablierten Parteien und das, obwohl diese Demos im Look von Terrororganisationen auftreten!

Dabei ist eine solche Forderung- egal, ob auf Plakaten oder gerufen- ein Ausdruck der Ablehnung unseres Staates, seiner Werte und seiner Verfasstheit!

Während alle möglichen Äußerungen der AfD-Mitglieder skandalisiert werden und ihnen die Meinungsfreiheit abgesprochen wird, gibt es nicht wenige, die in der Forderung, ein Kalifat in Deutschland zu errichten, kein Problem sehen.

In einem Pressestatement verstieg sich der Chef des Verfassungsschutzes, Herr Haldenwang sogar dazu, zu behaupten, dass das Kalifat eine mögliche Staatsform wäre.

Derselbe Mann, der also der AfD vorhält, sie sei nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar, hält dies bei einem Kalifat offensichtlich für gegeben!

Dabei sehen radikale Muslime das Kalifat als Alternative zum bestehenden System. Sie wollen also das heutige System abschaffen und ein auf religiösen Gesetzen basierendes System errichten, in dem nur die Gelehrten und der Kalif diese religiösen Gesetze und damit das Recht auslegen darf. Es ist also eine theokratische Gesellschaftsform ohne Gewaltenteilung. Das Kalifat steht damit in direktem Konflikt mit der Volkssouveränität. Wenn DAS nicht gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstößt- was dann? Ist es kein Führerkult, wenn eine Person, die weltliche und geistige Führerschaft für sich beansprucht?

Wie es unter einem islamischen Kalifat mit der Religionsfreiheit aussehen würde, kann sich jeder in den vielen islamisch geprägten Staaten ansehen, in dem der Islam die Herrschaft innehat!

Wenn also jemand, wie Herr Haldenwang in einem Interview sagen kann, dass er das Kalifat als Staatsform für Deutschland für denkbar hält, aber eine AfD-geführte Bundesregierung nicht, dann scheint der Mann maximal verwirrt zu sein und als Kronzeuge gegen die AfD untauglich!

Die AfD stellt sich gegen den Herrschaftsanspruch radikaler Islamisten!

Wir lehnen das Kalifat als Staatsform entschieden ab!

Damit machen wir das, was Aufgabe eines Herrn Haldenwang wäre: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vor einer Landnahme durch radikale Islamistische Kräfte zu verteidigen, die hier ein Kalifat errichten wollen!

Er wendet sich jedoch lieber gegen die Opposition und kriminalisiert diese. Macht ihn das zum Hüter der Verfassung, oder zum Handlanger von extremistischen Kräften, die aus dem deutschen Bundesstaat einen Teil der Umma machen wollen?

Rassismus/ Bio-deutsche/ ethnisch-Deutsche Denkmuster:

Wo Vorwürfe sich daran entzünden, die AfD würde nicht-Weiße, nicht Bio-deutsche (nicht ethnisch Deutsche) benachteiligen und ausgrenzen, da geraten diese Vorwürfe nur noch in den Bereich der Lächerlichkeiten und Legenden!

Niemand in der AfD folgt in seinen Einstellungen irgendwelchen Rassemerkmalen!

Weder blaue Augen, noch blonde Haare, noch helle Haut noch irgendeine Kopf- oder Nasenform werden vorgeschrieben! Diese Vorwürfe sind doch der reine Blödsinn! Und auch sehr leicht zu widerlegen! Schließlich gibt es viele

Parteimitglieder mit Migrationshintergrund, die keine ethnischen Deutschen sind und die Partei und die übrigen Mitglieder haben damit überhaupt kein Problem!

Sie sind auch nicht Mitglieder zweiter Klasse, oder irgendwelche „Quotenausländer“, die man sich als Aushängeschild anheftet, sondern viele von Ihnen sind nicht nur „normale“ Mitglieder sondern sind auch in führende Positionen der Partei aufgestiegen! Ob in den Landtagen, im Bundestag, oder als wichtige Meinungs-Multiplikatoren auf Veranstaltungen, sind Mitglieder mit Migrationshintergrund ein wichtiger Teil der Partei! Sie werden ganz selbstverständlich aufgenommen und können Einfluss innerhalb der Partei gewinnen. Ein völkisch-rassistisches Weltbild kann man der AfD also nur vorwerfen, wenn man die vielen Mitglieder, der AfD

bewusst übersieht, die eben diesem Bild widersprechen!
Fakt ist: Die AfD unterscheidet nicht nach Deutschen mit- oder ohne Migrationshintergrund!

Wenn die AfD fordert, Kinder mit Migrationshintergrund, die aber kein Deutsch können, auf Förderschulen zu schicken, dann nicht deshalb, weil wir Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund trennen wollen, vielleicht, um die eine Gruppe zu separieren, sondern wir schlagen das vor, da man keiner Gruppe im jetzigen Schulsystem gerecht wird!

Die einen können in der Regelschule nichts lernen, weil sie auf die anderen „warten“ müssen, bis deren Sprachdefizite ausgeglichen wurden.

Die anderen können nicht folgen, da sie nicht die Förderung erhalten, die Sie erhalten müssten. Die Lehrer sind mit dieser Situation überfordert und können keiner Gruppe und ihren Bedürfnissen gerecht werden. So kann Bildung nicht funktionieren und das erklärt auch (größtenteils) das beständige Absinken Deutschlands in den Pisa Studien!

Was uns also als „Separierung“ vorgeworfen wird, ist in Wirklichkeit, der Versuch, die Bildung beider Gruppen zu verbessern!

Manche Journalisten kolportieren, die AfD würde angeblich gegen das **Demokratieprinzip** verstoßen, da wir die Legitimierung der Staatsgewalt durch die Mehrheit der Bürger von unten nach oben ablehnen würden und das wäre angeblich der Wunsch, die Demokratie abzuschaffen.

Einen größeren Blödsinn hat man noch nicht gehört!

Die AfD will die Demokratie nicht abschaffen, sondern durch Volksabstimmungen und Elemente direkter Demokratie weiterentwickeln!

Natürlich achten wir die Willensbildung von unten nach oben!

Noch nie hat die AfD gefordert, Wahlen abzuschaffen oder dem Volk weniger Macht zu geben! Solche Vorwürfe sind ganz einfach an den Haaren herbeigezogen!

Wir beteiligen uns inzwischen seit 12 Jahren an der Demokratie durch Wahlen und akzeptieren unsere Rolle, die bisweilen aus der Rolle als Opposition besteht! Die AfD hält sich an die Regeln der Demokratie und es gibt überhaupt keine Anzeichen dafür, dass wir diese Regeln außer Kraft setzen wollten!

Was man uns auch so gerne zuschreibt, sind „**Hass**“ und „**Hetze**“.

Das macht man gerne, weil es Begriffe sind, die schwer fassbar sind und die interpretiert werden müssen und erst im Kontext gelesen ihre Wirkung entfalten.

Hass ist erstmal ein Gefühl und Hetze eine aus der Jagd bekannte Hatz des Wildes. Man muss also zuerst einmal klären, was mit Hass und Hetze im politischen Umfeld gemeint ist und was einem damit vorgeworfen werden soll.

Hass im politischen Spektrum bezieht sich auf starke negative Emotionen oder Feindseligkeit gegenüber bestimmten politischen Gruppen, Ideologien oder Individuen. Er kann unterschiedliche Formen annehmen und sowohl in radikalen als auch in populistischen Bewegungen vorkommen. Einige typische Merkmale politischen Hasses sind:

1. **Extremismus** – Hass tritt oft bei extremistischen Positionen auf, die keine Kompromisse oder pluralistische Meinungen akzeptieren.
2. **Polarisierung** – Feindseligkeit gegenüber politischen Gegnern kann zu einer Spaltung der Gesellschaft führen, bei der kein sachlicher Austausch mehr möglich ist.
3. **Diffamierung und Gewaltbereitschaft** – Hass zeigt sich in aggressiver Rhetorik, Hetze und manchmal sogar physischer Gewalt gegenüber Andersdenkenden.
4. **Dämonisierung des Gegners** – Statt politische Argumente zu liefern, werden gegnerische Parteien oder Personen als „Feinde“ oder „Bedrohung“ dargestellt.
5. **Manipulation und Desinformation** – Hass kann durch gezielte Falschinformationen verstärkt werden, um Angst oder Wut zu schüren.

Hass selbst ist als Gefühl nicht strafbar, da Emotionen nicht direkt unter das Strafrecht fallen. Allerdings können Handlungen, die aus Hass entstehen, strafrechtlich relevant sein. Hier sind einige Beispiele:

1. **Hasskriminalität** – Straftaten, die durch Hass gegen bestimmte Gruppen motiviert sind, können härter bestraft werden (z. B. rassistische oder antisemitische Straftaten).
2. **Volksverhetzung (§ 130 StGB)** – Wer gegen bestimmte Gruppen hetzt, zu Gewalt aufruft oder deren Menschenwürde angreift, macht sich strafbar.
3. **Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung (§§ 185–187 StGB)** – Wenn Hass dazu führt, dass eine Person öffentlich beleidigt oder bewusst falsche Tatsachen verbreitet werden, kann das strafrechtliche Konsequenzen haben.
4. **Bedrohung (§ 241 StGB)** – Drohungen, die aus Hass resultieren, können strafbar sein, insbesondere wenn sie ernstzunehmend sind.

Das Strafrecht greift also nicht bei Gefühlen, sondern bei konkreten Äußerungen oder Handlungen, die Hass in strafbare Taten umwandeln.

Da „Hass“ also selbst nicht strafbar ist, geht man über den Umweg, dass durch die Worte der Politiker Gefühle ausgelöst werden „im Volk“, die dann bei einzelnen zur Gewalt führen. Und für diese Gewalt wäre man dann mit-verantwortlich, auch wenn man x-Mal betont hat, gegen Gewalt zu sein. Und das hat die AfD immer und immer wieder getan! Gebetsmühlenartig! Wir haben immer gesagt, dass Gewalt nicht in die politische Auseinandersetzung gehört und dass wir eine politische Lösung anbieten, einen alternativen politischen Kurs zu dem der Altparteien.

Die AfD ist der Versuch einer politischen Umkehr und nicht der Versuch eines gewalttätigen Umsturzes!

Das haben wir immer klargestellt und daher ist es auch nicht redlich, wenn Straftäter ihre Gewalt auf die politischen Debatten der AfD beziehen, bzw. unsere Gegner das so auslegen!

Die AfD strebt nicht danach den **Bestand des Bundes oder der Länder abzuschaffen** (§4 BVerfSchG, Abs. 1, Ziffer a)!

Die Freiheit des Bundes aufzuheben kann uns ebenfalls niemand vorwerfen! Es gibt nicht eine belastbare Äußerung, kein Schriftstück, keine Handlung, aus dem das hervorgehen würde! Das genaue GEGENTEIL hat die AfD tausendfach geäußert! Wir wollen, dass unser Land, unsere Heimat fortbesteht! Wir begreifen es als Erbe, welches wir an die kommenden Generationen weitergeben möchten! Niemand dient hier einem fremden Herrn und möchte Deutschland abschaffen! Die Fahne wird bei unseren Veranstaltungen gerne und oft gezeigt (anders als von der damaligen Bundeskanzlerin Merkel, die diese angewidert wegwarf). Unsere Nationalhymne wird bei fast allen Parteitagen zur Beendigung der Versammlung feierlich gesungen! Wie viele Politiker der Grünen oder der Linken können das von ihren Versammlungen behaupten?

Wer gab die deutsche Fahne bei einer Wahlparty von mit angewidertem Gesicht von sich (Angela Merkel) und wer schwingt diese bei seinen Wahlpartys und singt dazu singt die Nationalhymne (die AfD)?

Das sind eindeutige Zeichen, dass man sich in der AfD positiv zum eigenen Land bekennt, seine Symbole achtet und ehrt! Das Gegenteil zu behaupten, die AfD würde daran arbeiten, Deutschland abzuschaffen, ist eine arge Lüge! Gerade die AfD möchte unser Land erhalten!

Die AfD will eine andere Politik haben und nicht ein anderes politisches System! Die Forderung nach einer anderen Politik ist völlig legitim!

Der AfD zu unterstellen, sie würde ein „anderes Deutschland wollen, ist völlig aus der Luft gegriffen und haltlos! Genauso könnte man sagen, dass SPD und CDU ein anderes Deutschland haben wollen, denn die betreiben ja nun auch eine Politik, die etwas verändern will! Und im Gegenteil zur AfD, die sich positiv auf unser Land bezieht und seine Kultur und Lebensart ausdrücklich erhalten möchte, wollen SPD, Grüne und CDU Deutschland tatsächlich verändern! Es soll „bunter“, „diverser“ und „lebenswerter“ werden- das sagen sie selber! Ganz so, als wäre Deutschland ohne diese Veränderungen nicht lebenswert genug. Das Gesellschaftssystem ändern- diesem Ziel sind die etablierten Parteien unzweifelhaft näher, als die AfD, der das vorgeworfen wird!

Hass und Hetze sind also Hilfskonstruktionen, mit denen man Straftäter, die teilweise überhaupt nichts mit der AfD zu tun haben, mit der Partei in Verbindung bringen kann und unsere Gegner- vor allem in den Schreibstuben- machen davon leider fleißig Gebrauch.

Statt bei den Straftätern deren Verantwortung für die Ausübung der Gewalt zu betrachten, gibt man der Opposition eine Mitschuld an den Taten, selbst, wenn man nur statistische Fakten genannt hat oder sich für eine politische Wende stark gemacht hat.

Das ist nicht in Ordnung!

Man könnte dieselbe Rechnung übrigens bei allen anderen Parteien aufmachen!

Wenn Linke Polizisten angreifen- haben dann Jungpolitiker der Grünen mit ACAB-T-Shirt den Hass auf Polizeibeamte geschürt? Es ist geschmacklos, sicher, aber ist man dann direkt verantwortlich für die Gewalt? Wie steht es mit der Spaltung der Gesellschaft in „geimpft“ und „ungeimpft“?

Schließlich hat die Regierung und deren öffentlicher Rundfunk ja von „Blinddarm“ gesprochen, von „Covidioten“ von „Impfverweigerern und hat allen Impfunwilligen die Schuld an den Lockdowns gegeben.

War das nicht auch Hass? Hass, der die Gesellschaft gespalten hat? Oder war das „guter Hass“, weil er aus der richtigen Richtung kam?

Was ist mit den Taten von Islamisten auf unseren Straßen?

Hat die SPD etwa eine Mitschuld, weil Sie dafür sorgt, dass solche Leute hier einreisen- und auf unseren Weihnachtsmärkten Unschuldige totfahren können?

Was ist mit den Angriffen auf das Personal der AfD? Haben die anderen Politiker nicht eine verhetzende Wirkung auf deren Anhänger, die dann schließlich zur Gewalt führt? Polarisierung? Dämonisierung des Gegners? Gibt es die nicht auch durch unsere Gegner? Doch ja! Und zwar ohne Ende! Auf allen Kanälen, rund um die Uhr!

Die Wörter „**Umvolkung**“, „**großer Austausch**“ oder „**Bevölkerungsaustausch**“: Das wird der AfD ja auch gerne vorgehalten, dass sie diese Begriffe benutzt.

Es wäre ein ethnisch-kultureller Volksbegriff, den die AfD verwenden würde und damit würde sie sich angeblich in die Tradition der Nationalsozialisten stellen.

Nun, der ethnisch-kultureller Volksbegriff ist zu aller erst einmal nicht alleine Tradition der Nationalsozialisten, sondern schon davor und danach hat man sich des Begriffes des Deutschen Volkes bedient.

Sogar unser heutiges Grundgesetz nutzt den ethnisch-kulturellen Volksbegriff!

Es hat also nullkommagarnichts mit den Nationalsozialisten zu tun und die AfD stellt sich auch nicht in eine Reihe mit denen oder folgt auch nicht deren Traditionen!

Der Vorwurf ist nichts anderes, als die altbekannte Nazikeule, die nur immer wilder und verzweifelter geschwungen wird.

Unsere Gegner überziehen dieses Mittel aus purer Verzweiflung maßlos, weil trotz all der Jahre, die man gegen uns anschreibt, die AfD doch immer stärker wird. Sie übersteigern den Vorwurf Nazi zu sein grotesk bis nur noch übrig bleibt, das ultimativ Böse an die Wand zu malen.

Dabei vergessen diese Leute völlig, dass das Grundgesetz sich schon in der Präambel an das deutsche Volk richtet. Es kennt auch die Nationale Identität, die Kultur, Sprache und Herkunft der Deutschen.

Art. 116 Grundgesetz:

Deutsche Staatsangehörigkeit: Deutscher ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, oder, wer als vertriebener **deutscher Volkszugehörigkeit** Aufnahme gefunden hat.

Bundesvertriebenengesetz §6:

Deutscher Volkszugehörigkeit ist, wer sich zum deutschen Volkstum bekennt, und durch bestimmte **Merkmale, wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur** bestätigt wird.

Das OVG Münster entschied: **Der ethnisch kulturelle Volksbegriff ist nicht verfassungsfeindlich, sondern liegt dem Grundgesetz zugrunde.**

Fakt ist:

Deutschland ist das Land der Deutschen! Es ist nicht irgendjemandes Land!

Ein deutsches Volk existiert und es definiert sich auch durch Herkunft und Kultur!

Natürlich kann auch jemand Deutscher werden, wenn er einen Antrag auf Einbürgerung stellt und sich integriert hat, zum Beispiel die Sprache spricht usw.

Und dieser Deutsche ist dann nicht weniger deutsch, als die anderen mit deutschem Pass! Dennoch wird wohl niemand absprechen, dass es „typisch deutsche Eigenschaften gibt“, genauso, wie es „typisch italienische“ Eigenschaften oder „typisch englische“ oder „typisch französische“ Eigenschaften gibt!

Das den Deutschen eine ethno-kulturelle Eigenart abgesprochen wird- und zwar von den eigenen Politikern- und wer sich dennoch darauf beruft, dieser als Extremist abgestempelt wird und vom Verfassungsschutz überwacht wird, ist wohl eine weitere deutsche Besonderheit!

Nirgendwo sonst auf der Welt, scheint die Geringschätzung der eigenen Identität, der eigenen Fahne, der eigenen Hymne, so ausgeprägt zu sein, wie in Deutschland. Bis hin, dass man Menschen, die positiv zu Volk, Vaterland, Fahne und Hymne stehen, vom Inlandsgeheimdienst verfolgt.

Im Umkehrschluss meinte die Stadträtin von Dessau-Roßlau, Frau Ulrike Brösner, das Wehen der deutschen Fahne vor öffentlichen Gebäuden könnte „für ausländische Mitbürger beleidigend wirken“ und wäre „nicht mehr zeitgemäß“. Die Dame wird sicherlich nicht für ihre Aussage verfolgt werden. Der Hass auf das eigene Land ist in gewissen Teilen gesellschaftsfähig, während die Liebe zum eigenen Land als übersteigerter Nationalismus verachtet wird und man ins Visier der Ermittlungsbehörden kommt.

Der Verfassungsschutz ist nicht neutral! Als weisungsgebundene Behörde ist er dem Innenministerium unterstellt! Und daher ist es ein Leichtes für die Regierung, diesen Verfassungsschutz zu instrumentalisieren und die Opposition für Begriffe zu diffamieren, die wohl in allen anderen Staaten dieser Erde völlig normal sind- nämlich positiv zum eigenen Land und seinen Symbolen zu stehen und seine Identität wahren zu wollen!

Der Verfassungsschutz nimmt das sogar als Beweis her, dass die AfD dieses Land bekämpfen würde!

Das muss man sich mal vorstellen: Weil es von einigen von oben her verordnet wurde, den deutschen Nationalstaat abzulehnen und ihn negativ zu sehen, wird das quasi als Staatslinie gesehen und jeder Versuch, diese Nation positiv zu sehen wird als Abweichung von der Norm und als Bedrohung angesehen. Krank!

Zurück zum eigentlichen Begriff der **Umvolkung**:

Neben diesem Begriff sind ja noch andere Begriffe, die dasselbe aussagen möchten, auf dem Index gelandet. „Die Bevölkerung austauschen“ zum Beispiel.

Man versucht, die Sprache zu verminen, damit eine Entwicklung nicht benannt werden kann. Es soll unmöglich werden, auch nur über die Tatsache zu diskutieren oder es auszusprechen, weil die entsprechenden Begriffe, die den Vorgang völlig korrekt beschreiben, vom Mainstream bzw. vom Verfassungsschutz als „rechtsextrem“ markiert wurden.

Es kann aber an dem eigentlichen Phänomen, um das es geht, keinen Zweifel geben!

Es findet derweil eine Umgestaltung der westlichen Gesellschaften statt- auch der deutschen Gesellschaft!

Ob man das jetzt „Umvolkung“, „Austausch“ oder sonst wie nennt, ist völlig unerheblich!

Es kommen jedes Jahr viele Hunderttausend Menschen als Einwanderer ins Land. Viele Hunderttausende Deutsche verlassen zeitgleich das Land und suchen ihr Heil in der Ferne. Da die Migranten oftmals eine deutlich höhere Geburtenrate haben, als die seit Jahrzehnten beständig niedrige Geburtenrate der deutschen Bevölkerung, kommt es zu einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Das ist unausweichlich und durch Fakten tausendfach belegt! In dieser Hinsicht hat Herr Sarrazin in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ schon 2010 alles Wichtige gesagt!

Das ist keine Verschwörungstheorie, das ist keine rechte Phantasie, sondern einfach Statistische Gewissheit! In Wolfsburg wird sehr häufig über die

Bevölkerungsprognosen berichtet. Während die Deutschen inzwischen mit 1,36 Kindern pro Frau weiterhin zu wenig Kinder in die Welt setzen, um den Bestand zu halten und daher seit Jahrzehnten beständig schrumpfen, wächst entgegen diesem Trend die Bevölkerung. Wie ist das möglich, wo doch eigentlich immer weniger Menschen geboren werden und immer mehr von den alten sterben? Es funktioniert natürlich nur, indem von außen Menschen zugeführt werden! Nur durch die Zuwanderung wächst die Bevölkerung, die eigentlich schrumpfen würde.

Jede Woche, jeden Monat, jedes Jahr kommen Menschen aus aller Herren Länder hinzu. Darunter viele Kinder, die beschult werden müssen. Darum sind die Klassen übervoll und es müssten eigentlich neue Schulen gebaut werden, für die man aber kein Geld hat. Die Anzahl der von Deutschen geborenen Kinder kann dafür nicht verantwortlich sein, denn- bis auf geringe Schwankungen über die Jahre- ist diese konstant rückläufig! Es sind Kinder, die aus Zuwandererfamilien stammen!

Diese Entwicklung muss zwangsläufig Auswirkungen auf unsere Gesellschaft haben und dies zu beschreiben, die Folgen abzuschätzen, müsste eigentlich die Aufgabe eines jeden Politikers in Deutschland sein!

Die Menschen bringen ihre Lebensweise, ihre Kultur, ihre Weltsicht mit in unser Land und wenn die einheimische Bevölkerung sinkt und der eingewanderte Bevölkerungsanteil wächst, dann muss das Konsequenzen haben, die es zu bedenken gilt!

Der Verfassungsschutz spinnt daraus eine Verschwörungstheorie. Er wendet einfach einen Trick an: Er geht nicht auf die Fakten ein, denn diese sind nicht angreifbar und unwiderlegbar, sondern er konstruiert einen angeblichen Zusammenhang mit Antisemitismus. Leute, die vom „großen Austausch“ reden, würden angeblich dunkle Mächte hinter dieser Agenda vermuten, eine globalistische Weltverschwörung, die

die Bevölkerung ersetzen will und jene globalistischen Eliten wären angeblich vom internationalen Judentum gesteuert.

Man bindet an den berechtigten, nachvollziehbaren und völlig korrekten Hinweis, dass sich die Zusammensetzung der Gesellschaft vollzieht, einfach eine Verschwörungstheorie, einer globalistischen, zionistischen Weltelite. Dadurch wird schon der Versuch über Bevölkerungsentwicklung und seine Folgen zu diskutieren, ein Narrativ vom judenhassenden Verschwörungstheoretiker, auch, wenn derjenige, der die Bevölkerungsentwicklung beschreibt, oft gar nichts von einer Weltverschwörung gesagt oder geschrieben hat!

Ich habe zum Beispiel schon oft auf die besorgniserregende Entwicklung, der Umvolkung, hingewiesen. Ich kann die Tatsache, dass dieser stattfindet, anhand vieler Berichte, Statistiken und Kennwerte einwandfrei ablesen. Die Folgen dieser Entwicklung für die deutsche Gesellschaft abzuschätzen, die Risiken zu betrachten und ggf. Maßnahmen zu ergreifen, um dem entgegenzusteuern, ist Aufgabe von Politik!

Dass die bisherigen Regierungen dies nicht bzw. nicht ausreichend getan haben, spricht Bände und lässt erahnen, dass sie diese Entwicklung nicht als problematisch ansehen und lieber diejenigen verfolgen lassen, die dies tun. Immerhin stützt diese Vermutung, der Fakt, dass die bisherige Regierung die Einbürgerung noch erleichtert hat, was doch eher darauf schließen lässt, sie wolle diese Entwicklung noch untermauern und unumkehrbar machen wollen.

Mit der Verbindung, die der Verfassungsschutz zu Verschwörungserzählungen konstruieren möchte, hat das aber rein gar nichts zu tun! Und es muss in einer Demokratie möglich sein, eine Entwicklung anders einzuschätzen, als das die Regierung tut und vor den Folgen zu warnen, bzw. eine andere Politik als Alternative dageganzustellen!

Was bedeutet es denn, wenn diese Entwicklung so ungebremst weitergeht für unsere Gesellschaft und wollen wir das? Diese Fragen kann man nicht verbieten und auch, wenn man ganz persönlich zu dem Ergebnis kommt, dass man diese Entwicklung so nicht möchte, kann das hundert Gründe haben und darf nicht kriminalisiert werden! Wenn Frau Göring-Eckhard von den Grünen, sich darauf freuen darf, dass sich diese Gesellschaft verändert und sie es gar nicht abwarten kann, bis es so weit ist, darf man andererseits auch die Gegenposition vertreten und das nicht begrüßenswert finden!

Wenn die damalige SPD-Vizevorsitzende Aydan Özoguz verkünden kann, dass unsere Gesellschaft vor einem fundamentalen Wandel stehe und weiter vielfältiger werden würde. Weiter sagte Sie, dass dies auch anstrengend, mitunter schmerzhaft werden würde. Özoguz meinte, dass das Zusammenleben täglich neu ausgehandelt werden müsse.

Eine Einwanderungsgesellschaft zu sein hieße, „dass sich nicht nur die Menschen, die zu uns kommen, integrieren müssten, sondern sich alle darauf einlassen müssten, und die Veränderungen annehmen sollten“, fordert Özoguz. „Schon heute hat jeder fünfte Bürger einen Migrationshintergrund: Deutschland ist längst nicht mehr der ethnisch homogene Nationalstaat, für den ihn viele immer noch halten.“

Wenn also eine SPD-Politikerin sich positiv auf diese Entwicklung des Bevölkerungsstruktur mit allen seinen Folgen für Kultur, Werte und Normen, Alltag, Bräuche und Gepflogenheiten beziehen darf (und auch Sie streitet diese Entwicklung nicht ab, sondern bestätigt sie), dann darf man auch die Antiposition beziehen und dem widersprechen!

Und die Zahlen, dass sich derzeit eine Entwicklung vollzieht, die zu einer veränderten Bevölkerungsstruktur führt, sind eindeutig!
Erst kürzlich wurden neue Zahlen veröffentlicht und in Mainstreammedien, sowie in den sozialen Medien vielfach erörtert und kommentiert.

Demnach sind seit 2005 8,7 Millionen Ausländer hinzugekommen.
Gleichzeitig sind eine Million Deutsche ausgewandert (Netto-auswanderung. 4,3 Mio. wanderten aus, 3,3 Mio. nur wieder ein, macht ein Saldo von rund einer Million Deutschen, die dauerhaft wegblieben).
Der Ausländeranteil läge inzwischen bei 14,8 Prozent mit insgesamt 23,5 Millionen Menschen.
Diejenigen mit Migrationshintergrund aber deutschen Pass muss man dabei noch besonders beachten!
Die beliebtesten Ausreiseziele für die Deutschen ähnelten denen der Vorjahre: Schweiz (20.695), Österreich (13.308), USA (9.307), Spanien (8.869) und Frankreich (5.543).

Der größte Zuzug von Ausländern kam 2024 aus den folgenden Staaten:

Ukraine (221.260)
Rumänien (172.799)
Türkei (83.188)
Polen (82.082)
Syrien (76.056)
Indien (56.311)
Bulgarien (49.866)
Italien (39.413)
Afghanistan (33.246)
Ungeklärt / ohne Angabe (30.988)

Setzt man die Einreisen und Ausreisen von Ausländern ins Verhältnis und betrachtet nur den Wanderungssaldo des vergangenen Jahres, ändert sich diese Top-10:

Ukraine (121.034)
Syrien (75.136)
Indien (41.300)
Türkei (41.140)
Afghanistan (32.729)
Iran (17.522)
Kosovo (16.836)
Vietnam (12.070)
Pakistan (10.949)

China (10.723)

Eine Veränderung in Deutschland verstetigt sich durch die Alterung der deutschen Bevölkerung. So nahm die Zahl der 60- bis 79-Jährigen im vergangenen Jahr um 416.000 zu, weil der geburtenstärkste Jahrgang (1964) in diese Altersspanne einrückte. Mittlerweile sind 30,5 Prozent der Bevölkerung in Deutschland über 60 Jahre alt. Die Deutschen werden immer älter – während die Zuwanderung aus dem Ausland vor allem junge Menschen nach Deutschland treibt. In vielen Schulen sind Kinder mit Migrationshintergrund bereits in der Mehrzahl, viele Kinder sprechen kein Deutsch.

Der Verfassungsschutz mag diese Zahlen als rechtsextrem einordnen, es ändert aber nichts daran, dass diese Entwicklung sich so vollzieht!

Als Treppenwitz der Geschichte muss man wohl folgenden Vorfall bezeichnen: Unter der Überschrift „Identitäre Bewegung: Schüler lassen Rechtsextreme auflaufen“ berichtet BR24 am 22.05.2025 davon, dass Schüler des Willi-Graf-Gymnasiums ein deutliches Zeichen setzen möchten. Die Identitäre Bewegung habe am Zaun der Schule ein Transparent aufgehängt. Die Schüler stellen sich laut BR24 gegen die rassistische Propaganda (Anmerkung: das Transparent trug die Aufschrift „dein Lehrer hasst Deutschland“). Sie bemerkten, dass **wenn alle Migranten ihre Klasse verlassen müssten, sie nur noch „vier Leute wären“**.

Man stellt sich klar gegen das Narrativ der Rechten von einem Austausch und liefert in seiner Argumentation den Beleg dafür, dass diese Recht haben und dieser zumindest in ihrer Klasse so gut wie abgeschlossen ist!

Die aktuelle Bundesregierung möchte wohl diese Transformation der Gesellschaft, welche die Vorgängerregierung unter Merkel mit der Öffnung der Grenzen beschleunigt- und die Ampelregierung fortgeführt hat, manifestieren und unumkehrbar machen. Anders ist es nicht zu verstehen, dass die Regierung die Zahl der Einbürgerungen um satte 50% erhöht hat und im letzten Jahr ca. 300 000 Einbürgerungen hat vornehmen lassen und weiterhin munter Afghanen mit Flugzeugen ins Land holt. Der Deutsche Pass wird geradezu verramscht, was zeigt, dass man schnell Fakten schaffen möchte! SPD mit Grünen und FDP und jetzt CDU mit SPD: Die Transformation Deutschlands scheint allen diesen Parteien ein Anliegen zu sein, um das zu erkennen, braucht man kein Verschwörungstheoretiker zu sein!

Wer das so nennt und anspricht handelt völlig im Rahmen unserer Gesetze! NOCH ist es erlaubt, solche Zahlen und Fakten auszusprechen und das zu beschreiben, was passiert!

Darum entlarvt sich der Versuch, da etwas anderes hinein zu spinnen oder anzudichten als das, was es ist: Der Versuch, die Diskussion über das Thema zu beenden und das Thema als Ganzes der Opposition zu entziehen.

Als Beleg für eine Radikalität oder gar für Antisemitismus ist das Thema und die Begriffe Austausch/ Umvolkung jedenfalls nicht geeignet, solange man es sachlich vorbringt! Und das tut die AfD!

Der Vorwurf des **Antisemitismus**:

Haben Sie schon mal einen AfD-Politiker auf einer Hamas/ Palästinenser-Demo gesehen? Wohl kaum!

Auf solchen Demos wird gefordert: „Juden ins Gas“

Diese Aussagen kommen nicht von der AfD!

Dennoch wird der wachsende Judenhass auch der AfD zugerechnet- entgegen aller Wahrheiten!

Die AfD ist wohl die Israel-freundlichste Partei im Deutschen Bundestag und hat sich mehrfach pro Israel positioniert!

Es gibt innerhalb der AfD eine eigene Vereinigung, die „Juden in der AfD“ heißt!

Niemand in der AfD hat ein Problem mit diesen jüdischen Mitgliedern!

Niemand stellt den jüdischen Mitbürgern das Recht in Absprache, vollwertige Mitglieder der Gemeinschaft zu sein! Niemand verwehrt den in Deutschland lebenden Juden, ihren Glauben zu leben und Teil unseres Landes zu sein!

Niemand in der AfD spricht Israel das Existenzrecht ab!

Es gibt keine Feindschaft oder Ressentiments der AfD gegenüber Juden!

Wo es inhaltliche Konflikte gibt, das ist in Einzelfragen.

So zum Beispiel was das Schächten von Tieren geht, um koschere Lebensmittel zu erhalten. Hier kollidieren die Vorstellungen tatsächlich aufgrund des Tierschutzes.

Aber das sind Meinungsverschiedenheiten in Sachfragen und keine existenzielle Feindschaft zwischen der AfD und Juden!

So, wie wir die Religionsfreiheit bei den muslimischen Mitbürgern achten, so achten wir auch die Religionsfreiheit bei den jüdischen Mitbürgern!

Dennoch darf man einzelne Sachfragen diskutieren und auch Regeln der Religion in Frage stellen!

Wir leben in einem säkularen Staat und wie schon weiter oben ausgeführt, muss man in einer Demokratie das Recht haben, auch solche Dinge zu diskutieren, wie das Schächten.

Von der Vernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten im dritten Reich hat sich die AfD tausende Male in aller Deutlichkeit distanziert!

Es gibt keinen Judenhass innerhalb der AfD! Schon gar nicht so wie es ihn bei den Nazis gab!

Der millionenhafte Mord an den Juden war ein Verbrechen sondergleichen!

Genauso, wie auch die systematische Ermordung an Sinti und Roma, Kommunisten, Homosexuellen, Behinderten usw. ein historisches Verbrechen war!

Solche Verbrechen dürfen sich niemals wiederholen und dieses „nie wieder“ wird auch in den Reihen der AfD oft genug gesagt!

Ganz klar und deutlich zieht die AfD diese Linie und duldet keinen Antisemitismus in ihren Reihen! Wo einzelne Mitglieder durch antisemitische Äußerungen auffallen sollten, wird sofort gehandelt, um diese Personen aus der Partei auszuschließen!

Zum Krieg in Gaza gibt es auch in der AfD unterschiedliche Haltungen. Wie könnte es auch anders sein? Der Nahost-Konflikt und die Feindschaft zwischen Israel und seinen Nachbarn, kann man unterschiedlich betrachten- je nachdem, welche Seite man einnimmt. Darf Israel sich verteidigen? Natürlich! Darf Israel Terroristen bekämpfen? Ja! Muss Israel das Leben von Zivilisten schonen und Kinder und Frauen schützen? Ja! Aber die Antworten sind nicht einfach! Wer den Nahost-Konflikt zu lösen in der Lage ist, der hätte zu Recht den Friedensnobelpreis verdient! Kritische Haltungen zum Gazakrieg und zur Siedlungspolitik sind daher normal und kommen auch in anderen Parteien vor! Dies ist ein Zeichen von Pluralismus und keine generelle Ablehnung eines jüdischen Staates!

Vorwurf: Die AfD würde sich nicht **konsequent vom „rechten Rand“ abgrenzen**, sondern „fische im braunen „Sumpf“, im „trüben Wasser“ nach Stimmen.

Nirgendwo, weder im Parteiprogramm, im Grundsatzprogramm, noch in den Wahlprogrammen sind Äußerungen, die darauf schließen lassen, dass die AfD die freiheitlich, demokratische Grundordnung beseitigen will!

Es sind diese Programme, worauf sich die Mehrheit der Mitglieder in internen Abstimmungen auf Parteitage geeinigt hat. Das zählt!

Wenn es irgendwo eine einzelne Person gibt, die etwas sagt, oder tut, dann steht das nicht für die ganze Partei!

Das ist dann eine Einzelmeinung!

Und sie bleibt eine Einzelmeinung, egal, in welcher Ebene sich diese Person befindet!

Würde sich das, was diese Einzelperson sagt, im Parteiprogramm wiederfinden, weil sich die Mehrheit der Parteimitglieder dies zu Eigen macht, dann wäre die Sache klar- dann wäre das die Parteilinie.

Aber solange dies nicht der Fall ist, sind nur die Dinge, die eine Mehrheit erhalten haben und in das Programm der Partei aufgenommen wurden, auch die Dinge, die man den Mitgliedern vorhalten kann!

Darum ist es auch völlig unerheblich, ob Herr X aus Y in einem Messenger dies oder jenes gesagt oder geschrieben hat!

Es ist seine Privatmeinung und überhaupt nicht relevant für die Ziele der Partei!

Die Partei hat übrigens verschiedene Mittel an der Hand, um gegen Leute vorzugehen, die durch ihr Verhalten oder ihre Auftritte oder ihre Reden dem Ansehen der Partei schaden. Das geht bis hin zu einem Ausschluss aus der Partei.

Die AfD hat solche Mittel schon oft genutzt und Leute aus der Partei ausgeschlossen.

Aber alles muss auch hier demokratisch ablaufen! Jedes Mitglied hat auch Rechte und die müssen auch gewahrt bleiben, selbst wenn nicht jedem alle Äußerungen

gefallen mögen! Und so bleibt auch oft nur der Klageweg und oft jahrelange Auseinandersetzungen sind die Folge.

Damit solche problematischen Leute gar nicht erst in die Partei aufgenommen werden, gibt es ein strenges **Aufnahmeverfahren und eine Unvereinbarkeitsliste**.

Auf dieser Liste stehen Organisationen, deren Mitglied man nicht sein darf, oder gewesen sein darf, wenn man Mitglied der AfD werden möchte!

Mitglieder oder ehemalige Mitglieder von verfassungsfeindlichen Gruppen werden so beispielsweise gar nicht erst aufgenommen! Das neue Mitglied unterschreibt auf seinem Aufnahmeantrag, dass er diese Unvereinbarkeitsliste gelesen und zur Kenntnis genommen hat! Es wird auch in jedem Aufnahmegespräch explizit danach gefragt! Das Verschweigen einer solchen Mitgliedschaft ist eine Täuschung, die auch im Nachhinein noch die Annullierung der Mitgliedschaft nach sich zieht! Man fragt auch explizit danach, wie derjenige, der aufgenommen werden möchte, zur FDGO steht! Das Kästchen, dass der Aufnahmewillige auf dem Aufnahmeantrag anzukreuzen und zu unterschreiben hat, besagt eindeutig, dass derjenige, die FDGO akzeptiert!

Die AfD handelt also konsequent im Rahmen ihrer Möglichkeiten, um Personen mit extremer Gesinnung loszuwerden oder es solchen Personen zu erschweren, in der AfD unterzukommen.

Dass seit Jahren immer wieder Zitate die Runde machen und zig-tausendfach wiedergekauft werden, von Leuten, bei denen die AfD sich konsequent distanziert oder gar getrennt hat, ist ein beliebtes Mittel unserer Gegner.

Man kann sich halt nicht weit genug abgrenzen und jeder, der dem linken Mainstream aufstößt, wird der AfD vorgehalten, selbst, wenn seine Äußerungen von der Meinungsfreiheit gedeckt sein mögen.

Man kann nun einmal nicht alle, die die linke Bubble nicht mag oder für Nazis hält, aus der Partei ausschließen, weil Erstens: Es stehen die Parteigesetze dagegen und Zweitens: Linke würden so lange weitermachen, bis niemand mehr da ist, den man ausschließen könnte, weil sie mittlerweile alles und jeden mit dem Nazi-Vorwurf überziehen! Sie dulden eben keine zweite Meinung und alles, was nicht explizit links ist, ist bei ihnen rechts. Es hat keinen Sinn, in dieser Sache auf unsere Gegner zu hören!

Unsere Maßstäbe müssen die Gesetze und das Parteiprogramm und die innere Ordnung der Partei sein!

Ebenso verhält es sich auf Demos. Man kann nicht jeden kennen, der da kommt und man kann nicht jeden abweisen, der da kommt. Demos sind erstmal öffentliche Versammlungen und da gilt das Versammlungsrecht! Wenn ich öffentlich zu einer Demo aufrufe und es kommen 10 000 und davon sind 200 Bekloppte, dann kann man nicht die Demo auflösen deswegen!

Das machen ja SPD und Gewerkschaften auch nicht! Dort marschiert regelmäßig der schwarze Block mit und keinen stört es!

Bei uns stört man sich schon, aber erstens muss man die Problematischen bei unseren Demos erstmal identifizieren, denn da trägt keiner militantes Schwarz mit Vermummung (sowas würde bei uns direkt ausgeschlossen) und dann ist auch die Frage berechtigt, wie viele von denen überhaupt zu „uns“ gehören? Ich habe etliche Demos erlebt, wo man den Eindruck hatte, diese Leute, die bewusst provoziert haben, wurden entweder geschickt, oder gehörten insgeheim der Gegenseite an! In Chemnitz wurde einer, der den Hitlergruß zeigte später als linker Suffkopp in der Presse bekannt. Die Bilder von Ihm dominierten die lokale und überregionale, ja bundesweite Berichterstattung.

Man muss dabei auch im Hinterkopf haben, wie viele V-Leute damals in der NPD waren und dort maßgeblich an der Planung und Durchführung von Demos und Veranstaltungen beteiligt waren! Böse Zungen behaupten, dass ohne den Verfassungsschutz und dessen Geld kaum Aktionen der NPD hätten durchgeführt werden können.

Wo wir aber Provokateure, rechtsextreme Symbole etc. auf unseren Demos identifizieren, da werden diese Leute auch gebeten, zu gehen! Man grenzt sich schon ab, hat aber nun einmal keine volle Kontrolle darüber und wird hier und da ja auch von verschiedensten Gruppen als „Hintergrund“ missbraucht, in den man sich mischt.

Für meinen Teil kann ich aber sagen, dass es in der ganz überragenden Anzahl ganz normale Leute sind, die zu unseren Demos kommen!

WENN da problematische Leute kommen SOLLTEN, dann sind diese hoffnungslos in der Unterzahl und Fahnen und Symbole von verfassungsfeindlichen Gruppen haben wir mehr als einmal unseren Demos verwiesen und die Leute weggeschickt! Ich kann mich auch an Demos erinnern, die beendet wurden, weil sich dort eine „Abordnung“ tatsächlicher Rechtsextremer (und die sahen auch so aus!) ein Scharmützel mit der Polizei liefern wollte. Die Entscheidung der Demo-Veranstalter war richtig! Ich hatte bei der Gruppe definitiv das Gefühl, die sind nur gekommen, um die ganze Demo aus schätzungsweise 8000 Personen zu diskreditieren und Bilder für die Kameras zu erzeugen.

Man braucht aber gar nicht auf diese (wohl bezahlten) Provokateure abstellen. Es reichen ja schon die berühmten 10% an Leuten, die man nie los wird, die es in jeder Partei, jedem Verein und jeder Organisation gibt!

Schwierige oder „kaputte“ Persönlichkeiten, die sich aber selbst für völlig gesund und ganz wichtig halten. Solche Leute habe ich in meinem Leben überall angetroffen. In der Kirche, der Gewerkschaft, in der Elternvertretung, in der Bundeswehr, im Krankenhaus. Immer mal wieder kommt man mit solchen Leuten in Kontakt, wo man sich denkt, „Der hat nicht alle Tassen im Schrank“ und wo man am liebsten schnell wieder gehen möchte, um nicht mit denen gesehen zu werden.

Linke glauben, solche Leute gibt es nur bei den Rechten. Nein, liebe Linke, solche Leute habt ihr auch! Und nicht zu knapp!

Ich mache euch aber keinen Vorwurf- solche Leute wird man nicht los und wenn die weggehen, oder sterben, kommt von irgendwo einer von der Sorte nach.

Das ist aber nicht schlimm, weil es nur 10% sind!

Diese Leute stellen nicht die Mehrheit und stehen nie für die ganze Organisation!

Sehr selten, dass solche Leute in Führungspositionen aufsteigen (wahrscheinlich bei Grünen eher, als in der AfD!). Was man unseren politischen Gegnern schon vorwerfen kann, das ist, dass sie ganz offensichtlich Randal-bereite Leute in schwarz-vermummter, militanter Montur auf ihren Demos mitmarschieren lassen und ihnen Schutz gewähren! Da gibt es im Gegensatz zu uns keine Distanzierung! „Wir sind Antifa“ hört man SPD- und Linken-Politikern landauf und landab.

Wenn es also um die Distanzierung extremistischer Personen und Gruppen geht, dann hat die AfD im Vergleich zu unseren Konkurrenten ja wohl die Nase ganz klar vorn und braucht sich von denen keine Belehrungen gefallen lassen!

Wenn man also 100 Leute auf einer Demo befragt, kommt man irgendwann an die zehn Leute, die man für den Bericht in der Zeitung gesucht hat!

Der „Hutbürger“ zum Beispiel (sie haben mir ins Gesicht gefilmt).

Doch für jeden dieser Leute sind da 9 normale Menschen gegangen, die man wohl auch gefragt hat, aber deren Beitrag zu viel Substanz hatte, um gesendet zu werden.

Ich unterhalte mich viel mit den Leuten auf den Versammlungen und das sind Rentner, Arbeiter, Angestellte, Heilpraktiker, Ärzte, Handwerker... - also wirklich der Durchschnitt der deutschen Gesellschaft!

Ich habe Demos von Linken und Grünen oft beobachtet und bin mir nicht sicher, ob die auch so den Durchschnitt der Gesellschaft bilden!

Sehr oft sieht man Gutbetuchte, also Beamte, Lehrer,... dann stadtbekannte Kommunisten, also so DKP, MLPD... und dazwischen vor allem Kinder.

Aber sei es drum- es geht ja um unsere Abgrenzung vom rechten Rand. Ja, das tun wir! Leute, die permanent der Partei durch ihre Beiträge schaden, die tatsächlich Grenzen verschieben möchten und die als Extremisten erkannt wurden, die schließen wir aus oder es werden **Ordnungsmaßnahmen** ausgesprochen!

- Arpe: Seit 2018 aus der Partei ausgeschlossen.
- Steinke: 2019 ausgeschlossen.
- Gedeon: 2020 ausgeschlossen, zuvor schon nicht in die Fraktion aufgenommen.
- 3 Mitglieder, die auch zu den „Sächsischen Separatisten“ zählten: Vom Bundesvorstand umgehend aus der Partei geworfen.
- Kalbitz: 2020 aus der Partei ausgeschlossen.
- Halemba: 2023 **Parteiausschluss** vom Bundesvorstand beantragt, letztendlich durch einen Vergleich vor dem Landesschiedsgericht alle Parteiämter verloren (Ämtersperre).
- Krah: 2024. Rückzug aus Bundesvorstand und zeitweise Auftrittsverbot, wurde nicht in die EU-Delegation aufgenommen.

- Helferich: 2025 aus der Partei geworfen.

Es gibt einige solcher Beispiele aus den vergangenen 12 Jahren!

Die innerparteiliche Justiz arbeitet zuweilen langsam, aber sie arbeitet und das auf gesetzlichen Grundlagen!

Die Partei wehrt sich also- und das mit Erfolg!

Kontaktschuld:

„Der kennt den“ und „der war schon mal auf der Feier mit dem“

Zur Kontaktschuld habe ich schon etwas weiter oben geschrieben.

Wir haben in unserem KV immer darauf geachtet, gemäß unserer

Unvereinbarkeitsliste niemanden aufzunehmen, der aus solchen Gruppen zu uns kommen will. Dazu stehe ich und daran werden wir uns auch zukünftig halten!

Was tun, wenn nun aber jemand dazu kommt, den Mann nicht kennt und der einen extremistischen Hintergrund hat, der vielleicht schon Jahre zurück liegt?

Es kommen laufend Leute an unsere Infostände, an den Stammtisch oder melden sich per Mail oder Telefon. Diese Leute sprechen einen auf Demos an.

Niemand lässt sich dann den Pass zeigen und googelt denjenigen!

Niemand macht eine Abfrage bei der Polizei, ob man sich mit dem zeigen darf und ob man mit ihm reden sollte, oder lieber nicht.

Manchmal fragen Leute ganz konkret, ob Sie helfen können, im Wahlkampf. Plakate kleben, Flyer austragen.

Natürlich wollen wir nicht, dass Extremisten aus anderen Gruppen mit unseren Flyern um die Häuser ziehen, aber weiß man denn immer, was das für Leute sind? Natürlich nicht!

Diese Menschen wollen sich an der Demokratie beteiligen, Sie wollen zu uns kommen und mitmachen und wer weiß, vielleicht ist diese erste Kontaktaufnahme der Beginn von einer Mitgliedschaft in der Partei und davon, dass diese Personen Politik machen.

Unsere Gegner und besonders diese Antifa-Fotografen, die sich als Journalisten ausgeben und in der Szene ein- und ausgehen und einige Gesichter kennen, nutzen dann gerne aus, wenn an Infoständen oder Teilnehmer von Demos solche Leute gesehen werden. Diese werden dann fotografiert und in Portalen, wie Indymedia eingestellt. Die Leute sollen identifiziert werden und dann heißt es: „Herr X von der Kameradschaft Y war auf einer AfD-Versammlung“.

Wie oben ausgeführt kann man sich auf Demos dagegen schlecht wehren und man kennt schlicht auch die „problematischen“ Leute nicht, um sie zu identifizieren!

Und selbst WENN da jemand an einem Infostand gesichtet wurde- Na und?
Jeder Mensch darf sich auf demokratischem Wege an unserer Demokratie beteiligen!

Ich unterhalte mich auch mit Linken und mit Ausländern und mit Mitgliedern anderer Parteien am Infostand.

Man tauscht Argumente aus- das festigt die eigene Meinung und manchmal bringt es sie auch ins Wanken und man prüft seine Argumente, weil der andere vielleicht Recht hatte. Das ist Demokratie!

Selbst WENN da ein Rechtsradikaler vor einem steht- man kann einen Menschen nicht sein ganzes Leben von der demokratischen Willensbildung ausschließen und sagen, „mit dem rede ich nicht“!

Nur weil jemand mal auf Abwege geraten ist, sollte man- gerade als Politiker- im Gespräch bleiben und versuchen, diesen Menschen für die Demokratie zurückzugewinnen!

Das heißt ja nicht, dass man mit seiner Weltanschauung einverstanden ist und diese für sich übernimmt!

WENN also jemand mit entsprechendem Hintergrund sich unserer Gruppe zum Plakate-kleben anschließt, dann hat er doch in diesem Moment demokratische Mittel der Gewalt etc. vorgezogen!

Ist hypothetisch, weil bei uns noch nicht vorgekommen, soweit ich weiß, aber vom Grundsatz her empfinde ich es als völlig daneben, wenn man den Leuten abspricht, sich an der politischen Auseinandersetzung zu beteiligen! Sofern sie demokratische Mittel und Wege verwenden!

Wer weiß, vielleicht erkennt dann der eine- oder andere, dass er mit seinem bisherigen Ansatz falsch lag und man die Dinge politisch lösen muss.

Natürlich möchte auch ich nicht, dass Extremisten- und schon gar nicht, irgendwelche Gruppen- für einen werben und man muss auch aufpassen, dass man sich nicht „ein faules Ei“ ins Nest legt!

Die Partei hat ja auch ein Anrecht, geschützt zu werden und auch die anderen Parteimitglieder wollen sicherlich nicht mit Extremisten in einen Topf geworfen werden! Insofern muss man da schon aufpassen, wen man in seine Nähe lässt und wen nicht.

Darum geben wir natürlich nicht irgendjemandem 10000 Flyer oder 500 Plakate an die Hand oder so! So nötig haben wir die Hilfe von irgendwelchen Leuten nicht, dass wir da ein Risiko eingehen würden!

Deswegen machen wir vor der Mitgliederaufnahme ja auch **Recherchen** (sichten zum Beispiel die sozialen Medien desjenigen) und führen **Aufnahmegespräche** unter dem vier-Augen-Prinzip.

Es sind sicherlich etliche Personen nicht in die AfD aufgenommen worden- bei uns und in anderen Kreisverbänden der Partei, weil wir unseren Regeln nach aussieben.

Die Regeln der AfD werden also gelebt, um Extremisten fernzuhalten!
Man handelt nach den eigenen Regeln und Gesetzen, um Extremisten und die, die zu den berühmten 10% gehören, loszuwerden.

Was erwartet man noch von der AfD und was tun eigentlich unsere Gegner entsprechendes, um sich selbst von Extremisten in ihren Reihen abzugrenzen?

„Europafeinde“:

Es wird gerne in Mainstreammedien der Begriff der „Europafeinde“ verwendet. Schon kurz nach Parteigründung, hatte die Bildzeitung die AfD bereits verrissen und als „Eurohasser“ gebrandmarkt.

Das war auch schon damals Blödsinn und ist es heute immer noch!

1. Ist die AfD kein Feind „Europas“!

Wir sind überzeugte Europäer!

Wir wollen mit unseren Nachbarn in Frieden leben und kooperieren.

Wo immer es sinnvoll ist, kann man sich in Europa abstimmen und gemeinsame Lösungen tragen.

2. Die EU ist nicht Europa!

Wir sind EU-kritisch, weil die EU ein undemokratischer, von Lobbyismus und Korruption zerfressener Beamtenapparat ist, der zum Machtmissbrauch und zur Selbstbereicherung geradezu einlädt.

Die EU neigt zum Zentralismus. Sie reißt Kompetenzen an sich, die ihr nicht zusteht und die auch mit den europäischen Verträgen und dem ursprünglichen, europäischen Einigungsgedanken nichts zu tun haben! Kultur oder Bildung zum Beispiel.

Wir wollen nach dem Subsidiaritätsprinzip die Kontrolle der Nationalstaaten erhalten, weil auch nur auf nationaler Ebene die Einflussmöglichkeit der Bürger auf die Politik gewahrt bleibt!

Das sind ganz legitime Positionen, die man vertreten kann!

Dass man der EU kritisch gegenüber steht, macht einen nicht zum „Europahasser“!

Diese Verkürzung, diese negative Zuschreibung ist- wie in den anderen Bereichen auch- nur der Versuch, die Opposition als abseitig hinzustellen und legitime, politische Positionen als illegitim zu brandmarken.

Überhöhung des Eigenen und Abwertung des anderen:

Die AfD betont die positiven Eigenschaften Deutschlands. Wir bekennen uns zu unserem Land, zu unserer Kultur und unseren Werten. Eine Überhöhung über andere findet jedoch nicht statt! Wir achten auch die Identität der Franzosen oder die

positiven Eigenschaften der Polen. Wir sagen nicht: Unseres ist wertvoller, besser, mehr wert und deren ist minderwertig! Die AfD teilt nicht ein zwischen wertvoll und wertlos und wir argumentieren auch nicht mit Genen oder mit Rassen!

Das eigene Land zu lieben, auf seine Errungenschaften stolz zu sein, das Erbe zu achten und bewahren zu wollen, bedeutet nicht, dass man nicht auch andere Länder achtet!

Dennoch darf man sicherlich auch auf die Unterschiede verweisen.

Wer zum Beispiel sagt, dass die Rolle der Frau in Indien oder Pakistan eine andere Rolle ist und er die hiesige Rolle der Frau mit Gleichberechtigung und Schutz für besser hält, der wertet doch Indien oder Pakistan nicht ab! Es sind deren Länder- sie müssen als Gesellschaft festlegen, nach welchen Werten sie leben wollen! Wir haben uns kein Urteil zu erlauben!

Aber man darf für sich eine Bestimmung machen, bezüglich der eigenen Werte und Lebensweisen und die darf auch differenzieren!

Was machen denn unsere deutschen „Spitzenpolitiker“ seit Jahren, wenn Sie in China die Lage der Menschenrechte und den Umgang mit Minderheiten ansprechen! Urteilen Sie nicht über das dortige Gesellschaftsmodell? Stellen Sie nicht ihre Werte und Normen über das der Chinesen?

Ich weiß nicht, ob es richtig ist, von außen den 1,3 Milliarden Chinesen reinreden zu wollen, aber ich finde, man darf für sich selber entscheiden, dass man unter einer staatlichen Überwachung, wie in China nicht leben möchte! Dadurch wertet man das chinesische Modell nicht automatisch ab und man überhöht dadurch auch nicht sein eigenes Modell!

Wenn ich also sage, dass ich das Modell der Scharia im Orient als das vorherrschende Rechtssystem in dieser Kultur respektiere, weil das deren Entscheidung für das Zusammenleben ist, ich aber auch gleichzeitig nicht möchte, dass dieses Rechtssystem hier Einzug erhält, dann ist das keine Überhöhung der Nationalität oder eine Einteilung in Über- und Untermenschen, wie es die Nationalsozialisten gemacht haben! So etwas zu behaupten und dies vom Verfassungsschutz quasi als Beweis für die Nähe zur nationalsozialistischen Ideologie zu verwenden, ist unredlich!

Wenn man gar nicht vergleichen dürfte, müsste JEDE Wertung unterbleiben. Dann gäbe es ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Kinderehe, Frauen-züchtigung und Handabhacken, 15Minuten-Städten mit unserem Grundgesetz, die sich alle auf einer Ebene befinden würden. Das kann es ja nicht sein!

Natürlich darf man seine Gesetze und Regeln für alle, die hier leben verbindlich machen und andere Bräuche diesen unterordnen, ohne dass das bedeutet, dass man sich selbst überhöht!

Dasselbe muss man dann allerdings auch den Afghanen zubilligen, die für sich entschieden haben, lieber so zu leben, wie das die Taliban vorgeben.

Wenn die Afghanen diesem Gesellschaftsmodell irgendwann einmal leid sein sollten, wird sich die Gesellschaft weiterentwickeln- ganz ohne unser Zutun. Ich respektiere das und möchte dennoch selbstbewusst sagen dürfen, dass ich dieses Gesellschaftsmodell Kabuls nicht für Wolfsburg haben möchte!
Ich wünsche mir auch für meine Kinder, Enkel und Urenkel ein Land, in dem unsere Regeln gelten und nicht die, Kabuls, Teherans oder Pekings!

Integration braucht Identität!

Man muss halt auch den Mut haben, festzulegen, wie unser Lebensmodell aussieht, wo die Grenzen sind!

Ohne, dass man ein Gefühl dafür hat, was die eigene Kultur ausmacht, kann man auch niemanden sagen, wo er sich hinein zu integrieren hat!

Macht man den Rahmen nur um die Gesetze, ist das nur ein kleiner Teil!
Sprache, Kultur... es gibt so viel mehr Aspekte, die unsere Lebensart ausmachen!

Zeichnet man kein Bild davon und verlangt auch nicht das Ziel, dieses Bild für sich als Leitbild der neuen Heimat zu akzeptieren, so muss ja zwangsläufig jede Integration scheitern! Das führt dann zu Parallelgesellschaften.

Eine der größten Lügen in dem Zusammenhang ist der Begriff der Multikultur!
Es ist eben viel zu oft ein Nebenher der verschiedenen Kulturen und eben nicht ein „in die neue Kultur hinein-wachsen“ oder ein „Zusammenwachsen der Kulturen“.

Zu fordern, dass sich neu hinzu Gezogene in unsere Leitkultur einfügen, ist nichts übergriffiges, nicht überhöhendes, keine unanständige Forderung, sondern ganz normal! Jede Kultur der Welt verlangt das!

Man kann nicht auf Dauer in einer Gesellschaft leben, und nach eigenen, völlig anderen Gesetzen und Werten leben wollen!

Das ist doch logisch und kein Nationalismus!

Es ist das Schätzen der eigenen Lebensart.

Für jedes Land auf der Welt völlig normal, nur in Deutschland ein Fall für den Staatsanwalt!

Die AfD wäre **gegen die sexuelle Selbstbestimmung**, stelle sich gegen Schwule, Lesben und Transsexuelle.

Die AfD achtet das Recht auf die sexuelle Selbstbestimmung!

Wir grenzen Homosexuelle und Transmenschen nicht aus!

Jeder darf lieben wen er will und schlafen mit wem er will, solange er nicht gegen ein Gesetz verstößt!

Was sich in den Betten der Leute abspielt, welche Wünsche, Neigungen und Vorlieben sie haben, geht niemanden etwas an- erst Recht nicht, den Staat!

Die AfD hat selbst viele Homosexuelle in ihren Reihen und selbst die Bundesvorsitzende ist in einer lesbischen Beziehung- kein Problem!

Was aber aus der sexuellen Selbstbestimmung nicht abgeleitet werden kann, ist, dass der Staat diese Art zu leben und zu lieben zu fördern hat!

Niemand kann verlangen, dass der Staat überall Regenbogenfahnen hisst!

Niemand hat das Recht, jemand als Transfeindlich zu betiteln, nur weil er die Präsenz der LGBT-Community an Schulen und Kindergärten kritisiert bzw. fordert, dass diese Präsenz gegenüber Kindern zu unterbleiben hat!

Der Anspruch, der LGBT-Lobby, dass die Bürger das Liebesleben der Anderen nicht nur zu tolerieren, sondern zu akzeptieren und zu fördern haben- mit Steuergeld und Aufmerksamkeit im öffentlichen Rundfunk- dass ist das Übergriffige, was die AfD nicht mitmacht!

Wir müssen Homosexuelle vor Gewalt schützen!

Niemand darf aufgrund seiner sexuellen Neigungen verfolgt werden!

Wer tut dies aber in der Mehrzahl? Anhänger archaischer Kulturen, in denen Homosexualität verurteilt wird!

Es ist wie mit dem Zunehmenden Antisemitismus: Er ist größtenteils importiert und zwar durch die Altparteien und hat mit der AfD nichts zu tun!

Die AfD stellt sich gegen die Forderung der LGBT-Community, dass der Staat deren sexuelle Orientierung zu fördern hat und dass sie ein Recht darauf hätten, an Schulen oder in Kitas Lesungen abzuhalten oder als Drag Queens lasziv zu tanzen. Nein, habt ihr nicht!

Auf die Indoktrination der Kinder habt ihr keinen aus dem Grundgesetz abzuleitenden Anspruch!

Und man darf kritisieren, dass die Regenbogenfahne an öffentlichen Gebäuden gehisst wird!

Die Fahne der deutschen ist Schwarz-Rot-Gold! Sie ist die Fahne für alle Deutschen und unter ihr sollten sich alle Menschen in Deutschland versammeln!

Dass zunehmend die Europafahne oder die Regenbogenfahne, teilweise auch fremde Hoheitszeichen, wie die ukrainische Flagge unser Straßenbild zieren, die deutsche Fahne aber geächtet und verdrängt wird, ist für uns nicht hinnehmbar und dies zu artikulieren ist legitim und hat mit Transfeindlichkeit nichts zu tun!

Christopher Street Day: Erst kürzlich sah ich auf Facebook ein Foto von Männern in Hundemasken die kriechend auf allen vieren durch die Straßen zogen, einer hatte einen riesigen Dildo im Hintern, der geformt war, wie die Rute eines Hundes.

Ringsherum gingen andere Demoteilnehmer, teilweise mit Kindern an der Hand, ein Kind saß bei einem Herrn auf den Schultern.

Sie gingen direkt hinter dem Mann her, der sich als Hund in aller Öffentlichkeit erniedrigen ließ und damit vor allen Leuten seinen Fetisch auslebte.

Wer so etwas normal findet, bei dem scheinen alle Werte und Normen, sowie Anstand und Scham abhandengekommen sein!

Das hat nichts mit einer befreiten Sexualität und mit der Überwindung von Prüderie zu tun, wenn man vor Kindern sexuelle Praktiken auslebt!

Niemand hat das Recht, sich so vor Kindern und im öffentlichen Raum zu zeigen!

Es zeugt nicht von Toleranz, wenn man es duldet, dass erwachsene Menschen ihre sexuellen Vorlieben vor Kindern ausleben!

Wir haben die Kinder zu schützen!

Dieser Schutz steht über dem Wunsch, seine Sexualität offen ausleben zu dürfen!

Es ist richtig, dass Ungarn die öffentliche Sicherheit und Ordnung höher schätzt, als das Recht in aller Öffentlichkeit seinem Fetisch nachzugehen!

Es ist richtig, dass Ungarn sich mit dem Verbot solcher Veranstaltungen (die leider völlig ausgeartet sind, wie mein geschildertes Beispiel deutlich macht) schützend vor die Kinder stellt!

Dass sich die EU anmaßt, diese Entscheidung anzugreifen und mit dem Hebel vermeintlicher sexueller Selbstbestimmung und Freiheit, die Ungarn dazu zu zwingen, ihre Werte und Normen zu ändern und solche Paraden zuzulassen ist gegen jede Idee der europäischen Einigung, die nie dazu gedacht war, kulturelle Unterschiede und Lebensweisen der Länder zu vereinheitlichen und auf bunten Gleichschritt zu trimmen!

Im Gegenteil! Die EU sollte sich aus der Bildung, der Kultur usw. strikt raushalten!

Es ist ein Missbrauch der Institution EU, diese dazu zu benutzen, um einzelne Länder „auf Linie“ zu bringen!

Die LGBTQ-Lobby hat offensichtlich mächtige Förderer und ausgezeichnete Kontakte bis in die höchsten Kreise...

Die EU zeigt zunehmend autoritäre Tendenzen, die die nationale Souveränität untergraben!

Sie versuchen, eine Art Sowjet-EU zu etablieren, die Kontrolle ausübt, Normen und Verhaltensweisen vorgibt, die die moralischen und gesellschaftlichen Normen der einzelnen Gesellschaften ersetzen sollen. Kritiker werden mundtot gemacht.

Ursula von der Leyen höchstpersönlich drohte Ungarn mit Sanktionen.

Eine ungeheuerliche Einmischung in den unabhängigen Staat Ungarn, der seine Kinder vor unmoralischen, öffentlichen Sexualpraktiken zu schützen versucht!

Letztlich muss man ob des Anblicks eines nackten Mannes im Hundekostüm mit einem Dildo im Hintern vor Kindern doch auch annehmen und befürchten, dass die Bewegung, die sich ursprünglich für die Rechte von Schwulen und Lesben eingesetzt hat (berechtigterweise), von der Queer- und Trans-Lobby und leider auch von einigen Pädophilen unterwandert wurde, die nun diese Bewegung ganz bewusst als „Tarnung“ nutzen, um ihren Opfern nahe zu kommen!

Unter dem Vorwand, als sexuelle Minderheit beachtet, anerkannt und geschützt zu werden, wird offensichtlich auch Pädophilie ausgelebt. Das scheint auch der Grund zu sein, weshalb es viele Aktionen das Umfeld von Kindern suchen. Ob Kita, Grundschule oder Lesenachmittage von Dragqueens vor Kindern- unter dem Deckmantel die Toleranz zu fördern und die Kinder zu „Offenheit“ zu erziehen, kommen Erwachsene fremden Kindern nahe.

Die Queer-Community scheint blind für diese Gefahren zu sein oder diese billigend in Kauf zu nehmen!

Daher ist es richtig, dem einen Riegel vorzuschieben!

Mit Transfeindlichkeit hat das gar nichts zu tun!

Niemandem kann man seine sexuellen Vorlieben vorschreiben!

Jeder darf so leben und lieben, wie er möchte und Schwule oder Lesben oder Bisexuelle sind nicht weniger Menschen und haben nicht weniger Rechte, als alle anderen Menschen!

Daraus kann man aber nicht ableiten, seine Sexualität ungezügelt auszuleben und das öffentlich und vor Kindern! Niemand kann ein solches Maß an Toleranz fordern, dass man es dulden müsste, dass fremde Menschen den eigenen Kindern im Kindergarten etwas über Analsex erzählen dürfen!

Das ist keine Transfeindlichkeit, kein Schwulenhass oder sonst was, sondern ganz natürliche Moralvorstellung und der Instinkt, seine Kinder vor sexuellen Übergriffen zu schützen!

Den Anspruch zu haben, dass vor jedem Rathaus und jeder Schule eine Regenbogenfahne gehisst wird, kann man nicht aus dem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung ableiten!

Niemand kann fordern, dass der Staat die eigene sexuelle Vorliebe fördert!

Auch Steuergelder einzusetzen, um diese zu fördern, hat eindeutig nichts mit der Sexualaufklärung zu tun, die wir früher einmal kannten! Hier werden Gelder im Kulturkampf missbraucht und nützen ggf. sogar solchen Leuten, die Missbrauch begehen! Jeder sollte sich auch einmal fragen, warum die Symbole, wie Regenbögen, Einhörner, rosa und pinke Kleider verwendet werden und immer wieder die Nähe zu Kindereinrichtungen gesucht werden (in Ronneberg soll der CSD auf dem Gelände einer Grundschule stattfinden)!

Vielleicht, weil von den Symbolen Kinder besonders angezogen werden und eben dies die Zielgruppe einiger ist! Hier ist zu Recht Vorsicht geboten!

Der AfD wird aufgrund dieser Haltung Schwulenfeindlichkeit und ähnliches vorgeworfen. Das ist aber falsch! Die AfD ist weder Schwulenfeindlich noch Lesbenfeindlich! Wir garantieren die sexuelle Selbstbestimmung und sind auch für Sexualaufklärung, wie wir sie früher hatten! Wir wägen aber ab und erkennen eine Grenze zum sexuellen Missbrauch und zu unmoralischen Praktiken in der Öffentlichkeit, die wir unterbinden wollen. Wir meinen nicht, dass der Staat bestimmte Vorlieben fördern und besonders „bewerben“ soll! Das ist eine klare Haltung, aber keine, die irgendjemand in seinen Grundrechten beschneidet! Kein Kind braucht im Kindergarten einen Raum für Doktorspiele! Oder eine Anleitung zu frühkindlicher Masturbation!

Das sind einfach Übergriffe, die nichts mit einer diskriminierungsfreien Erziehung zur Toleranz zu tun haben!

Unsere Haltung ist eine Haltung, die jahrzehntelang gelebte Praxis in Deutschland war! Sie so hinzustellen, als sei diese „queerfeindlich“ ist Humbug! Niemand ist feindlich gegenüber Queers, nur weil er den Zugriff auf seine Kinder abwehrt und nicht möchte, dass Menschen ihre Sex-Phantasien auf der Straße ausleben!

Transmenschen sind Menschen! Ganz klar!

Niemand darf in einer freien Gesellschaft aufgrund seiner sexuellen Orientierung diskriminiert werden!

Das würde ich sofort unterschreiben!

Zum Thema „Transrechte“ wird es da schon komplizierter. Hat jemand aufgrund seiner sexuellen Orientierung das Recht, als biologischer Mann an Frauenwettkämpfen im Sport teilzunehmen und die Frauenduschen zu nutzen? Ich denke nicht!

Hier kollidieren zwei Schutzziele miteinander.

Transfrauen mit ihrem Ziel, Teil der Gesellschaft zu sein und nicht ausgegrenzt zu werden und die Frauen, die sich ihre Schutzräume bewahren wollen, die in Wettbewerben nicht benachteiligt sein wollen, indem sie von einem biologischen Mann, der sich als Frau empfindet, besiegt werden.

Konsequent zu Ende gedacht, würde man den Frauensport damit zerstören.

In Abwägung dieser Schutzziele, hat sich die AfD festgelegt, dass das Recht der Frauen höher wiegt. Zudem könnten Transfrauen ja weiterhin Sport treiben, ggf. eigene Wettbewerbe gründen oder bei den Männern mitkonkurrieren. Ihre Rechte werden also nicht komplett beschnitten, sondern nur soweit, dass Frauen ihre Rechte unbeeinflusst und geschützt ausüben können.

Aus meiner Sicht ist das eine vernünftige Haltung, die nicht „Transfeindlich“ ist, sondern geboten ist, um die Frauen und den Frauensport zu schützen!

Das **Gendern** ist kein „Kernbestand der deutschen Sprache“!

Wer gegen das Gendern ist, ist noch lange nicht gegen andere Lebensentwürfe und Liebesbeziehungen. Unsere Sprache durch Genderstriche, Gendersternchen, Gender-Sprachpause usw. zu verunstalten, schwerer lesbar zu machen ist ja jeder Privatperson nicht zu verbieten. Jeder darf seine Briefe so schreiben, wie er sie schreiben möchte! Dass man aber in Schule, Uni, Rathaus von oben herab die Gendersprache quasi verordnet- entgegen jeder Sprachnorm, jedem Wörterbuch, das ist übergriffig!

Es zeigt, wie gefügig, sich auch Schule, Uni und Amtsstube unterwerfen und unsere Sprache verzerren.

Gerade der Staat sollte sich an die Rechtschreibregeln halten und in unsere Sprache keine Ideologie hineinpflanzen wollen!

Es ist der Versuch „von oben“ quasi eine Art „Neusprech“ ala Orwell vorzuschreiben. Wenn man das Ablehnt, lehnt man diese Sprachvorgaben ab, dass man nur noch so zu reden hat, wie vorgegeben, dass man so zu schreiben hat, wie von oben gewollt. Man stellt sich damit aber nicht gegen Frauen oder *_INNen... !

Mit diesem Vorwurf will man nur die berechtigte Kritik an der Gendersprache in die rechte, frauenfeindliche Ecke stellen und das obwohl auch viele Frauen die Gendersprache ablehnen! Eine deutliche Mehrheit- bis zu 2/3 der Bevölkerung lehnt die Gendersprache ab! Daran wird deutlich, dass es sich dabei nicht um eine einfache Weiterentwicklung der Sprache handelt, wie es sie schon immer gab, sondern dass eine Minderheit der Mehrheit Regeln vorschreiben möchte, die ideologische Grundlagen haben und sie nutzen ihre Macht und ihre Stellung im Staate aus, um diese Regeln gegen den natürlichen Widerstand der Menschen durchzudrücken! Dass die AfD sich gegen das Gendern positioniert hat, macht sie nicht zur Gegnerin der Frauenrechte und führt damit dazu, dass sie gegen das Grundgesetz verstößt, sondern sie hält sich einfach an die Rechtsschreibregeln, an das generische Maskulinum, also die Form in unserer Sprache, um ein Substantiv

für gemischtgeschlechtliche Personen in seiner männlichen Form zu verwenden. Das ist jahrhundertealte, sprachliche Praxis. Diese fortzuführen, kann einen nicht zum Staatsfeind machen!

Frauen an den Herd.

Der AfD wird wegen ihres konservativen Lebensmodells oft ein „schlichtes Familienmodell“ alá Mutterkreuz zugeschrieben.

Dieses würde angeblich gegen die Gleichberechtigung der Geschlechter gerichtet sein. Dabei gibt es keinerlei Forderungen der AfD, die Gleichberechtigung abzuschaffen!

Einige Frauen bekleiden höchste Funktionen in der Partei, einschließlich des Amtes der Bundessprecherin und nicht alle in der AfD leben überhaupt ein konservatives Lebensmodell.

Worauf fußen dann die Vorwürfe?

Die AfD will Familien mit Kindern stärken. Wir wollen Frauen eine Förderung zukommen lassen, sodass sie frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder selbst versorgen und betreuen wollen, oder nach der Geburt schnell wieder arbeiten gehen wollen. Echte Wahlfreiheit, ohne den finanziellen Druck zu haben, schnell wieder erwerbstätig zu sein, weil sonst ein Familieneinkommen wegbricht.

Dieser Ansatz reicht offenbar schon aus, um „Frauen an den Herd“ zu sagen und so zu tun, als wolle man wieder „Gebärmaschinen“ alá Lebensborn.

Merkwürdigerweise supporten unsere Kritiker geradezu ein Lebensmodell, welches aus Kinderheirat, Zwangsehen, Mehrfachehen und Zwangsbeschneidungen besteht. Was die Frauenrechte angeht, ist ein radikal gelebter islamischer Glaube wohl eher eine Gefahr!

Trotzdem wird nicht dieser bekämpft, sondern das Rollenbild der AfD!

Frauenwahlrecht, Selbstbestimmung, die Gleichstellung von Frau und Mann, sich selbst aussuchen zu können, wen man heiratet, das sind elementare Eckpfeiler und Errungenschaften unserer Gesellschaft und werden von der AfD nicht in Zweifel gezogen!

Scheinbar ist die Vorstellung, dass eine Partei eine Politik macht, die dazu führt, dass wieder mehr deutsche Kinder geboren werden und Frauen auch selbstbewusst Hausfrau und Mutter sein können, für Linke eine Horrorvorstellung.

Zumindest wenn diese Frau einen deutschen Hintergrund hat. Bei Zugewanderten reißt man sich geradezu ein Bein aus, um das patriarchische Rollenmodell zu ermöglichen und zu finanzieren! Manchmal einschließlich Zweitfrau.

Anstatt bei islamistischen Demos Gegendemonstrationen zu veranstalten, ätzt man lieber gegen die AfD. Das ist eine Menge Gratismut!

Die AfD begibt sich angeblich immer in **die Opferrolle:**

Egal, ob Mitglieder nach Veranstaltungen krankenhaushausreif geschlagen werden oder Büros die Fenster eingeschlagen werden- sofort kommen die Rufe, die AfD suhle

sich geradezu in der Opferrolle und „solle sich mal nicht so haben“.

Es ist aber ein Unterschied, ob am tatsächlich angegriffen wird und diese Tat öffentlich beklagt, oder ob man nur so tut, um Aufmerksamkeit und Mitleid zu bekommen! Und da sprechen doch die Zahlen eine eindeutige Sprache! Am häufigsten wird das Personal der AfD und deren Sachen angegriffen. Ob das Plakate sind, die man runter reißt, was nicht nur lästig ist, sondern ein echter Nachteil im Werben vor wichtigen Wahlen und damit die Chancengleichheit nimmt, oder ob es sich um Körperverletzungen handelt- immer öfter wird das verharmlost.

Stellen Sie sich einmal vor, eine Frau wird vergewaltigt. Sie geht zur Polizei und zeigt das an und sie macht die Tat öffentlich, um anderen zu zeigen, was einem heute auf unseren Straßen passieren kann.

Und nur stellen Sie sich bitte vor, dass obwohl alle Fakten dafür sprechen, dass dieser Frau tatsächlich so etwas angetan wurde, sich alle über die Frau lustig machen, den Täter in Schutz nehmen und man ihr sagt: „Nun hab dich nicht so“! Wie gemein und schändlich das doch wäre!

Denn wenn jemand tatsächlich Opfer geworden ist, ihn dann noch damit zu verhöhnen, ist unmenschlich!

So ähnlich verhält es sich auch mit der Situation, in der sich die AfD befindet!

Ich sage nur „KNTHLZ“.

Ich sage nur „Nazis bxn“.

Die linke Blase freut sich und relativiert. Es wäre ja nur Widerstand, den man ausüben würde. „Antifa bleibt Handarbeit“.

Unsere Gegner haben kein Herz, keine Hemmungen und setzen auf genau die gleichen Mittel, die schon zu Beginn des letzten Jahrhunderts angewendet wurden. Sie merken es nur nicht!

Und um der ganzen Sache noch die Krone aufzusetzen, brüsten Sie sich damit und ziehen die Opfer durch den Kakao.

Mit einem Opfermythos hat das rein gar nichts zu tun!

Niemand wünscht sich solche Taten, um daraus politisch Profit zu ziehen!

Das ist ein Ammenmärchen, ein linkes Narrativ, um ihre Taten schönzureden!

Es bleiben Gewalttaten, Einschüchterung, Straftaten. Und es bleibt das Verhöhnern der Opfer, das sich-lustig machen.

Wer der „Nazi“ ist, also das „richtige“ Opfer, das entscheiden die Angreifer ganz alleine.

Sie sind Ankläger, Richter und Geschworene in einer Person und fühlen sich legitimiert, einzuteilen, wen es treffen darf, und wen nicht.

Wie anmaßend!

Und was wäre, wenn die AfD sich das nach 12 Jahren nicht länger gefallen lassen würde?

Wenn das Pendel zurück schlagen würde?

Wie sähen unsere Straßen dann aus?

Hätten wir dann Zustände wie in Weimar?

Ich habe oft darüber nachgedacht, welchen Anteil die Linken damals an der Radikalisierung hatten. Ich bin kein Geschichtslehrer, aber ich bin mir sicher, dass sie einen Anteil daran hatten, von dem sie sich nicht freisprechen können und der zu dem geführt hat, was wir heute wissen.

Und heute?

Da hat die Gewalt von Links ebenfalls eine Rolle daran, wie das politische System heute aussieht!

An der Polarisierung, an der Spaltung der Gesellschaft.

Niemand begibt sich in irgendeine Opferrolle!

Was Linken wohl nicht so bewusst ist: Die AfD hält das aus! 12 Jahre schon!

Wir halten uns zurück!

Wir haben keine paramilitärischen Einheiten aufgebaut, die unsere Säle schützen.

Wir haben das Pendel nicht auf die andere Seite zurückgeschlagen.

Wir konzentrieren uns auf die Politik, wir machen genau so weiter!

Darum sind wir keine Opfer!

Wir sind Mutbürger und wir lassen uns nicht auf dieses Spiel ein, welches uns die Linken aufdrücken wollen!

Das hätten nämlich die Linksextremen gerne, dass wir uns genauso radikalisierten, wie sie selbst!

Uns mit der Opferrolle zu kommen, ist daher nichts weiter, als reizen zu wollen- eine Aufforderung zum Tanz.

Aber niemand in der AfD ist so dumm, sich im Klang eurer Musik im Kreis zu drehen!

Das wir diejenigen sind, die trotz aller Anfeindungen ruhig und besonnen bleiben, das sehen auch die Wähler und ist einer der Gründe, warum die Leute uns mittlerweile zu Millionen wählen!

Inklusion:

Die AfD will angeblich **keine Inklusion und grenzt damit Behinderte aus**. Damit spricht sie Ihnen die Menschlichkeit ab- so der himmelschreiende Vorwurf unserer Gegner.

Also erstmal haben wir Behinderte selbstverständlich auch in unseren Reihen, auch Schwerkranke, chronisch Kranke, Epileptiker usw.

Behinderten sprechen wir nicht ihre Würde ab! Niemand stellt ihre Menschenwürde in Abrede!

Behinderte sind Teil unserer Gesellschaft und auch Teil der AfD!

Was muss man sich da nicht alles für Vorwürfe gefallen lassen: Man strebe quasi die Euthanasie an, wie das die Nazis gemacht haben. Unfassbar!

Mir stand auf dem Marktplatz in Königslutter eine Frau gegenüber, die am ganzen Körper zitterte. Wir kamen ins Gespräch und es stellte sich heraus, dass die Dame ihren ganzen Mut zusammengenommen hatte, um jetzt mal aus erster Hand zu erfahren, was „diese Nazis“ mit Behinderten vorhaben.

Ihr wurde nämlich von einer Betreuerin gesagt, die AfD würde alle Behinderten vergasen, wenn sie an die Macht käme und daher dürfe man die nicht wählen!

Obwohl ich erstmal kurz sprachlos war, konnte ich den Vorwurf entkräften.

Ich empfand es als ungeheuerlich, dass eine Person, dieser Dame solche Angst gemacht hatte, indem sie ihr diese dreiste Lügen aufgetischt hatte!

Ich kenne niemanden, der etwas gegen Behinderte hat!

Niemand will ihnen die Rechte nehmen, niemand will sie vergasten, euthanasieren oder ähnliches!

Das sind böswillige Verleumdungen! Schade, dass ich nicht die Gelegenheit bekommen habe, das dieser Person ins Gesicht zu sagen!

Behinderte haben die gleichen Rechte, wie alle Menschen!

Behinderte brauchen manchmal konkrete Förderung, die sie auch verdient haben! Darum möchten wir, dass zum Beispiel Förderschulen beibehalten werden und gut ausgestattet sein müssen! An dieser Forderung entzünden unsere Gegner ihre Vorwürfe, die unhaltbar sind!

Wir wollen Behinderte in der Mitte der Gesellschaft haben und dort, wo sie eine spezielle Förderung brauchen, da sollen sie auch eine bekommen können! Punkt!

Wenn wir im Stadtrat Wolfsburg zum Beispiel gefordert haben, einen extra Spielplatz für Menschen mit Behinderung zu bauen, dann deswegen, weil andere Spielplätze oft nicht gut mit Rollstühlen erreichbar sind und die Spielgeräte oft keinen guten Spielwert für Menschen mit Behinderung haben!

Das bedeutet nicht, dass wir Behinderte separieren, also von Kindern ohne Behinderung trennen wollen! Es bedeutet einfach nur, dass alle mit allen zusammen spielen sollen, aber es soll auch einen Spielplatz geben, der auf die besonderen Bedürfnisse dieser Zielgruppe abgestimmt ist! Es gibt ja schließlich auch verschiedene Spielplätze nach Altersgruppen! Da wird ja auch keiner sagen: Man separiere Säuglinge von Jugendlichen!

Was man machen könnte: Eine Matschbahn zum Beispiel, die mit dem Rollstuhl unterfahren werden kann, oder eine Schaukel, in die man hineinfahren kann oder Parkplätze in der Nähe, damit man den Spielplatz gut erreichen kann. Hier spielen einfach mal Behinderte die erste Geige. Natürlich können den Platz alle nutzen- ist doch klar!

Selbstverständlich wurde uns das im Rat der Stadt auch wieder maximal negativ vorgehalten.

Es ist wirklich widerlich, wie solche ganz normalen Positionen von unseren Gegnern ins Gegenteil verkehrt werden und mit den Nazis verquickt wird, um bei den Leuten Angst zu erzeugen!

Ein paar Jahre später wurde so ein Spielplatz übrigens doch gebaut- in einer Förderschule! Wir stimmten natürlich für die Vorlage und auch dafür, die Förderschule zu erhalten und entsprechend zu ertüchtigen. Da waren dann SPD und CDU plötzlich dafür, denn die Vorschläge kamen diesmal von der Verwaltung und nicht von der AfD! Man sieht, zuvor waren das politische Ränkespiele auf dem Rücken der Behinderten, um die Konkurrenz zu bekämpfen.

Es ging ihnen nicht um die Sache oder gar um die Behinderten.

Sie wollten einfach nur der AfD schaden und nutzten das Thema für sich, indem sie es emotional aufluden.

Besser konnten Sie nicht zeigen, was ihnen wichtiger war!

Nun habe ich Ihnen die vielen Vorwürfe, die der AfD gemacht werden und wegen denen an einem Verbot der AfD gearbeitet wird, aufgezählt und wie ich finde, ausreichend detailliert widerlegt!

Wahrscheinlich gibt es noch mehr Dinge, die man der AfD vorwirft, aber dies soll eine politische Streitschrift sein und keine wissenschaftliche Ausarbeitung. Daher sind die Einwände denke ich ausreichend erklärt und auch, warum diese nicht zutreffen, aber ich hege dabei auch nicht den Anspruch der Vollständigkeit.

Nun, legen wir nun doch einmal den Maßstab, den die anderen Parteien an die AfD anlegen, an sie selbst an und schauen, ob sich die Vorwürfe auch entkräften lassen:

Umkehrschluss- Wie halten es die anderen Parteien mit der FDGO?

Wenn man die Punkte der FDGO so aufzählt und feststellt, dass diese alle durch die AfD gewährt- und geachtet werden, kommt man nicht umhin, zu bemerken, dass einige Punkte, im Bezug zu den die Altparteien ganz offensichtlich kollidieren! Schauen Sie selbst, ob sich die Parteien CDU, SPD, Grüne und FDP tatsächlich, objektiv und nachvollziehbar gegen die FDGO wenden.

Also legen wir doch einmal wie zuvor an der AfD, den Maßstab der freiheitlich-demokratischen Grundordnung an den Parteienzusammenschluss CDU, SPD, FDP und Grüne an, die in wechselnder Beteiligung innerhalb der letzten Jahrzehnte an der Macht waren und sich in kartellhafterweise versuchen, die AfD vom Leib zu halten, bzw. sich selbst an der Macht zu halten und die AfD fern der Macht.

Gehen sie wirklich so weit- um an der Macht zu bleiben- sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu wenden?

Sehen Sie selbst!

a) Wahlen

- (Wahl von H. Kemmerich, FDP in Thüringen- Angela Merkel meldete sich zu Wort und verlangte, dass die reguläre Wahl rückgängig gemacht werden müsse.

- Vor den Wahlen werden Dinge versprochen und nach der Wahl wird das Gegenteil dessen getan- Friedrich Merz hat dafür in meinen Augen Wahlbetrug begangen, einen der verlogenen Wahlkämpfe der bundesrepublikanischen Geschichte, in dem er sehr wahrscheinlich genau wusste, dass er die Dinge, die er den Wählern versprach, ganz sicher nicht umsetzen würde und sogar teilweise das genaue Gegenteil davon machen würde, wie das, was er ankündigte! Eine bewusste Täuschung der Bürger, um sich für eine Politik Stimmen zu holen, die er gar nicht vertritt!

- in immer neuen Konstellationen halten sich die etablierten Parteien gegenseitig an der Macht. Was als Koalitionsfähig bezeichnet wird und als ein völlig normaler Vorgang in einer Demokratie eingeordnet wird, ist jedoch eine perfide Methode, die gemeinsame Politik ohne Abstriche machen zu müssen, immer weiter fortzuführen! Koalieren zwei starke Parteien, wäre dagegen nichts einzuwenden, aber mittlerweile tun sich eigentlich abgewählte Parteien zu Dreier- oder gar Viererbündnissen zusammen, um Kandidaten der AfD oder deren Regierungsbeteiligung zu verhindern.

Die SPD hat zum Beispiel ihr schlechtestes Wahlergebnis seit anno dazumal bei der letzten Bundestagswahl eingefahren, landet aber dennoch in der Regierung und erhält 7 Ministerposten!

Das mag nach den Regularien korrekt sein, moralisch aber ist es ungeheuerlich, denn es verhindert einen dringenden Politikwechsel und sorgt dafür, dass das Votum der Bürger nicht geachtet wird. Politikverdrossenheit kann die Folge sein- Menschen wenden sich von der Demokratie ab, weil sie denken „Wahlen ändern doch nichts“. Somit trägt der wechselnde Reigen aus den immer gleichen Parteien mit der immer gleichen Politik zu einer Beschädigung der Demokratie bei! Wenn in einer Demokratie Wahlen zwar durchgeführt werden, das Ergebnis, also die Politik aber immer gleich bleibt, dann verlieren Wahlen in den Augen der Menschen ihren Sinn!

Wenn sich große Parteien von Kleinstparteien Zustimmung erkaufen und damit erpressbar werden, verzerrt auch das den Wählerwillen. Wenn man dazu noch die zweitstärkste Kraft im Parlament völlig übergeht und auch deren Rechte als Opposition beschneidet, sodass nur noch Personen des eigenen Parteienkartells Schlüsselpositionen besetzen, dann repräsentiert der Staat und die Regierung nicht mehr den in der Wahl zum Ausdruck

gebrachten Volkswillen. Dieser sollte aber in einer Demokratie immer entscheidend sein und nicht, wer besonders gut Absprachen treffen und sich an die Macht schachern kann!

b) vielfache vorsätzliche Nichteinhaltung der Verfassung, Machtmissbrauch

Beispiel:

- Ungesetzliche Corona-Lockdowns, Ausgangssperren ohne wissenschaftliche Grundlage, Verweigerung von Grundrechten wie Versammlungsfreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Körperliche Unversehrtheit aufgrund angeblicher Notstandsgesetze zur Gefahrenabwehr, obwohl bereits bekannt war, dass diese nicht vorlag. Bewusste Täuschung der Öffentlichkeit über die wahre Lage und Gefährlichkeit. Beeinflussung der unabhängigen, von der Wissenschaft eingerichteten Gremien. Beispielsweise der politischen Beeinflussung der Stiko, des RKI usw.

c) Verhinderung der Ausübung einer parlamentarischen Opposition,

- die unparlamentarische **Brandmauer der Union, die jegliche** Zusammenarbeit, jede Absprache, jede Zustimmung zu Gesetzesvorhaben oder Anträgen der AfD ihren Abgeordneten verbietet und sich auch auf die Landesparlamente und die kommunalen Vertretungen auswirkt, behindert die Freiheit des Mandats! Demnach muss ein Mandatsträger frei und nach eigenem Gewissen, ohne Androhung von Sanktionen oder negativen Konsequenzen seine Entscheidung nach bestem Wissen im Sinne des Gemeinwohls treffen können! Dies wird durch die „Brandmauer“ verhindert!

- **Verweigerung von Ausschussvorsitzenden** der Bundestagsausschüsse. Im Bundestag sollen jetzt schon keine **stellvertretenden** Ausschussvorsitzenden mehr von der AfD zugelassen werden! Das Altparteien-Kartell hat sich demnach darauf geeinigt, auch in den Ausschüssen, ihre ausgrenzende Haltung noch einmal zu verschärfen!

- **Verweigerung eines Bundestagsvizepräsidenten** aus der AfD-Fraktion.

- **Ungleichbehandlung bei der Zuordnung der Fraktionsräume** (SPD, Otto-Wels-Saal). Sogar ausreichend große Sitzungssäle werden der AfD vorenthalten! Die SPD besteht auf ihren Privilegien und fordert größere Räume als die, die ihr nach dem Wahlergebnis zustehen und zwingt durch ihre Absprachen mit den anderen Parteien die viel größere AfD in zu kleine Räume, in denen die Parlamentarische Arbeit der Bundestagsfraktion schier unmöglich ist.

- **Ungleichbehandlung bei der Finanzierung der parteinahen Stiftungen** (Desiderius-Erasmus-Stiftung) durch Änderung des Stiftungsgesetzes gezielt gegen den Konkurrenten.

- **Änderung der Verteilung der Ausschussvorsitze** in Niedersachsen durch den Wechsel beim System der Besetzung der Ausschussvorsitze in kommunalen Räten, von Hare-Niemayer zu D'Hondt, um die kleineren Parteien weniger zu gewichten und die größeren Parteien zu bevorzugen.

- **Verhinderung von Alterspräsidenten** der AfD durch Änderung der Geschäftsordnung hin zum Dienstältesten, der die konstituierende Sitzung eröffnet.

- Die Grünen im Saarland haben sich dafür ausgesprochen, **AfD-Politikern die Grundrechte zu entziehen**, zum Beispiel die Wählbarkeit zu entziehen, also das passive Wahlrecht vorzuenthalten.

- Es mehren sich die Stimmen aus dem Parteienkartell aus SPD, CDU, Linken und Grünen, die der AfD die **Parteienfinanzierung entziehen** wollen, das würde bedeuten, dass nicht nur die Finanzierung der Partei erschwert würde und im Vergleich mit den anderen Parteien ein großer Nachteil entsteht, sondern dass auch Büros und Mitarbeiter nicht mehr finanziert würden auf Landesebene oder kommunaler Ebene.

- In Rheinland-Pfalz möchte das Altparteien-Kartell aus CDU, SPD, Grüne und FDP sogar **Fraktionsmitarbeiter** der AfD nicht mehr bezahlen, um sie an der parlamentarischen Arbeit zu behindern! Dafür will man alle Mitarbeiter auf ihre „Zuverlässigkeit“ hin prüfen und **ein Zentralregister führen**. Wird jemand als „unzuverlässig“ eingestuft, wird sein **Gehalt nicht mehr vom Staat bezahlt**.

- **Parteienverbot**: Die Stimmen derer, die die AfD verbieten möchten hören nicht auf und nach dem gescheiterten ersten Verbotsantrags-Begehren im Bundestag soll nun ein zweiter Versuch gestartet werden, die AfD zu verbieten. Dies hat zum Beispiel gerade erst die SPD auf ihrem Parteitag entschieden.

Die SPD, die in Umfragen rund 10% hinter der AfD liegt, was die Zustimmungswerte angeht und die in Ostdeutschland zu den Kleinstparteien gezählt werden muss will also einen Verbotsantrag gegen die AfD vorbereiten, während sich die AfD anschickt, Mehrheitsfähig zu sein!

Wenn man die Zustimmungswerte beider Parteien vergleicht, so ist die AfD inzwischen Volkspartei, während die SPD vor unseren Augen gerade zu einer Klientelpartei wird. Wie demokratisch es ist, wenn eine Partei, die nur noch aufgrund ihrer Koalitionsfähigkeit mit anderen Parteien Einfluss hat, versucht die stärkere Konkurrenz per Verbotsantrag aus dem Rennen zu nehmen, muss sich jeder Demokrat fragen!

Auf mich wirkt es so, als wolle man den Bürgern die politische Alternative zum eigenen Kurs nehmen wollen, damit man sich diesem konkurrierenden Politikansatz inhaltlich nicht mehr zu stellen braucht!

Ein in meinen Augen zutiefst undemokratische Einstellung, die nur damit kaschiert wird, dass man den Gegner „außerhalb des geduldeten Diskursraumes“ stellt. „Diese Meinung ist keine Meinung, sie ist ein

Verbrechen“, hört man seit Jahren unsere Gegner sagen. Es ist der Versuch, Meinungen, die von der eigenen Meinung abweichen, zu kriminalisieren, sie ins Abseits zu stellen. Das gelingt der SPD teilweise über ihren Einfluss auf die Institutionen und die Medien, die sie für sich einspannen kann. Nur zu gerne würde man sich diese Arbeit wohl sparen, indem man die AfD einfach verbieten würde. Zu Recht stellt unser Grundgesetz hohe Hürden für ein Parteiverbot auf und diese sind, wie ich aufgeführt habe, bei der AfD keinesfalls erfüllt! Trotzdem klammert man sich in linken Kreisen krampfhaft an ein Verbot der AfD. Es wird mantrahaft wiederholt, das macht es aber nicht richtiger!

- **Lehrer sollen überprüft und gemeldet werden.** Wer „Hass“ verbreitet oder die AfD unterstützt, der soll aus seinem Beruf „entfernt“ werden.

- **Beamte und Jäger** werden unter Druck gesetzt. Erstere durch ihre androhte **Entlassung aus dem Dienst**, bei Pensionären mit dem Verlust ihrer Pension, zweitere mit der Drohung, des **Entzugs ihrer waffenrechtlichen Erlaubnisse**. Das betrifft auch **Schützen**, die ihre Waffen abgeben sollen.

In Niedersachsen wurde dafür extra das **Dienstrecht der Beamten verschärft!**

- Die Regierung von Rheinland-Pfalz aus SPD, Grünen und FDP möchte nun **keine Beamten mehr einstellen, die Mitglied der AfD sind**. Diese sollen im Auswahlverfahren ausgesiebt werden- eine klarer Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz aus Artikel 3, Absatz 3, Satz 1!

Dort steht, dass niemand aufgrund seiner politischen Anschauungen diskriminiert werden darf!

Unsere Gegner wenden dann gerne ein, dass der Staat keine Verfassungsfeinde beschäftigen dürfe. Man holt auch hier die „Zweifel an der Verfassungstreue“ als Vorwurf aus dem Werkzeugkoffer.

Nur ist die AfD nicht gegen die Verfassung gerichtet, wie ich weiter oben bereits ausgeführt habe! Sie will die verfassungsmäßige Ordnung nicht abschaffen, sondern nur eine andere Politik (die jenen Parteien nicht gefällt) innerhalb dieses Systems umsetzen!

Die AfD ist zudem nicht verboten!

Sie ist momentan nicht einmal als rechtsextrem gelistet! (Der Verfassungsschutz verwendet die Bezeichnung derzeit nicht)

Darum handelt die Landesregierung und ihr Ministerpräsident Schweitzer nicht im Rahmen unserer Verfassungsgemäßen Ordnung und benachteiligt Bewerber aufgrund ihrer politischen Einstellung!

Dieses Handeln der Landesregierung steht also nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes und soll AfD-Mitglieder ausgrenzen.

Da es sich um eine Festlegung für die Aufnahme in den Staatsdienst handelt, trifft das Beamte, Lehrer, Polizisten usw., also alle, die im öffentlichen Dienst beschäftigt werden möchten. Ein ungeheuerlicher Vorgang, der Zeigt, dass

Ausgrenzung und ein Handeln entgegen des Grundgesetzes nun offiziell in einer Landesregierung angekommen ist und zu handfesten Nachteilen für Menschen führt, die der AfD nahestehen.

- Räume werden nicht an die AfD für Veranstaltungen gegeben. Druck auf Wirte wird ausgeübt, damit diese der AfD keine Versammlungsräume geben. Veranstaltungen werden angegriffen oder versucht zu verhindern und teilweise belagert. Antifa und der Schwarze Block greifen Teilnehmer an. Kommunen ändern die Vergabe-Richtlinien für die Anmietung von städtischen **Räumen, um ein Anmieten durch die AfD zu verhindern**. Auflagen werden erschwert, teure Kauttionen verlangt. Parteitage können teilweise nur unter massivem Polizeischutz stattfinden. Immer öfter müssen Räume vor Gericht eingeklagt werden. In einem Bundesland sollte die AfD sogar eine Erklärung abgeben, dass sie die Äußerungen der Redner auf dem Parteitag quasi überwachen sollte und man wollte eine Vertragsstrafe festlegen. Diese Regelung war natürlich rechtswidrig zumal der Vertrag da längst unterschrieben war und man keinen Veranstalter für Äußerungen der „Gäste“ verantwortlich machen kann!

- Die **Regierung nutzt paramilitärische, gewalttätige, linksextreme Gruppen**, um die AfD auf der Straße zu bekämpfen und fördert diese finanziell. Diese Gruppen verüben Anschläge, Farbanschläge auf Privathäuser und Büros, zünden Autos an, begehen Körperverletzungen, zerstechen Reifen oder locken diese, Outen Mitglieder im Bekanntenkreis, bei Nachbarn oder beim Arbeitgeber, oder Doxen diese.

- **Bankkonten werden** aufgrund der Mitgliedschaft in der AfD **gekündigt**. Parteigliederungen, aber auch einfachen Mitgliedern oder gar Spendern. Vordergründig sagt man, dass die Banken Private Unternehmen seien und das Recht dazu haben, sich auszusuchen, mit wem sie Geschäfte machen. Hintergründig wird aber Druck ausgeübt auf die Unternehmen und über die Verwaltungsräte und Aufsichtsräte von Parteiangehörigen Einfluss genommen.

Es geht also bis hinein in die kleinsten Ebenen, in beinahe alle Bereiche, bis ins aller kleinste Detail, bei dem man die Opposition bekämpft, in ihrer Teilhabe und ihrer Rechte beschneidet und so die Demokratie und den Parlamentarismus beschädigt!

- Eine Politikerin der Grünen hat nun die **Frage in den Raum gestellt, ob AfD-Mitglieder Spenderorgane erhalten sollten**- eine besondere Geschmacklosigkeit, die aus der langen Liste an Geschmacklosigkeiten unserer Gegner im Kampf gegen die AfD noch hervorragt!

- eine ganze „Flüchtlingsindustrie“ bzw. diejenigen **Organisationen**, die von der Politik der offenen Grenzen direkt oder indirekt profitieren, lässt sich

einspannen, um die Opposition zu bekämpfen! Ob Caritas, AWO, Diakonie, EKD, Gewerkschaften, Katholische Kirche- sie alle sind Teil eines Komplexes, der mit der derzeitigen Situation gut leben kann und deren Chefs daher auch gar nichts ändern wollen am Status Quo!

Sie lassen sich koordiniert herbeirufen, wenn es die Hilfe der „Mehrheitsgesellschaft“ im Kampf gegen die Opposition braucht.

Sie **organisieren Gegenprotest, Gegendemos**, drucken Flyer, hängen Plakate auf, machen Paraden und bunte Straßenfeste. Dafür erhalten ihre Vorsitzenden Preise, Auszeichnungen und teilweise 6-stellige Gehälter- nicht selten auch mithilfe von Zahlungen des Staates.

Ihre Führungsriege gehört zu den „Systemgewinnern“ und sind bestens vernetzt. Der OB braucht kurz vor den Wahlen noch ein Demokratiefest? Sie beteiligen sich daran! Zum Dank erhalten sie Aufträge, man lädt sich gegenseitig ein und verleiht sich Orden.

d) Die Altparteien sind nicht bereit von der Macht abzulassen.

- Das zeigt sich unter anderem dadurch, dass sie in immer wechselnden Koalitionen, teilweise mit drei oder vier Parteien, eine Mehrheit gegen die AfD bilden. Der Volkswille nach einer veränderten Politik wird so hintertrieben und ignoriert, obwohl sich in vielen Politikfeldern, wie Migrationspolitik, Energie- und Wirtschaftspolitik eine deutliche Mehrheit von teilweise 80% der Bürger in Umfragen diesen Politikwechsel wünscht!

- **Besetzung strategischer, wichtiger Positionen in Wirtschaft und Verwaltung mit Parteimitgliedern** oder befreundeten, kontrollierbaren Personen oder Personen mit gleichem Weltbild. Besetzen von Schlüsselpositionen zum Beispiel in kommunalen Gesellschaften, Aufsichtsräte wichtiger Unternehmen, usw. mit eigenen Leuten.

- Dadurch auch verminderte Kontrolle der Regierung.

e) Unabhängigkeit der Gerichte (Richter mit Parteibuch, oder -nähe).

- Man wird wahrscheinlich nicht Richter- schon gar nicht oberster Richter, wenn man nicht auch die richtigen Leute kennt! Es hilft wahrscheinlich ungemein, wenn man mit den richtigen Leuten verkehrt, zum Beispiel essen geht, sich wöchentlich trifft, oder eine gemeinsame Vergangenheit teilt, zum Beispiel gemeinsame Jahre in einer Partei.

Unsere Gerichte sind nicht so unabhängig, wie man oft denkt und manch einer hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten den „Marsch durch die Institutionen“ geschafft!

- Die SPD hat gerade erst die Jura-Professorin Frauke Brosius-Gersdorf mit Unterstützung der CDU für das Bundesverfassungsgericht nominiert. Früher

forderte Frau Brosius-Gersdorf eine Impfpflicht gegen das Corona-Virus, ein gegendertes Grundgesetz und ein AfD-Verbotsverfahren. Sie meinte, man müsse die Unterstützer beseitigen.

Ob Sie objektiv und neutral Recht sprechen wird, auch wenn das heißen sollte, der Regierung auf die Finger zu klopfen, um der Opposition ihre Minderheitsrechte zu gewähren? Wohl kaum!

SPD und CDU untergraben mit solchen Nominierungen das Vertrauen der Bürger in eine unabhängige Gerichtsbarkeit!

- Angela Merkels Grenzöffnung wird dann plötzlich nicht mehr kritisch gesehen, obwohl sie klar gegen europäische Verträge verstoßen hat. Sie habe aber „im Sinne der europäischen Einigung gehandelt“, verbriefen ihr die Richter am EUGH.

Ebenso verhält es sich mit der Neutralität im Amt, die regelmäßig nicht so ernst genommen wird, wenn sich der Amtsinhaber öffentlich- manchmal sogar im Wahlkampf- gegen die AfD äußert und dazu noch seinen Zugriff auf die Verwaltung, das Ministerium und deren Internetauftritt/ Sozial-Media-Account etc. benutzt! Normalerweise ein No-Go, weil das Beamtenrecht das verbietet! Es soll dafür sorgen, dass „der Staat“ sich neutral verhält und niemand aufgrund seiner Position die „Mittel des Staates“ nutzen kann, um sich einen Vorteil im Wettbewerb zu verschaffen. Es wäre sonst einfach keine gleiche Wahl! Beispiele dafür gibt es Dutzende!

Und ebenso oft verlieren die Gerichte merkwürdigerweise ihre kritische Haltung, haben plötzlich eine Art „Beißhemmung“.

So zum Beispiel bei der Kundgebung „Zeichen gegen Rechts“ in Mainz, bei der die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz gegen Rechte und die AfD polterte.

Obwohl diese Dame mitten im Wahlkampf Partei ergriff und dafür auch die Infrastruktur der Staatskanzlei nutzte, bescheinigte ihr der Verfassungsgerichtshof, keinen Fehltritt begangen zu haben.

Die Ausrede (überspitzt): Ja, Sie habe sich nicht neutral verhalten, aber Sie habe ja vor Gefahren für den Rechtsstaat gewarnt, was ihr Job gewesen wäre! Beides würde sich damit aufheben, weil ihre Unparteilichkeit im Wahlkampf ja einem höheren Zweck diene.

Ob die Gerichte auch so geurteilt hätten, wenn ein AfD-Ministerpräsident sich in ähnlicher Form gegen eine Konkurrenzpartei ausgesprochen hätte? Wohl kaum! Sicherlich wird man sich für das Urteil bedankt haben!

Schon oft haben Richter für die Regierung „die Kastanien aus dem Feuer geholt“.

- Während der **Coronajahre** wurde da auch so mancher Freibrief ausgegeben und man rieb sich die Augen, wie schnell **Abwehrrechte gegen den Staat, die sogenannten Grundrechte** doch **eingeschränkt** werden konnten. Oftmals durch Richter mit Parteibuch oder von denen man annehmen konnte,

dass diese ihre Position denen zu verdanken hatten, über die sie Urteile sprechen sollten. Gerade erst beschied das Verfassungsgericht, dass **Versammlungsverbote** während der Coronajahre rechtswidrig waren! Der Staat hätte während der Pandemie das Demonstrations- und Versammlungsrecht nicht derart drakonisch einschränken dürfen. Der Staat hat seine Kompetenzen überdehnt, **der Staat war kein überzeugender Hüter der Grundrechte**. Leider äußert sich das Verwaltungsgericht Jahre zu spät! Dem Staat hätte zeitnah durch unabhängige Gerichte Einhaltung geboten werden müssen! Schließlich traute sich „der Staat“ vom Gesundheitsminister bis zum kleinsten Bürgermeister, die entfesselte Übertreibung unter Missachtung der Grundrechte nur, weil er auf die Rückendeckung der Gerichte hoffen konnte, die entweder einen Freibrief erteilten, oder die Entscheidungen möglichst weit nach hinten verschoben- in genannten Fall um 3 Jahre nach hinten. Da braucht dann eigentlich auch keiner mehr ein Urteil- der Zug ist längst abgefahren und Konsequenzen gibt es ohnehin keine mehr!

- Auch die **Staatsanwaltschaft** ist nicht wirklich unabhängig. Sie **untersteht** in Deutschland **dem Innenministerium**. Ein schwerer Mangel laut internationalen Standards, denen Deutschland damit nicht entspricht, denn die Innenminister sind in der Regel aus der Politik und damit ist die **Einflussnahme der Politik auf die Strafverfolgung** geradezu im System angelegt!

Wozu das führt, kann man leicht sehen: Während Björn Höckes Immunität als Landtagsabgeordneter inzwischen zum elften Mal vom Landtag aufgehoben wurde, damit die **weisungsgebundene Staatsanwaltschaft** gegen ihn im Falle von „Meinungsdelikten“ ermitteln kann (er hatte jeweils etwas gesagt oder geschrieben, was für unredlich gehalten wurde), wurde bei Robert Habeck die Immunität NICHT aufgehoben und der Staatsanwalt ermittelt nun auch nicht weiter!

So geben sich Justiz und Altparteienkartell gegenseitig die Karten.

- Ursula von der Leyen ist deshalb wohl ebenso vor allzu ernstgemeinter strafrechtlicher Verfolgung sicher, wie Karl Lauterbach, Olaf Scholz, Jens Spahn, und so viele andere (wohl auch wegen ihrer Fähigkeiten, belastendes Material rechtzeitig beiseite zu schaffen/ zu löschen).

- Während manchem ein Meme in den sozialen Netzwerken zum Verhängnis wird und harte Konsequenzen folgen, machen andere mit Maskendeals Millionen, schüren Ängste mit falschen Angaben, um unliebsame Maßnahmen durchzudrücken und haben nichts zu befürchten.

- Wolfgang Schäuble ließ sich zu Beginn der Eurorettungspolitik sogar die lebenslange Immunität eines EU-Gouverneurs zusichern, um für keine seiner Handlungen zur Rechenschaft gezogen zu werden- und sei der Rettungsschirm über die Banken noch so groß und die Milliardenzahlungen noch so unübersichtlich.

- CDU, SPD, Grüne, FDP, Linke kontrollieren offensichtlich Teile der Gerichtsbarkeit und der Staatsanwaltschaften- zumindest dort, wo sie an der Regierung beteiligt sind. Teilweise haben sie die **Gerichte wohl durch ihre Leute bereits unterwandert**, um dort **befreundete Richter** sitzen zu haben. Man kennt sich, man unterstützt sich, wogegen der politische Gegner mit allen Mitteln verfolgt- und hart bestraft wird- selbst bei kleinsten Vergehen. Eine Trennung zwischen Parteien und Gerichten existiert wohl nur noch auf dem Papier. Man selbst sichert sich die Immunität zu, die man anderen nicht gewährt.

- Erst kürzlich urteilte ein Richter im Falle der Abweisung von drei Somaliern, dass diese einreisen dürften. Der Herr Richter war früher in eindeutig links zu verorteten Kreisen verkehrt. Er hatte damit wohl nicht nur den „Marsch durch die Institutionen“ erfolgreich abgeschlossen, sondern mit dem Urteil im Sinne seiner damals offensichtlichen Gesinnung auch dafür gesorgt, dass die Grenzen vorerst offen bleiben werden. Das Einsickern der 68er und das Verändern „des Systems“ hat sich demnach wohl gelohnt- auch wenn es Jahrzehnte dauerte!

g) Einschränkung der Meinungsfreiheit und Durchführung von Zensur.

- „**Faktenchecker**“, angebliche **NGO's**, die aber Geld vom Staat erhalten, Correctiv, Amadeu-Antonio-Stiftung, und viele andere halten beim Staat die Hand auf und bieten dafür ihre Dienste an. Sie unterstützen die Zensur der freien Medien und der sozialen Netzwerke. Verflechtungen sind nicht selten und Preise gibt man sich untereinander auch gerne.

- **Verschärfung der Strafverfolgung** durch den Paragraphen der Politikerbeleidigung, der extra dafür geschaffen wurde. Durch institutionelle Anzeige von Kritikern auch bei Äußerungen in den sozialen Medien, die früher durch die freie Meinungsäußerung gedeckt waren, wird der Druck auf die freie Meinungsäußerung erhöht. Politiker haben daher einen Sonderschutz vor Beleidigungen, den normale Bürger nicht haben.

- die **Beeinflussung der Medien**, bspw. Fernsehen, Radio der öffentlich-Rechtlichen Sender, Zeitungen- teilweise mit **direkter Beteiligung oder Eigentümerschaft**, wie bei der SPD mit der WAZ-Gruppe. Viele Zeitungen gehören einer der großen Parteien. Diese gelenkten Medien diskreditieren dann die AfD, berichten einseitig negativ über die AfD oder berichten nicht oder kaum und laden die AfD wesentlich seltener zu Diskussionen ein.

- Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks:

Beispiel: NDR/ Tagesschau/ heute Journal: Das sind keine Journalisten, das sind Propagandisten! Immer stramm bei Linie und fest in der Hand der Rundfunkräte und der ausgesuchten Intendanten!

Hofberichterstatter!

Im Radiosender NDR Info hat man das verinnerlicht!

Grüne und Linke werden gehört, können andauernd ihre Politik live im Radio erklären, ohne allzu kritische Fragen fürchten zu müssen. Bekommen viel Sendezeit und müssen sich kaum von Parteikollegen distanzieren.

Interviews fast ohne jegliche Konfrontation.

Anders bei der AfD!

So gut wie nie Interviewpartner bei NDR Info!

Wenn überhaupt, dann nur mit negativer Berichterstattung konfrontiert.

Fast jedes Mal wird auf Höcke rekurriert und wirklich JEDES Mal wird genannt, dass die AfD rechtsextrem ist und vom Verfassungsschutz so eingeordnet wird.

Dieses Wording wird ununterbrochen wiederholt.

Es soll einfach immer wieder genannt werden, bis es sich in den Gehirnen der Zuschauer bzw. Zuhörer festgesetzt hat. Die ewige Wiederholung in allen Beiträgen, Einspielern und auch im direkten Gespräch soll eine Art Gehirnwäsche bewirken und hat ganz eindeutig manipulativen Charakter!

- Im Februar 2024 wurde die 16-jährige Schülerin Loretta wegen einem Post in den sozialen Netzwerken von der Polizei aus dem Unterricht geholt- der Direktor hatte Sie gemeldet, weil er auf ihrem Profil ein Video mit einem blauen Schlumpf gesehen hatte- eine AfD-freundliche Werbung. Einsatz wegen einer falschen Meinung? Gemeldet vom Direktor der Schule und vor der versammelten Klasse abgeführt, wie eine Verbrecherin. Sie hatte kein Gesetz gebrochen, sondern einfach nur ihre freie Meinung öffentlich kundgetan. Eine Meinung, die dem Schulleiter offenbar missfiel und der keine Skrupel hatte, das Mädchen vor seiner Klasse zu stigmatisieren.

- **Verweigerung von Akkreditierungen** oppositions-naher Medienvertreter,

- Versuch, **unliebsame Medien mit starker Reichweite zu verbieten** (Compact, Innenministerin Fr. Faser),

- Thema „Kontextualisierung“:

Es wird einem inzwischen vorgeworfen, was man nicht dazu sagt.

Beispiel: Man äußert sich zur Vertreibung der Deutschen nach dem 2.WK.

Negativmeldungen werfen einem vor, man hätte nicht erwähnt, dass die Deutschen selbst für ihre Vertreibung verantwortlich waren. Man darf also ein kritisches Thema nur dann erwähnen, wenn man den „richtigen Kontext“ mitliefert. Fehlt dieser Kontext, droht Zensur durch die bezahlten NGO's. Zensur gibt es inzwischen selbst bei offensichtlichen Parodien, Symbolbildern, Satire.

- Insgesamt also eine Schwächung der Pressefreiheit und eine

Gleichschaltung der relevanten Medien, um die veröffentlichte Meinung zu

kontrollieren- im Gegensatz zur öffentlichen Meinung, die man dadurch beherrschen und lenken will.

- Erst kürzlich kam heraus, dass die **EU-Kommission NGO's dafür bezahlte, dass diese gegen Unternehmen in Deutschland klagen** und so die öffentliche Meinung pro Klimarettungspolitik zu beeinflussen, sowie es für die betroffenen Unternehmen teuer und aufwändig zu machen, um diese letztlich dazu zu bewegen, ihren Widerstand gegen den Green-Deal der EU und ihre Klimagesetzgebung aufzugeben. (Life-Programm).

- Unsere Gegner nutzen also auch auf europäischer Ebene die Institutionen und die Steuergelder, um angebliche Nicht-Regierungsorganisationen zu finanzieren, um die Opposition zu bekämpfen, Meinung zu kontrollieren und nationale Parlamente und Unternehmen durch Klagen in die gewünschte Richtung zu bewegen. Eine Kommission, die nie gewählt wurde, NGO's, die nie gewählt wurden und die eben NICHT unabhängig sind vom Staat, sondern dessen Erfüllungsgehilfe und sich dafür bezahlen lassen.

- Am 30.06.2025 meinte Kathrin Göring-Eckard in einem Interview über die Meinungsfreiheit in Deutschland (sinngemäß): Man könne alles sagen und die Leute sehen das auch ein, wenn sie mit ihnen redet. Man müsse in einer Demokratie halt mit Widerspruch rechnen.

Man möchte zurückgeben: Natürlich kann man sagen, was man will, nur muss man halt mit den Konsequenzen klarkommen. Und die sind nicht

"Widerspruch", wie Frau Göring-Eckard meint, sondern manchmal Verfolgung und Repression bis hin zur Gewalt, Ausgrenzung und Sachbeschädigung.

Natürlich konnten sie in der DDR auch etwas gegen den real existierenden Sozialismus sagen. Sie müssen halt nur auch mit dem Widerspruch klarkommen! Das hat man dann in Hohenschönhausen besprochen.

Monatelang. Unter Folter.

Soweit ist es im besten Deutschland aller Zeiten noch nicht. Noch!

Aber man wird schon gerne sozial isoliert.

Man versucht den Quertreiber wirtschaftlich zu vernichten.

Der Arbeitsplatz ist gefährdet.

Man wird angezeigt.

Antifa-Schläger zünden vielleicht dein Auto an.

Dein Haus wird beschmiert.

Deine Frau angesprochen.

Vielleicht unterhalten sich die Lehrer mal mit dir über deine Kinder?

Gerichte ziehen gerne mal die Samthandschuhe aus.

Der Verein will nicht mehr, dass du die Kindermannschaft trainierst.

Frau Göring-Eckard wird wohl schon mitbekommen haben, dass das Aussprechen einer bestimmten Meinung in Deutschland zu handfesten Risiken führt. Sie will das nur anders darstellen, weil sie die Art der Repressalien wohl insgeheim begrüßt und herunterspielen will.

Frau Göring-Eckard meint weiter, dass sie sich mit vielen Menschen unterhalten hätte und diese schließlich einräumten, dass sie Recht habe. Man kann sich denken, mit welchen Leuten sie sich da unterhalten hat- wahrscheinlich alles genauso links-grüne aus derselben Blase, wie der Blase, in der Sie lebt!

Um es mal klar zu stellen: Niemand von "den Rechten" hat etwas gegen unterschiedliche Meinungen!

Niemand von "den Konservativen" will die Debatte verhindern oder will nicht, dass jemand seine abweichende Meinung äußern kann!

Es sind IHRE Leute- die LINKEN, die Versammlungen verhindern wollen!

Wie oft schon wurden Demos oder Parteitage regelrecht belagert und blockiert?

Wie oft wurden von Linken schon Infostände attackiert?

Wie oft wurden AfD-ler nicht zu Diskussionen eingeladen, weil die anderen Gesprächspartner es ablehnten, mit der AfD gemeinsam auf dem Podium zu sitzen?

Wie oft werden denn von den (woken) Medien Konservative überhaupt eingeladen und wie oft durften Grüne ihren Senf dazugeben?

Frau Göring-Eckard stellt sich offenbar absichtlich dumm, aber sie weiß, dass es ganz klar einen Unterschied gibt, wenn man als Konservativer Mensch mit seiner Meinung an die Öffentlichkeit geht, oder ob man dies als Linker tut, der eine „mainstreamtaugliche“ Meinung zum Besten gibt!

Ein gutes Beispiel sowohl für die Kontrolle der Medien (hier durch Verbot unliebsamer, abweichender Presse), als auch für das Framing durch die eigene (kontrollierte) Presse ist der Versuch von Innenministerin Faeser, das Magazin Compact zu verbieten, welcher vor dem Verwaltungsgericht dann krachend scheiterte!

Als das Verbot des Compact-Magazins durch Innenministerin Faeser vom Gericht aufgehoben wurde und die Tinte des Urteils noch nicht getrocknet war, da „framte“ die Tagesschau munter weiter. „Bundesverwaltungsgericht hebt Verbot des rechtsextremen Magazins Compact auf“.

Obwohl also die Innenministerin mit ihrem Versuch, unliebsame Medien selbstherrlich zu verbieten, gerade krachend gescheitert war und sie vor Gericht damit eine schallende Ohrfeige kassiert hatte, sorgte der Regierungsfunk dafür, dass nicht etwa das Handeln von Frau Faeser als undemokratisch und ungerechtfertigt thematisiert wurde, sondern dass der Bürger unterbewusst weiter „geimpft“ wurde und zwar mit der Botschaft Compact sei „rechtsextrem“.

Die Beteiligten Personen wissen, was sie tun und sind darum auch keine Journalisten, sondern Propagandisten! Es sind Hofberichterstatler!

Weder neutral noch objektiv, noch regierungskritisch und auch keine vierte Gewalt in Staat, zumindest nicht in dem Sinne, wie Sie mal gedacht war!

Sie verkündigen, was die Bürger zu glauben haben.

Unabhängige Journalisten hätten den vorsätzlichen, politisch motivierten Angriff auf die Pressefreiheit unter dem Deckmantel der Extremismusbekämpfung thematisiert. Sie hätten den missbräuchlichen Eingriff im Vorfeld der Landtagswahl durch die Regierenden aufgegriffen und die Verantwortlichen „gegrillt“! Stattdessen wurde das Volk weiter hintergangen, indem das Framing fortgesetzt wurde!

Die Politiker können sich dank ihrem Einfluss in den Gremien, wie zum Beispiel dem Presserat, der Rückendeckung und der Dienste der Propagandisten sicher sein. Dafür erhalten die Intendanten hunderttausende Euro Gehalt im Jahr teilweise mehr, als der Bundeskanzler erhält! Daran sieht man, wie viel den Regierenden dieser „Service“ wert ist und wie wichtig er ist für die Kontrolle der öffentlichen Meinung. Intendant Kai Gniffke erhält für seine Dienste beim SWR laut Berichten ca. 400 000 € pro Jahr und das, obwohl sein Sender rund 33 Millionen Euro Verlust im Jahr einfährt!

Von solchen und anderen Leuten darf man dann wahrscheinlich auch gar nicht mehr erwarten, dass sie neutral berichten. Das schlägt sich schon in der Wortwahl nieder! Andere „gehen“ oder „folgen einem Aufruf“, die AfD „marschiert“

Die Bild titelte einmal: „AfD-ler pinkeln am häufigsten in den Pool“ und tat tatsächlich so, als würden sie das aus irgendeiner Umfrage objektiv abzuleiten. Auf diesem und ähnlichem Niveau hat es dann auch gar keinen Sinn mehr miteinander das Gespräch zu suchen! Die Fronten sind klar und den „Krieg“ haben definitiv die Medien der AfD erklärt und nicht umgekehrt!

Dämonisierung des Gegners?

Polarisierung?

Keine Kompromisse eingehen können?

Würden die Altparteien diese Kennzeichen für Hass- und Hetze nutzen, um gegen die politische Konkurrenz zu agieren? Nutzen Sie also selbst Hass und Hetze?

Antwort: **Ja, das tun Sie!**

Die AfD wird seit Anbeginn als das Böse abgestempelt. Man dämonisiert die Partei als die Wiedergänger der Nazis- der ultimativ abwertende Vorwurf mit maximaler Ächtung in der heutigen Bundesrepublik.

Man spaltet die Gesellschaft aktiv!

Mitglieder in Vereinen mit bestimmter politischer Meinung werden aussortiert und angegangen.

Kirchen sprechen Mitgliedern und Wählern der AfD den richtigen Glauben ab, erklären Sie quasi zu Apostaten.

Ob beim Fußball oder im Theater, die Symbole der Ausgrenzung sind unübersehbar. Ob als Aufkleber, als Plakat, als Info am schwarzen Brett, Vereinszeitung oder Hochglanzprospekt.

Es gibt kaum einen Bereich, der nicht politisiert wird und wo eine bestimmte Gruppe abgetrennt und ausgegrenzt wird. Gleichzeitig sammelt man seine eigenen Anhänger um die gemeinsame Symbolik. Armbinden in Regenbogenfahne inklusive.

Beispiele für die Militanz und die Gewaltbereitschaft unserer Gegner, in denen sie nicht nur radikal sind, sondern auch den Gegner entmenslichen und regelrecht zur Gewalt aufrufen:

- „Die **Rechte Brut** darf nirgends mehr Unterschlupf finden“
 - „Kein herumklavieren mehr, draufhalten, mit allem, was unser Staat an Mitteln zur Verfügung hat“
 - Andreas Friedrich auf FB:
„Nazis bekämpft man nicht, indem man sie „inhaltlich stellt“. Gegen NS-gläubige versagt jede Vernunft und jede Debatte. **Nazis bekämpft man, indem man die Methoden anwendet, die die Nazis im Dritten Reich gegen Juden und politische Gegner anwendeten. Nur ein toter Nazi ist ein guter Nazi.** Deutschland muss absolut Nazi-frei werden!“
 - Der Rapper Dahabflex rappte „**wir lassen Faschos brennen**“ in seinem Gewalt-Song „Fck AfD“, während der Linken-Bundestagsabgeordnete Ferat Kocak neben ihm vor dem Reichstag tanzte.
 - Eine Referentin für Gewaltschutz eines von der Bundesregierung (Bundesfamilienministerium) mit 2 Mio. € Steuergeld jährlich finanzierten NGO schrieb: „Ja, **meine Position ist, dass der Mord an unverantwortlich reichen Menschen nicht nur ethisch vertretbar, sondern nachgerade geboten ist**“.
(Tante Tuuli Tarabiscote, Tuuli Reis vom Bundesverband Trans).
 - Kabarettist Moritz Neumeier witzelte, dass man „**Deutsche über 70 einfach töten sollte**“, weil diese die Leistungen der Krankenkassen überproportional in Anspruch nehmen und die Wartezimmer und die Terminlisten voll machen.
 - Aufkleber in der Stadt: „**Ein Baum, ein Strick, ein AfD-Genick**“! „**Wenn ihr sie nicht verbietet, knüpfen wir sie auf!**“
 - „es gibt kein ruhiges Hinterland“.
- Damit kündigt man an, Andersdenkende auch im Café, in der Wohnung oder im Urlaub anzugreifen.
- Aufkleber an der Wohnungstür oder dem Garagentor. Nachbarn haben Flyer mit Bild und Name im Briefkasten, Zettel werden an Gartenzäune gehängt.
- Autos angezündet, Farbanschläge, Bitumen aus Feuerlöschern an der Hauswand. Scheiben werden eingeschlagen.
- Radmuttern an Autos gelockert, Reifen zerstoßen.
- Schilder beschmiert oder abgerissen.
- Beim Arbeitgeber outen/ melden- in der Hoffnung, dass man den Arbeitsplatz verliert- vernichten der wirtschaftlichen Grundlage.
- Sie gehen so weit, dass sie Blumenkränze von der AfD an Gedenkstätten zerstören.

Wie tief kann man sinken?

DAS ist mit „kein ruhiges Hinterland“ gemeint!

Jan Böhmermann rechtfertigt damit wohl auch sein ÖRR-Doxing von Clownworld, für das er deren Freunde und Familie ausforschte.

Schauen Sie auf die Seiten unserer Gegner!

Die Kommentare unter deren Beiträgen in den sozialen Medien sprechen Bände!

Auf den Seiten von Linken, Jagdgegnern und Veganern (was oft dasselbe Klientel zu sein scheint) sind teilweise so heftige Beiträge und noch heftigere Kommentare darunter, dass einem manchmal angst und bange wird! Dämonisierung des Gegners? Gewaltaufrufe? Gewaltphantasien? Oh, ja! Wo ist da der Verfassungsschutz?

Es gibt tausende solche Beispiele und diese werden auch nicht von irgendwelchen vereinzelt Spinnern vertreten, sondern werden von prominenten, teilweise vom Staat bezahlten Akteuren von sich gegeben!

Das angebliche „Künstlerkollektiv“ Zentrum für politische Schönheit, hat sich beispielsweise in meinen Augen mit mehreren Betrugereien hervorgetan.

Getarnt als „Flyerservice Hahn“ haben sie Millionen Flugblätter vorgegeben verteilen zu wollen und dann vernichtet, was meiner Einschätzung nach eine handfeste Wahlmanipulation darstellte! Verurteilt wurde dafür bislang übrigens niemand! Tausende Betrugs-Briefe komplett mit dem Logo der AfD und Bildern von Alice Weidel und Tino Chrupalla wurden an alte, gestohlene Verteilerlisten aus Datendiebstählen an AfD-Mitglieder versendet. Teilweise sind diese Adresslisten heute noch auf Indymedia eingestellt.

Das ZPS soll 2019 auch die Asche von verstorbenen KZ-Insassen in einer Stele ausgestellt haben, angeblich als Mahnung gegen neue Nazis. Eine unverhohlene Instrumentalisierung der Opfer des Nationalsozialismus, der abstoßender kaum noch sich auszumalen ist!

Das ZPS hat auch das Haus von Björn Höcke mit Richtmikrofonen abgehört, dort den Müll durchsucht, den Mann an seinem Wohnort belagert und ausgeforscht. Auch haben diese Leute versucht, den Parteitag in Riesa mit einem Bus zu blockieren. Solche Leute zeigen damit ihre Verachtung für Andersdenkende, ihre Militanz und ihre Kompromisslosigkeit, mit der sie gegen Andersdenkende vorgehen!

Es sind keine Künstler und sie kämpfen nicht für die Demokratie, es sind im Denken festgefahrene Menschen, die zu ihrer eigenen Meinung keinen Widerspruch dulden und anscheinend auch kein Problem damit haben, buchstäblich über Leichen (bzw. deren Asche) zu gehen!

Es gibt aber auch mit dem Altparteienkartell aus CDU, SPD, Grünen **keine Kompromisse!** Nicht, weil die AfD nicht gewillt wäre, welche einzugehen. Sondern, weil diese Leute nur ihr eigenes Weltbild gelten lassen!

Die Politik der offenen Grenzen wird als unumstößliche Grundlage der Republik dargestellt, als unverzichtbar für den Fortbestand des Staates.

Man könnte ja über eine sinnvolle Begrenzung und Steuerung der Migration reden. Zwischen „alle dürfen rein“ und „Keiner darf mehr rein“ muss es ja noch Graustufen

geben, auf die man sich einigen könnte.

So zum Beispiel: Echte Fachkräfte nach Punktesystem dürfen rein, Nicht qualifizierte dürfen nicht rein. Familiennachzug ja, aber nur bei anerkannten Asylsuchenden, nicht aber bei subsidiär Aufenthaltsberechtigten. Absprache mit den anderen Staaten Europas ja, aber souveränes Vertreten einer gewissen Obergrenze, die die eigene Leistungsfähigkeit und die eigenen Grenzen des Machbaren achtet.

Aber sowas ist mit der bunten Einheitspartei nicht zu machen!

Buntheit und Vielfalt stehen wie das goldene Kalb da und jeder Kompromiss wird als Nationalismus oder als Rassismus einsortiert!

Unter Demokraten sollte es immer eine Abwägung geben, um zu Lösungen zu kommen, die für alle tragbar sind- zumindest die Gesellschaft als Ganzes nicht überfordert.

Die sakrosankte Weltoffenheit der anderen Parteien ist in seiner Haltung aber so festgefahren, dass Kompromisse hier nicht möglich sind!

Entweder man gehört dazu und bekennt sich zur Weltoffenheit, oder man ist ein Gegner, der das vierte Reich errichten will.

Das ist natürlich Blödsinn, aber kennzeichnet wohl alle Ideologien, die nur Freund und Feind kennen!

Die Kompromissfähigkeit geht gegen Null, die ideologische Voreingenommenheit dagegen bis ins Unermessliche und Kennzeichnet damit die Hetzerische und hassende Haltung der anderen Parteien, die polarisieren, diffamieren und Zwischenlösungen verhindern.

Thema **Fakenews**:

Der „**Geheimplan von Potsdam**“, die „**Planung**“ davon, **Millionen Menschen zu deportieren**, wie sie Correctiv im Januar 2024 berichtete („Geheimplan gegen Deutschland“), hat es so nie gegeben!

Mittlerweile kam raus, dass Correctiv, die Worte Deportation erfunden hat!

Von den Vorwürfen blieb nichts übrig!

Dennoch sind die Berichte von Correctiv auch heute noch online und werden noch immer- obwohl sie längst gerichtsfest widerlegt wurden- von den Mainstreammedien wiedergegeben und von den Gegnern der AfD als Argument verwendet. Zahlreiche Medien, wie die Tagesschau oder das heute-journal mussten ihre Aussagen über die angeblichen Pläne der AfD zurücknehmen, da sie vor Landgerichten verloren hatten und einstweiligen Verfügungen nachkommen mussten! Correctiv selbst hatte erklärt, dass es "zutreffend" sei, dass "die Teilnehmer nicht über eine rechts-, insbesondere grundgesetzwidrige Verbringung oder Deportation deutscher Staatsbürger gesprochen haben." Sie gaben vor Gericht also die falsche Tatsachenbehauptung zu!

Man weiß also, dass Correctiv gelogen hat, man weiß, dass dieser Geheimplan nie existierte, aber man verbreitet die Lüge weiterhin!

Weil man sie im Kampf gegen die Opposition so gut gebrauchen kann.

Darüber hinaus: Die bewusste Vermischung des Berichtes über das private Treffen mit der Wannseekonferenz der Nazis (was schon Correctiv angelegt hatte), auf der sie die Vernichtung der Juden planten, wurde benutzt, um die AfD mit der Judenvernichtung der Nazis in Kontakt zu bringen.

Eine Methode, die ganz bewusst so gewählt wurde, weil sie genau so manipulieren sollte, wie es dann auch geschah!

Die Macher wollten den Eindruck erzeugen, dass sich die Geschichte wiederholt und die daraufhin entstehende Empörung nutzen, um diese gegen die AfD zu leiten.

Proteste, öffentliche Ächtung... Alles aufgebaut auf den Lügen einer Organisation, die als „Faktenchecker“ von der Regierung bezahlt wird, um soziale Medien zu kontrollieren und unliebsame Äußerungen im Internet zu zensieren!

Der Staat bezahlt eine linke NGO für einen Eklat und für die Mobilisierung der Massen gegen die, die ihm politisch gefährlich werden könnten und nutzt dann seine GEZ-finanzierten Sender und Rundfunkanstalten, um die Lüge noch weiter zu verbreiten.

Als wir in Wolfsburg zum Beispiel eine Abstimmung bezüglich der Fundamentreste des alten Laagberglagers hatten, befand sich die AfD mit ihrer Position in Einklang mit den Kritikern einer Verlegung der Funde zugunsten eines Supermarktes. Wir waren dafür, die Fundamentreste dort zu belassen, wo sie gefunden wurden und dort angemessen zu würdigen.

Das heute Journal legte diese Abstimmung maximal mies gegen die AfD aus und verlautbarte, dass die AfD gegen eine Gedenkstätte wäre. Man wollte damit das Narrativ der bösen AfD, die gegen eine Erinnerungskultur steht, nähren.

Dabei war es eine klare Richtungsentscheidung und kein dafür oder dagegen!

Natürlich wollten wir auch eine würdige Erinnerung. Nur eben in einer anderen Form!

Das hat das heute Journal natürlich nicht dazu gesagt. So kann man auch mit der halben Wahrheit trefflich lügen!

Lügen kann man auch mit Statistiken!

Darin sind die etablierten Parteien wahrscheinlich meisterlich!

Wenn im Bundestag Stefan Brandtner als Faschist benannt wird, es aber keine Rüge gibt, dann hat das System!

AfD-Politiker werden dagegen gerne und häufig gerügt.

Da die AfD keinen Bundestagsvizepräsidenten stellen kann, weil ihr dieser von den anderen Parteien vorenthalten wird, dann ergibt sich daraus natürlich ein verzerrtes Bild. Es scheint so, als seien die AfD-Politiker in ihren Reden viel aggressiver und maßloser. In Wirklichkeit aber bestimmen die anderen Parteien nicht nur, welche Worte benutzt werden dürfen und welche nicht, sie exekutieren über die Sitzungsleitung auch gleich die Strafen, die dann genüsslich ausgeschlachtet werden.

Weiterhin wird auch mit Statistiken außerhalb des Bundestages gelogen:

Linke Schmierereien werden oft als rechte Straftaten erfasst, Ebenso viele nicht direkt zuzuordnenden Straftaten. Malt also ein palästinensischer Jugendlicher an ein jüdisches Wohnhaus ein Hakenkreuz, so ist das keine Antisemitische Straftat mit dem Hintergrund eines islamischen Judenhasses, sondern geht als rechte Straftat in die Statistik ein.

Lässt sich nicht aufklären, wer für eine Straftat verantwortlich ist, wird sie automatisch als rechte Straftat erfasst.

Unter den Straftaten rechter „Gewalt“ zählt man auch Aufkleber, Flugblätter, Äußerungen in sozialen Medien, ... sogenannte Propaganda-Delikte.

Damit wird die Statistik „aufgeblasen“ und künstlich das Bild erzeugt, das Problem des Rechtsradikalismus wäre deutlich schlimmer, als das des Islamismus oder das des Linksextremismus.

Schon zu Coronazeiten wurde **mit Statistiken gelogen**, um die Bevölkerung zu lenken. Inzidenzen, Übersterblichkeit, Bettenbelegungsgrad usw.

Im Nachgang stellte sich heraus, dass Intensivbetten während der Pandemie abgebaut wurden, Inzidenzen willkürlich von der Politik als Grenzwerte vorgegeben wurden und nicht auf wissenschaftlicher Grundlage Kennwerte aufgestellt wurden.

Fakenews hatten gerade in dieser Zeit Hochkonjunktur!

Der Wirkstoff ist nebenwirkungsfrei und die Impfung schützt vor Ansteckung.

Zu diesem Aspekt könnte man eine eigene Abhandlung schreiben! Selten wurden die Bürger so belogen, wie in dieser Zeit, um sich wie gewünscht zu verhalten!

Und auch nach dieser Zeit geht das Lügen weiter, wie die Wahlversprechen eines Herrn Merz vor der Wahl und sein Handeln nach der Wahl zeigen!

Stromsteuersenkung? Begrenzung des Zuzugs? Schließung der Grenzen?

Abschiebungen? In nicht einmal 24 Stunden räumte der CDU-Mann Merz alle seine Positionen ab und sicherte sich so den Zuspruch der SPD und damit seine Macht!

Die SPD, historisch abgestraft vom Wähler beförderte die Wahlverlierer noch, sodass Herr Klingbeil nun Finanzminister ist!

Mehr Fakenews und mehr Täuschung geht nicht!

Niemand aus der CDU und niemand aus der SPD sollte der AfD jemals wieder Fakenews vorwerfen! Erst Recht nicht die Medien, die Ihnen während der Coronajahre und auch jetzt noch alles willfährig nachplappern!

Beispiel **SPD**:

Die SPD ist offensichtlich keine demokratische Partei! Viele SPD-Mitglieder greifen meiner Einschätzung nach unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung an!

Warum? Sie akzeptieren nicht das Votum der Wähler!

Nach dem enormen Vertrauensverlust der eigenen Partei mit einem historisch schlechten Ergebnis bei der letzten BT-Wahl, bei dem sich der Prozentanteil halbiert hat, hat die SPD nicht die Konsequenzen gezogen, sondern hat gemeinsam mit der CDU eine Fortsetzung der eigenen Regierung vorgezogen und hat sich dafür noch mit dem alten, aufgelösten Bundestag, eine Rekord-Neuverschuldung durch sogenannte „Sondervermögen“ beschließen lassen. Zur Erinnerung: Der Bundeskanzler hatte die Vertrauensabstimmung verloren und daraufhin löste Bundespräsident Steinmeier den Bundestag auf und setzte Neuwahlen an. Und mit diesem aufgelösten Bundestag stimmte die SPD zusammen mit der CDU über

zentrale Fragen und Grundgesetzänderungen ab! Gleichzeitig verzögerte man die Konstituierung des Bundestages bis auf den letzten Tag!

- Die SPD hält sich nicht an parlamentarische Gepflogenheiten und bekämpft die Opposition. Dafür nutzt sie ein Netzwerk aus Stiftungen, Vereinen und beeinflusst Medien, um sich die Konkurrenz vom Leib zu halten. Das Vorfeld der SPD besteht aus zum Teil gewaltbereiten Linksextremisten, die unser System offen ablehnen, sich oft Straßenschlachten mit der Polizei liefert. Beispielsweise der terroristischen Antifa. Viele einflussreiche Parteimitglieder bekennen sich offen zum "schwarzen Block", gerade von den Jusos, der Jugendorganisation der SPD!

- Während der Coronajahre hat sich die totalitäre, anti-freiheitliche Haltung der Partei gezeigt und viele Parteimitglieder der SPD haben sich daran beteiligt oder zeigten ihre Sympathie dafür, Grundrechte einzuschränken.

- Die SPD will einen anderen Staat. Sie argumentiert teils rassistisch, dass Deutschland mit seiner bestehenden Bevölkerung nicht "bunt genug" wäre.

- Die SPD will die freie und unmittelbare Wahl abschaffen und an diverse Quoten koppeln.

- In Sachen Klimawandel und bereits bei den Coronamaßnahmen, argumentiert die SPD faktenfrei und nicht auf gesicherten, wissenschaftlichen Grundlagen, sondern auf Vermutungen und zum Teil gefälschten Daten. Sie nutzte gezielt Angst, um Widerstand gegen Maßnahmen in der Bevölkerung zu brechen.

- Oftmals wissentlich werden unwahre Behauptungen verwendet. Zweifler oder Abweichler werden "Spinner", "Ratten", "Nazis", "Schwurbler" oder „Verschwörungstheoretiker“ genannt oder es wird mit ähnlichen Begriffen versucht diese zu brandmarken und auszugrenzen.

- Gewalttäter nimmt die SPD in Schutz, wenn sie auf der „richtigen Seite“ stehen. So zum Beispiel bei uns, als ein geistig verwirrter Mann unseren Wahlstand mit einer Ketchupflasche beschmierte und dabei auch die Standbesetzung attackierte. Jusos und SPD-Politiker in Wolfsburg zeigten sich anschließend schockiert, dass sich die Standbesetzung überhaupt noch wehrte und den Mann festhielt und der Polizei übergab.

Es lässt tief blicken, wenn man die Angreifer verteidigt und diejenigen, die sich schützen müssen, verbal attackiert!

Diese Leute haben ihren moralischen Kompass komplett verloren!

Scheinbar freut man sich insgeheim, wenn Linksextreme oder aufgestachelte Verwirrte Straftaten gegen die AfD begehen und „die Saat aufgeht“!

Man lässt für sich die Drecksarbeit machen und bietet den Tätern moralische Unterstützung und versucht die Schuld auch noch dem Angegriffenen in die Schuhe zu schieben und für sich politisch auszuschlachten. Eine widerwärtige Einstellung!

Beispiel **CDU**:

- Die **undemokratische „Brandmauer“**, besagt, dass niemand mit der AfD zusammenarbeiten darf. Anträge werden grundsätzlich abgelehnt, Personal nicht gewählt, Absprachen nicht getroffen. Das ist unparlamentarisch, weil es im Parlament eigentlich eine gewissensfreie Ausübung des Mandats geben soll. Das Mandat ist frei und hat durch Streit und Widerstreit in der Debatte stattzufinden und nicht imperativ durch Vorgaben der Fraktionsspitze oder des Kanzlers! Mehrheiten können sich so nicht frei bilden. Um die AfD verhetzen zu können, wurde der zur Ausübung des Richteramtes befähigte Demokrat Hans-Georg Maaßen abgelöst, weil er zur Verhetzung der AfD nicht bereit war und durch den willfährigen Herrn Haldenwang ersetzt.

Dieser führte sodann zwei neue Kriterien ein, um einerseits die Reichsbürger sowie andererseits die AfD verhetzen zu können.

Für die AfD wird insb. angewendet: Eine völkische Argumentation.

Die AfD würde angeblich nicht urdeutsche Menschen, die zwar die deutsche Staatsbürgerschaft haben, vom Volkskörper ausschließen, weil sie ethnisch nicht zu den Deutschen gehören würden.

Zuerst einmal ist das Blödsinn, weil die AfD sich eben nicht völkisch abgrenzt, sondern auch Migranten, Juden, Moslems, Schwarze usw. in ihre Partei aufnimmt und nicht nur duldet, sondern diese auch in führende Positionen der Partei vorrücken können! Weder Verfassung noch Gesetz geben darüber hinaus her, dass „völkisch“ schlecht wäre!

Das Gesetz richtet sich schon im Vorwort an „das deutsche Volk“ und regelt in nachgelagerten Gesetzen die Rolle der Spätaussiedler selbst nach

„völkischen“ Gesichtspunkten, wie der Sprache, der Kultur und Erziehung.

Dass Herr Haldenwang dennoch so argumentiert beweist, dass er einen Auftrag erfüllt, der AfD bewusst zu schaden, sie aus seinem Amt heraus zu bekämpfen!

Verboten ist nun z.B. zu sagen, dass die vorschnell eingebürgerten

Bürgergeldempfänger oder straffällige Einwanderer den Pass nicht verdienen und keine echten Deutschen sind.

Verboten ist auch zu sagen, dass „Urdeutsche“ ein Recht auf Heimat hätten und wir „umgevolkt“ werden, also die Bevölkerung ausgetauscht wird. Man darf es nicht als negativ empfinden, dass Migrantenmassen mit kulturfremden Hintergrund das Land mehrheitlich übernehmen.

Wer diese Äußerungen tätigt, wird als "rechtsextrem" gebrandmarkt, obwohl er NICHT extrem- und nicht immer rechts ist!

Aber äußern sich die anderen Parteien nicht auch völkisch? Doch das tun sie!

Und das tun Sie mal in die eine Richtung und mal in die andere Richtung- gerade, wie es ihnen passt und vor allem, wie es ihnen nützt!

Es gibt zahllose Äußerungen von Mitgliedern und auch führenden Persönlichkeiten der Altparteien, mal

- klassisch völkisch, wenn es darum geht, bei den Wählern zu punkten, meist vor wichtigen Wahlen. Da wird dann mit Abschiebungen gedroht, da wird das Staatsbürgerschaftsrecht in Zweifel gezogen.

Dann gibt es die Beispiele eines

- „positiven Rassismus“, also dass man einer Gruppe oder Ethnie besonders positive Eigenschaften zuschreibt oder sie besonders unterstützt und fördert. Das ist zum Beispiel bei der Islamischen Community so, die von Grünen und SPD sehr umschmeichelt wird.

- Dann gibt es den sehr speziellen Rassismus, der sich gegen die „deutsche Mehrheitsgesellschaft“ richtet, gegen „Biodeutsche“, „Kartoffeln“, denen oft negative Eigenschaften zugesprochen werden, die peinlich dargestellt werden, oder als Täter hingestellt werden. Sie sind angeblich schlecht, weil sie weiß sind, weil sie „deutsch“ sind, weil sie ausgrenzen usw. In Freibädern hängt man z.B. Plakate auf, auf denen der Täter weiß dargestellt wird, das Opfer als dunkelhäutig.

Rassismus und Volkismus wird also immer gerade so gezogen, wie man ihn braucht. Nur ein Volkismus ist verpönt: Der, der sich positiv zum eigenen Volk bezieht- selbst, wenn er aus Liebe zum eigenen, ohne die Abwertung anderer daherkommt.

Linke, Grüne und SPD tun das häufig um Sinne eines Rassismus und Volkismus, etwa wenn sie meinen, dass unser deutsche „Naziwesen“ verwässert werden müsse, oder dass es gut sei, dass sich „die Nazis“ nicht sonderlich gut fortgepflanzt hätten, wie es Gregor Gysi einmal sagte. Oder wenn ur-deutsches Vermögen ins EU-Ausland vergeudet werden müsse, weil es Deutschen nicht zustünde. Deutschland ist der SPD und den Grünen und eben auch der CDU nicht „bunt“ genug und streben durch ihre Einwanderungspolitik eine „Vielfältigkeit“ an, die es ohne die Einwanderung wohl nicht im deutschen Volk in ausreichendem Maße gäbe. Sie empfinden die bisherige deutsche „Vielfalt“ also offensichtlich als mangelhaft, was klar rassistisch und antideutsch ist!

Beim evangelischen Kirchentag wurde ein Workshop angeboten, der sich ausschließlich an Kinder der „People of Colour“ richtete. Weiße Kinder waren von dem Workshop ausgeschlossen. Eine solche AfD-Veranstaltung würde- wenn es sie geben würde- sofort unter Beschuss geraten!

Rassismus gegen weiße Kinder: Auf dem Kirchentag in Fulda richtete die staatliche Hochschule Fulda einen Workshop aus, mit dem Titel: „Workshop Empowerment für BiPoC/ PoC-Kinder“ aus, der Kinder mit weißer Hautfarbe ausschloss!

Sozialministerin Heike Hoffmann sagte dazu, dass „Empowerment-Angebote keine Diskriminierung seien“.

Der Ausschluss von Kindern aufgrund ihrer Hautfarbe ist aber ganz klar ein rassistisches Kriterium- angewendet durch Teile unserer Gegnerschaft!

Besonders klassisch völkisch hat sich im BT-Wahlkampf übrigens die CDU geäußert, sogar öffentlich und in ihrem Wahlprogramm. Dort wird Auslandsdeutschen ohne Pass, also Abstammungsdeutschen auch Volksdeutschen genannt, in völkischer Art

und Weise die weitere Einbürgerung zugesichert, selbst wenn sie nicht mal perfekt Deutsch können.

So eindeutig völkisch hat sich noch nie eine Partei geäußert, jedenfalls nie die AfD.

Juni 2025: Die Co-Chefin des Grünen-Kreisverbandes Bielefeld, Ikram Chemlal (mit marokkanischen Wurzeln), tritt aus der Partei aus, weil ihr die Partei zu weiß ist! „sehr weiße, elitäre und akademische Partei“.

Die AfD hat Anfang Juni 25‘ den Spies umgedreht und ein eigenes 48-seitiges Gutachten veröffentlicht, wo die Maßstäbe, die der Verfassungsschutz an die Aussagen der AfD legt, an Aussagen der CDU angelegt wird. Ergebnis: Es gibt viele Aussagen von CDU-Mitgliedern, die ebenso, oder sogar noch krasser sind, als die der AfD! Gezeigt werden im Gegengutachten Aussagen von Friedrich Merz, Alexander Dobrindt, Angela Merkel usw. Merkel zum Beispiel sagte selbst, dass sie die Integration für gescheitert hielt. Herr Söder fabulierte einst von der Wichtigkeit der deutschen Leitkultur. Und sogar der vorige Kanzler Olaf Scholz von der SPD wollte abschieben und die Zahl der Abgeschobenen deutlich erhöhen!

Die Folge: Wenn der VS die Aussagen der anderen Politiker genauso behandeln würde, wie die Aussagen von AfD-Mitgliedern, dann wäre auch die CDU, bzw. die SPD rechtsextrem und ein Fall für den VS!

[AfD erstellt Gegengutachten – Union sei genauso „gesichert rechtsextrem“ - Video - WELT](#)

[VERFASSUNGSSCHUTZ: AfD erstellt dubioses Gegengutachten – Union sei genauso "gesichert rechtsextrem"](#)

Kurioses Beispiel: Das Puppentheater in Berlin erhält 2025 keine Förderung mehr. So entschied es das Bezirksamt, mit der Begründung, das Programm wäre „sehr deutsch“!

„Die Aufführungen sind etwas oldschool“, hieß es. Die Stücke hätten ihre Berechtigung, „aber Friedrichshain ist nicht mehr das gleiche wie vor 20 Jahren“. Dann das Argument: „Themenauswahl ist klassisch, sehr deutsch, Familienverein“. Aufführungen für Kinder, wie „das Krakenkarussell“ oder „das sehr unfreundliche Krokodil“ waren wohl nicht „bunt“ genug, um als Kultur anerkannt und gefördert zu werden?

Aydan Özoguz konnte 2017 eine spezifische deutsche Kultur jenseits der Sprache nicht einmal mehr identifizieren und sprach ihren Landsleuten damit quasi ab, überhaupt eine eigenständige Kultur zu haben, die schützenswert wäre und die sich als Leitkultur anböte. Eine solche, rassistische Geringschätzung des Eigenen kann man nur noch schwer toppen und muss man wohl als antideutschen Rassismus werten. Aber auch andere haben diesen Aussprüchen in nichts nachgestanden und gemeint, man müsse „die eklig weiße Mehrheitsgesellschaft überwinden“. Natürlich wieder eine Aussage aus der grünen Partei!

Dem stehen auch die Jusos in einigen ihrer Äußerungen in nichts nach!
Auch hier ätzt man gegen die Deutschen und ihre Kultur, die es ihrer Meinung nach gar nicht gibt.

Schon 2015 hatte sich die SPD-Bundestagsfraktion entsprechend geäußert, als aufgrund der Merkel'schen Grenzöffnung die Debatte um eine deutsche Leitkultur wieder einmal aufkam (Warum es in Deutschland keine "Leitkultur" geben kann).

Dass der Verfassungsschutz trotzdem nur der AfD an die Kehle geht, die anderen Parteien aber in Ruhe lässt, zeigt, wie einseitig der VS agiert und dass er in dem Auftrag arbeitet, die Opposition zu bekämpfen!

Sie interpretieren in die Aussagen eine Gefahr, wenn die Aussage von der AfD kommt und sie interpretieren in die Aussage keine Gefahr, wenn sie von irgendeinem anderen Politiker kommt, solange er nicht der AfD angehört und sich nicht für Deutschland, sondern gegen Deutschland ausspricht.

Wer das nicht glaubt, der halte sich nur einmal vor Augen, dass die Aussage „Alles für Deutschland“ volksverhetzend sein soll, da sie im Dritten Reich eine SA-Losung war. „Deutschland verrecke“ ist aber anscheinend keine Volksverhetzung. Nicht einmal die Frage nach der Ungleichbehandlung in den Konsequenzen für denjenigen, der die Losungen ausspricht, ist noch erlaubt. Ein Gericht, verurteilte kürzlich einen Mann, der genau diese Frage in den sozialen Medien stellte, warum nämlich „Deutschland verrecke“ straffrei wäre und „Alles für Deutschland“ strafbewehrt zu einer Strafe von 2500€. Der Mann weigerte sich zu zahlen und muss nun eine Ersatzstrafe von 9 Monaten Haft antreten.

Derlei Beispiele sind inzwischen häufig. Man darf zum Beispiel niemanden Rassistisch beleidigen, der zugezogen ist, aber es ist kein Problem, alle Deutschen generell eine Kötterrasse zu nennen. Wie ein Gericht bereits vor Jahren der erstaunten Öffentlichkeit erklärte, könne man nur Minderheiten beleidigen. Da die Deutschen keine Minderheit wären, könne man Deutsche auch gar nicht rassistisch beleidigen.

Nun, vielleicht ändern sich ja bald die Mehrheitsverhältnisse und man wird sehen, ob sich die Rechtsprechung damit auch ändert. Erfreulicher wäre es aber, wenn sich die die Rechtsprechung vorher ändern würde!

Sie können auch, wie Herr Rixinger von der Linkspartei sagen, dass sie Reiche für eine nützliche Arbeit einsetzen möchten, statt sie zu erschießen, wie es eine Parteifreundin auf einem Parteitag öffentlich forderte.

Aussagen von Altkanzler Helmuth Schmidt oder Richard Weizsäcker wären heute wohl undenkbar und würden sie heute von einem AfD-Politiker so kommen, würden sie als vermeintlicher Beweis für die Verfassungsfeindlichkeit der AfD im Gutachten des Verfassungsschutzes stehen.

Dagegen können sich die Politiker der anderen Parteien äußern, wie es ihnen

beliebt:

ACAB ! "Alle Cops sind Bastarde" auf dem T-Shirt. So tritt die Chefin der Grünen im Bundestag auf

"Alle AfDler gehören in die Gaskammer" (Zitat: Bianca Deubel, Kandidaten der Linken in Linden)

"Die AfD ist ein Dreckspack" (Klingbeil, SPD)

"Die AfD sind die Ratten der Gesellschaft" (sinngemäß, F. W. Steinmeier, SPD)

"Die AfD ist Gesindel" (F. Merz, CDU)

"AfD Wähler sind die Fliegen auf den Sch...haufen" (FDP)

Thema: Delegitimierung des Staates und seiner demokratischen Institutionen.

Den Begriff hat sich Frau Faeser ausgedacht, um Kritik an bestimmten Entwicklungen zu kriminalisieren.

Wenn ich in einer Demokratie den Staat und sein Handeln nicht mehr kritisieren darf, weil ich sonst Besuch von dieser Staatsmacht bekomme, dann befinde ich mich nicht mehr in einer Demokratie!

Es kann nicht sein, dass auf Kritik hin die Ermittlungsbehörden einen überwachen, die Polizei meine Wohnung und Geschäftsräume stürmt, Computer und Telefone beschlagnahmt werden, ich mit Strafverfolgung rechnen muss!

Solche Dinge passen nicht zu einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung!

Solche Dinge passen eher zu Diktaturen und autoritären Systemen!

Eine Demokratie, die wegen Satirischen Posts in sozialen Netzwerken

„wehrhaft“ sein muss, hat aufgehört, eine Demokratie zu sein!

Wo Widerspruch, auch Spott nicht mehr gestattet ist, werden bald auch

Internierungen stattfinden!

Ein Inlandsgeheimdienst, der Kritiker verfolgt, weil sie Memes erstellt oder geteilt haben, der richtet sich gegen die eigenen Bürger, um sie vor Kritik abzusichern und letztlich ihre Macht abzusichern.

Und während bestimmte Meinungen kriminalisiert und als extremistisch gebrandet werden, werden andere Meinungen von diesen Repressalien verschont, weil sie einem in den Kram passen.

Glauben Sie, dass nur Rechte Feindbilder schüren?

Glauben Sie, dass nur Rechte Gewalt androhen oder beleidigen?

Schauen Sie bitte auf Indymedia und andere linke Netzwerke!

Dort wird sich mit Überfällen geradezu gebrüstet.

Dort veröffentlicht man Feindeslisten, Fotos und Adressen von Gegnern, auch von Straftaten die begangen wurden oder zu denen man Gleichgesinnte aufruft.

Dort stellen Linke „Journalisten“ ihre Fotos von Gegnern ein, die sie mit großen Teleobjektiven von Teilnehmern gegnerischer Veranstaltungen machen.

Autokennzeichen inklusive.

Diese generalstabsmäßige Ausforschung der politischen Gegner, um sie hinterher angreifen zu können, bleibt aber folgenlos für die Betreiber der Internetseiten und derer, die dort die Daten eintragen.

Bemerkenswerterweise betreiben gerade jene, die mit ihren Gewaltaufrufen geradezu um sich schmeißen, auch jede Menge von der „Delegitimierung des Staates“.

Von „**ACAB- All Cops are Bastards**“ über „**Deutschland verrecke**“ und „**Deutschland du mieses Stück Scheiße**“ ist alles dabei!

Man greift die Fuhrparks von Bundeswehr oder Polizei an, legt Feuer in den Schaltschränken der Bahn oder randaliert an Hochschulen und zerlegt dort das Inventar.

Bei dieser Art Delegation zeigt sich der Staat merkwürdig zurückhaltend. Nicht nur, dass es hier quasi einen Nichtangriffspakt zu geben scheint, nein die Politik sorgt auch dafür, dass diese Gruppen und Netzwerke mit staatlichen Geldern und Fördermitteln versorgt werden!

Es scheint gute und schlechte Delegation des Staates zu geben!

Kritisiere ich den Staat für sein Handeln, fordere eine andere Politik, zeige die Folgen schlechter Politik auf, dann delegitimiere ich den Staat und Sorge dafür, dass das Vertrauen der Bürger in die Staatliche Institutionen abnimmt. Eine neue Form der Wehrkraftersetzung des dritten Reichs quasi und infolgedessen werde ich verfolgt und bestraft.

Lehne ich diesen Staat aber knallhart ab, greife seine Uniformträger an, pinkle auf seine Fahne, fordere den „antikapitalistischen Umsturz“, kämpfe quasi für seine Abschaffung und offene Grenzen (No Border- No Nations), dann bekomme ich Fördergelder, darf Häuser besetzen- jahrzehntelang. Ich werde unterstützt und bin gern gesehener Gast in allen Talkshows und kein Mensch will meine Partei verbieten.

Selbst, wenn die Antifa für Sie das Vorfeld ist und für sie die Drecksarbeit macht- militant und aggressiv, wird keiner ihr Verbot fordern. Obwohl sich die Linksextremen klar gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten und aggressiv-kämpferisch auf den Systemsturz hinarbeiten.

„No Borders, no Nations“- das ist doch eindeutig gegen den Erhalt des Bundes und der Länder gerichtet! Migration wird hier als Waffe eingesetzt und niemand blinzelt auch nur dabei!

Ganz offen fordern diese Leute Deutschlands Souveränität an die EU, die UNO, die WHO, usw. abzutreten. Sie sind für eine Aushöhlung der eigenen Nation und wollen Kompetenz und Kontrolle abgeben, um eine Art „Weltbürger“ zu sein, der den vermeintlichen Makel „deutsch“ zu sein nicht mehr trägt.

Teile der Mannschaft eines „Flüchtlingsrettungsbootes“ zeigten in einer Reportage einmal vor Jahren deutlich, worum es ihnen geht: Die Migration unumkehrbar zu machen und dafür zu sorgen, dass so viele Einwanderer nach Europa gelangen, wie möglich. Ihr Ziel: Die Deutsche, weiße Mehrheitsgesellschaft abschaffen.

Das war nicht nur rassistisch, sondern auch Inländer-feindlich, sowie gegen den Staat als Heimat für das eigene Volk gerichtet. Keine Ahnung, was diese Leute antreibt, aber es ist definitiv nicht der positive Bezug zum Staat, auch nicht der positive Bezug zum eigenen Volk!

Die AfD steht übrigens genau für das Gegenteil ein: Echte Subsidiarität, eigene Kontrolle über das Staatsgebiet, Verantwortung für Gesundheit, Verteidigung usw.

auf der nationalen Ebene!

Einflussmöglichkeiten der Bürger auf dieser Ebene.

Wir wollen in der Welt zu Hause sein- aber Deutsche bleiben!

Unser Land, unsere Heimat geben wir nicht auf! Uns überwacht man deshalb- die anderen nicht.

Die Solidaritätsbekundung für die linksextreme Gewalttäterin „Maja“ hinterließen „Aktivisten“ an der Fassade des Amtsgerichtes in Leipzig im Juli 2025. Sie brüsteten sich auf Indymedia mit ihrer Tat. Linksextreme greifen den Staat und seine Institutionen an- kein neues Phänomen! Seit Jahren schon werden Polizeistationen angegriffen oder die Fuhrparks der Bundeswehr. Trotz dieser unverhohlenen Angriffe und ihrer Abneigung auf „den Staat“, dem ja auch die Parole innewohnt „Fuck the System“, erhalten genau jene Linksextremen die Rückendeckung des Establishments und die Förderung aus der Staatskasse.

Augenscheinlicher kann das Ziel dieser Leute, den Staat in seiner Verfasstheit abzuschaffen und aktiv kämpferisch zu bekämpfen gar nicht sein! Dennoch wird der AfD, die noch niemals solche Angriffe aus ihren Reihen verübt oder gutgeheißen hätte, genau dieses Ziel angedichtet!

Verkehrte Welt!

Die Linksfraktion solidarisierte sich mit Maja T., einer linksextremen Terroristin, die Menschen mit Eisenstangen und Hämmern die Gelenke und die Schädel zertrümmert hat. Grünen-Politiker besuchen sie im Gefängnis und überreichen ihr Kuchen (Kathrin Göring-Eckardt). Mit „Free Maja“ fordern aber nicht nur die Grünen, sondern auch die Jusos, die Linken und der versammelte Kulturbetrieb Solidarität mit einer Linksterroristin.

Es gibt also offensichtlich keine Trennung von gewaltbereiten Terroristen mit Hämmern, „Aktivisten“, die Gerichte angreifen und grün-linken Politikern und deren Parteien!

Menschen wie Maja T. machen die Drecksarbeit für diese Parteien, greifen Gegner an und schüchtern sie ein. Sie bekämpfen die Opposition und als Gegenleistung erhalten sie Gelder, Rückendeckung und Solidaritätsbekundungen.

Eine Hand wäscht die andere.

Wenn die Verflechtungen so offen präsentiert werden, wie in diesem Fall, dann scheint sich die Abneigung gegen den Staat auch durch die Parteien zu ziehen, die solche Unterstützung gewähren! Ergo lässt das nur den Schluss zu, dass die Ziele, dieses Land abzuschaffen, seine Institutionen anzugreifen und Gegner notfalls mit Gewalt zum Schweigen zu bringen, die gleichen sind und sich hier Brüder im Geiste die Hand reichen! Der Verfassungsschutz schaut hier hoffentlich auch einmal genauer hin!

Zum Abschluss noch ein paar Beispiele wie schlechte Politik von unfähigen Politikern zu einem Vertrauensverlust in der Bevölkerung führen kann und letztlich damit zur „Delegitimierung des Staates“ führt- und das ganz ohne die AfD und rechte Hetze.

Dass der Staat nicht mehr als kompetent, sondern als überfordert angesehen wird, hat wohl andere Gründe, als den, dass die AfD vor dem Zerfall und Abstieg warnt

und hier und da Lösungen oder Alternativen vorschlägt!

Am derzeitigen, teils desolaten Zustand des Staates ist offensichtlich nicht die AfD schuld, die noch nie in Regierungsverantwortung war- ganz im Gegenteil zu unseren politischen Mitbewerbern!

Dass diese das Land runtergewirtschaftet haben, ist unbestreitbar und zwar auf fast allen Politikfeldern!

- die Bundeswehr steht weitgehend blank da, hat kaum noch Ausrüstung und nur für wenige Einsatzstunden Munition.

Von den wenigen U-Booten ist nur eines laut Berichten voll einsatzfähig.

Dass die Bundeswehr ihrem eigentlichen Auftrag- der Landesverteidigung nicht mehr gewachsen ist, liegt nicht an der AfD, die diesen Zustand beklagt, sondern an SPD, Grünen und CDU!

Hier wurde die Armee kaputtgespart. Die Wehrpflicht abgeschafft und alle Strukturen, die wir bräuchten, um sie wieder einzuführen, abgerissen.

Heute will man sie wiederhaben, die Wehrpflicht, aber man hat der Bevölkerung die Liebe zum eigenen Land, den Patriotismus gründlich ausgetrieben, sodass kaum noch jemand für „Buntland“ in den Krieg ziehen- geschweige denn für sein Vaterland Deutschland sterben würde, um es tapfer zu verteidigen!

Der derzeitige Zustand der Bundeswehr wurde auch durch zahlreiche sinnlose Auslandseinsätze verursacht, die Soldaten traumatisiert haben und Material verbraucht haben, ohne für Deutschland einen Nutzen gehabt zu haben!

Fruchtwasser-taugliche Schützenpanzer und Umstandsmode waren wichtiger als die Verteidigungsbereitschaft. Heute darf man das den Verantwortlichen nicht vorhalten, weil das angeblich unsere Streitkräfte delegitimiert.

In Analogie zu einem berühmten Märchen wird heute dem kleinen Jungen verboten auszusprechen, was jeder sehen kann- der Kaiser ist nackt!

- Als Oberzentrum hat meine Heimatstadt Wolfsburg eigentlich eine besondere Funktion für den Handel und die Wirtschaft in der Region.

Derzeit existieren wir jedoch ohne eine funktionierende Hauptpost! Mit einem Zettel im Schaufenster, wie vor hundert Jahren informiert die Postbank darüber, wann die Filiale denn mal aufhat- in einer Stadt mit 126.000 Einwohnern! Ein Armutszeugnis!

- Ein Clanmitglied, ein hundertfacher Straftäter muss freigelassen werden, weil das Gericht Fristen versäumt hat, aber gleichzeitig werden 180 Menschen wegen „Hassrede im Netz“ in einer bundesweiten Aktion der Polizei angegangen, alleine 60 Hausdurchsuchungen werden wegen Äußerungen in sozialen Netzwerken durchgeführt:

Was für Prioritäten!

Im März 2025 war im Radio (ffn) ein Beitrag über Ministerpräsident Weil, der der erste Fahrgast in einer Rikscha war.

Interessierte könnten sich zu „Piloten“ ausbilden lassen.

Niedersachsen, das Land mit dem größten Automobilkonzern der Welt, macht inzwischen autofeindliche Politik und setzt auf Rikschas.

- Innere Sicherheit:

Auch zu diesem Thema könnte man eine eigene Abhandlung schreiben.

Das Sicherheitsgefühl der Bürger hat enorm gelitten. Aber es ist nicht nur eine diffuse Empfindung, sondern die Sicherheit der Bürger ist tatsächlich in Gefahr. Ob Belästigungen im Freibad, Auto-Überfahrten auf den Weihnachtsmärkten, Messerstechereien am Bahnhof, oder Vergewaltigungen im Park- die Unfähigkeit, die innere Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, lässt das Vertrauen in den Staat sinken! Betonpoller und Messerverbotzonen helfen da wenig und sind Zeichen dafür, dass die Lage bedrohlich ist!

Was hat eine Opposition damit zu tun, dass die Lage ist, wie sie ist und die Anzahl an „Gefährdern“, die längst nicht mehr alle überwacht werden können, steigt?

Macht man diese Fälle öffentlich, spricht die Lage an, dann delegitimiert man angeblich den Staat. Dabei hätte doch die Regierung die Aufgabe, diese Zustände abzustellen und nicht der Opposition den schwarzen Peter zuzuschieben!

Schnell werden nach Anschlägen Demos gegen Rechts organisiert und vor einer „Instrumentalisierung“ gewarnt. Das löst aber das Problem nicht!

Dadurch wird keine Bus- oder Bahnfahrt sicherer, dadurch hört das Mobben von Kindern in den Schulen nicht auf!

Ein Staat, der die Sicherheit seiner Bürger aufs Spiel setzt, der braucht sich nicht darüber aufregen, dass die Menschen kein Vertrauen mehr haben in die Wirksamkeit der Staatsorgane! Eine Herabwürdigung oder Verächtlichmachung des politischen Systems oder seinen Repräsentanten läge meiner Meinung nach vor, wenn man die Fahne anpinkelt (wie jugendliche, Grüne das gemacht haben), oder in Analogie zu Jan Böhmermann unseren Präsidenten einen Z... F... nennen würde (wie er es mit dem Türkischen Präsidenten Erdogan getan hat).

Das macht aber keiner- zumindest nicht in der AfD!

Gebrochene Wahlversprechen eine Lüge zu nennen, oder

Steuergeldverschwendung anzuprangern- das ist die Aufgabe einer Opposition!

Wenn man nur noch loben dürfte, dann wäre auch nicht möglich, den Bürgern klar zu machen, dass eine andere Politik notwendig ist! Manchmal muss man diese Aufklärungsarbeit auch mit Zuspitzungen betreiben! Das nutzen ja auch die anderen Parteien! Warum sollte es den Regierungsparteien erlaubt sein zuzuspitzen und der Opposition nicht?

Marode Straßen, einstürzende Brücken, ein Gesundheitssystem, in dem man monatelang auf einen Facharzttermin warten muss und ein Land, in dem die durchschnittliche Lebenserwartung entgegen des Trends der OSZE-Staaten sinkt statt steigt.

Ein Staat, der zu solchen Fehlleistungen fähig ist, den braucht man gar nicht delegitimieren- ein solcher Staat delegitimiert sich selbst!

Und er setzt dem Ganzen noch die Krone auf, wenn er Kritik an seinem Versagen kriminalisiert!

Der Verfassungsschutz sagt, dass zur Untergrabung und zum Vertrauensverlust auch führt, wenn man Verschwörungstheorien verbreitet.
Damit würde angeblich die Stabilität der Demokratie gefährdet werden.
Das finde ich interessant!

Weil Erstens: Was sind Verschwörungstheorien?

Zur Coronazeit galt es als Verschwörungstheorie, wenn man meinte, der Impfstoff schütze nicht vor einer Ansteckung. Oder wenn man sagte, Schulschließungen seien nicht nötig, weil Kinder ohne schwere Vorerkrankungen nur ein sehr geringes Risiko tragen, schwer zu erkranken. Wer vor möglichen Nebenwirkungen warnte, galt als Covidiot oder Schwurbler. Im Nachhinein wurden alle diese Verschwörungstheorien bestätigt! Aufgrund der RKI-Files kam sogar raus, dass die Politik dies alles wusste und massiv Druck auf die Wissenschaft ausgeübt hat! Aus „Flatten the Curve“ wurde die Erkenntnis, dass das Gesundheitssystem nie vor dem Zusammenbruch stand und sogar während der Coronajahre Bettenkapazitäten abgebaut wurden!

Solange Kritiker also etwas behaupten, was von der Regierungsmeinung abweicht ist das eine Verschwörungstheorie, aber die Regierung kann ohne Nachweise, ein richtiges Zulassungsverfahren und ohne Langzeitstudien einfach irgendwas behaupten und das ist dann gesetzt?

Ehrlich? Das macht einen heute der „Delegitimierung des Staates und seiner Institutionen“ schuldig?

Und wer hat denn nun eigentlich im Nachhinein betrachtet die Fakenews in die Welt gesetzt? Zum Beispiel, dass die Enkel ihre Oma mit dem bösen Virus töten, wenn sie sie besuchen?

Zweitens: Für wie schwach hält der Verfassungsschutz unsere deutsche Demokratie? Man müsste meinen, dass eine Demokratie, die tatsächlich so schwach bestellt ist, dass sie durch „Storys“ in sozialen Medien ins Wanken gerät, bei uns in Deutschland gar nicht gegeben ist! Wir haben seit dem zweiten Weltkrieg eine stabile Demokratie, die nicht nur von ein paar Wenigen, sondern von einer breiten Gesellschaft getragen wird!

Drittens: Falschmeldungen entkräftet man am effektivsten mit der Wahrheit! Noch hat sich jede Wahrheit gegenüber der Lüge Bahn gebrochen!

Wer entscheidet, was Fakt ist und was nicht?

Folgt man dem Glauben an den menschengemachten Klimawandel nicht, ist man dann Klimaleugner und darf nichts mehr sagen?

Wer entscheidet darüber, wer etwas sagen darf und wer nicht? Die vom Staat bezahlten Faktenchecker? Der Bundeskanzler, der selbst seinen Wahlkampf auf falschen Wahlversprechen aufgebaut hat? Der Chef des Verfassungsschutzes, der selbst für die CDU in den Bundestag gewählt werden wollte?

Wer kann schon von sich behaupten, er sei im Besitz der absoluten Wahrheit?

Wenn falsche Behauptungen polarisieren können und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden können, dann muss die Frage erlaubt sein, wer polarisiert in Deutschland?

Wer gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Ist es der, der eine andere politische Position vertritt, oder der, der eine bestimmte politische Richtung als außenseitig erklärt, mit der man sich nicht gemein machen dürfe?

Wer entscheidet, wer „der Spaltkeil“ ist?

Viertens: Deutschland hat mit dem Inlandsgeheimdienst, der seine Bürger überwacht eine ziemlich außergewöhnliche Institution geschaffen! Die allermeisten Länder auf der Welt kommen ohne so etwas aus! Warum braucht ausgerechnet Deutschland einen Verfassungsschutz, um die Demokratie vor Verschwörungstheorien zu beschützen? Sind wir wirklich anfälliger für sowas als der Rest der Welt?

Fünftens: Es ist ja nicht so, dass die angebliche Delegitimierung des Staates nur auf Deutschland begrenzt ist.

Deutschland ist auch im Ausland aufgrund dieser schlechten Politik weit weniger anerkannt und zunehmend international isoliert!

Mit Russland stehen wir durch unsere Waffenlieferungen und durch die Außenpolitik der Annalena Baerbock inzwischen quasi im Krieg.

Russische Menschen sehen Deutsche mittlerweile in Umfragen als der Hauptfeind! Auch in den USA ist Deutschland nicht mehr als Partner angesehen.

Vor dem Treffen zwischen der Bundesregierung unter der Administration unter Donald Trump gab es deutliche Worte zur Meinungsfreiheit in Deutschland von US-Vizepräsident Vance. Daraufhin machte sich Friedrich Merz vor seinem ersten Treffen mit Trump quasi in die Hose- so groß war die Angst, vor diesem Treffen! Kein Wunder: Friedrich Merz (CDU) und Lars Klingbeil von der SPD hatten sich im US-Wahlkampf auch massiv für Trumps Konkurrentin Harris stark gemacht.

Unser Staat hat bei Freund und Feind im Ausland stark an Ansehen verloren und das hat nichts mit der Opposition in Deutschland zu tun, sondern mit den handelnden Personen in der Regierung!

Sollte ein Gericht tatsächlich „Kadavergehorsam“ von einer Opposition fordern, damit sie solche Missstände nicht mehr anspricht und die Verantwortlichen nicht benennt und als das bezeichnet, was sie sind- unfähig, nur damit die Bürger nicht verunsichert werden? Das kann doch ernsthaft niemand verlangen!

Die Politiker tragen Verantwortung für die hier lebenden Menschen! Sie sind zuallererst dem eigenen Volk verpflichtet, so, wie es ihr Amtseid verlangt!

Nicht für die Ukrainer, nicht für die Afghanen. Sie sind durch das deutsche Volk gewählt, um für das Volk zu dienen! Und es ist die Aufgabe einer

Opposition, sie daran gelegentlich zu erinnern, auch wenn das mitunter schmerzhaft sein mag!

Es gibt überdies **auch keine einheitliche Definition dafür, was eine Verschwörungstheorie überhaupt ist!**

Wer entscheidet, ob es eine ist?

Im Moment beurteilen „Experten“, Wissenschaftler, Medien und Behörden ob bestimmte Behauptungen Verschwörungstheorien sind. Manchmal beziehen sie sich dabei auf Fakten, die keine sind, da sie nicht objektiv sind. Beispiele dafür sind zum Beispiel die Hearings von Wissenschaftlern, bei denen nur bestimmte Wissenschaftler gehört werden. Wissenschaftler erhalten wahrscheinlich auch nur dann lukrative Regierungsaufträge, wenn sie „in die Richtige Richtung“ forschen.

Wir sehen immer wieder, dass es gar nicht so einfach ist, zwischen Verschwörungstheorie und legaler Meinungsäußerung zu unterscheiden. Diese Grenze wollte ja gerade Frau Faeser verschieben und auch Meinungen verfolgen, die eben nicht gegen das Gesetz verstoßen!

Wissenschaftler und Experten kann man auch unter Druck setzen. Das haben wir bei Corona gesehen!

Als Experten gelten auch so Leute, wie der Volksverpetzer oder Correctiv oder die Amadeu-Antonio-Stiftung, die im Auftrag und auf Rechnung der Regierung, Fakten checken.

Die Medien- das habe ich anfangs bereits erwähnt sind größtenteils unter der Kontrolle regierungsnaher Personen. Der öffentliche Fernseh- und Radiofunk sowieso.

Und von Ministerien und Behörden will ich gar nicht erst anfangen- das liegt auf der Hand!

Unsere Gegner halten also derzeit alle die Positionen, aus denen heraus sie eine Meinung als legitim oder als Fakenews nach Belieben abstempeln können!

Sie entscheiden, ob etwas unsere Demokratie gefährdet, oder stützt!

Kein Wunder, dass man uns über diesen Hebel den Angriff auf die Demokratie vorwirft!

Sagt Herr Lauterbach- überspitzt, dass wir alle an Hitze sterben werden, dann stützt das offenbar die Demokratie, weil sich dann alle daran halten, viel Wasser zu trinken. Erwähnt man dagegen, dass es extreme Hitze auch schon früher gab und sich das Klima in einem natürlichen, ewigen auf- und ab ständig verändert, dann ist das etwas, was unsere Demokratie gefährdet- verstanden!

Der 9 Monate in Untersuchungshaft eingesperrte Michael Ballweg kann davon wohl ein Liedchen singen!

Die Vorwürfe von Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Betrug haben sich inzwischen auf wundersame Weise in einen Anspruch auf Steuererstattung von 200 000 € gewandelt.

Wahrscheinlich hat man auch bei Ihm alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den „Querdenker“ und „Verschwörungstheoretiker“ zeitnah aus dem Verkehr zu ziehen, bevor der Protest zu groß würde.

Zuletzt ein Vorwurf, der die AfD aus linken Kreisen immer mal wieder trifft: Die AfD würde sich „in die Tradition des Nationalsozialismus stellen“, so als wären wir quasi die Nachfolgeorganisation, was natürlich Blödsinn ist!

Das lässt sich schon daran ablesen, dass sehr viele unserer Abgeordneten Bilder von Claus Schenk Graf von Stauffenberg in ihren Büros haben, der ja seit dem misslungenen Anschlag auf Adolf Hitler für den Widerstand Deutschlands- auch aus den Reihen des Militärs steht. Jedes Jahr zum 20. Juli sieht man viele Posts in den sozialen Medien, die die Tat von Stauffenbergs würdigen.

Das trifft sicherlich nicht auf alle AfD-Ler zu, aber immerhin reichte damals die Titulierung Stauffenbergs als Verräter für einen Parteiausschluss von Lars Steinke. Man kann also sagen, dass diese Position der Würdigung des Widerstandes eher mehrheitsfähig ist, als die Gegenposition Steinkes es war bzw. ist.

Zudem hatte die AfD niemals Mitglieder der NSDAP in ihren Reihen!

Dass die AfD sich in die Tradition des dritten Reichs stellen würde, ist also völlig daneben!

Jetzt würde jeder vermuten, dass unsere meist grünlinken Gegner mit der Tradition der Nationalsozialisten erst recht nichts zu tun hätten, doch weit gefehlt!

In vielen Parteien wurden nach dem Krieg ehemalige Mitglieder der NSDAP aufgenommen und kamen zum Teil auch zu Amt und Würden. Die grüne Partei wurde nachweislich von einem ehemaligen Mitglied der NSDAP mitgegründet.

Aber auch Handlungen können ja „in der Tradition stehen“.

Mir fällt da spontan ein, der Fall, wo im April 2024 in Hassenroth in Hessen am Ortsschild ein weiteres Schild angebracht war, auf dem die Prozentzahl der AfD-Wähler der Gemeinde aufgeschrieben war („30% Nazi-Wähler“).

Mich erinnerte das stark an die Schilder der Nazis auf denen geschrieben wurde „Vorsicht, Juden im Ort“!

Nun will ich wirklich nicht so weit gehen, das furchtbare Schicksal der Juden im Nationalsozialismus mit der heutigen Situation der AfD aufzuwiegen, aber die innere Haltung derer, die sowas machen, scheint mir Parallelen zu haben!

Was muss in einem vorgehen, der solche Mittel anwendet, um den Gegner zu dämonisieren?

Dass derjenige offenbar vor „Nazis“ warnen möchte, beruhigt nicht, da er ja offensichtlich keine Ahnung hat, was Nazis wirklich sind!

Er richtet sich einfach gegen sein Feindbild und ähnlich haben das auch die Leute gemacht, die früher Menschen dämonisiert haben.
Auch in Bad König im Odenwaldkreis wurden solche Schilder aufgehängt („Vorsicht, 32% AfD ! NAZI-WÄHLER !“)
In Nieder-Kinzig ebenfalls.

Auch Parteiverbote gab es unter den Nazis. 1933 wurde die SPD verboten.
Heute strebt die SPD ein Parteienverbot gegen die AfD an.

Auch Beamte wurden aus dem Staatsdienst entfernt- so ähnlich, wie man es heute in Rheinland-Pfalz wieder vor hat mit AfD-Mitgliedern. Damals war es das Gesetz zur „Wiederherstellung des Beamtentums“ vom 7. April 1933 durch die Nazis, dass die radikale „Säuberung“ des öffentlichen Dienstes zum Ziel hatte.
Heute ist das das Bestreben einer SPD-Grünen-FDP-geführten Landesregierung.

Schlägertrupps, die Versammlungen von Gegnern angreifen, habe ich nun schon häufiger erwähnt. Nur noch nicht, dass auch diese in der Tradition der 20er und 30er Jahre stehen! Gewalt als Mittel, um den Gegner mundtot zu machen, hat damals für Aufruhr auf den Straßen der Weimarer Republik gesorgt und zumindest für Furore sorgt es auch heute noch, wenn linke Kräfte mit Rauchbomben bewaffnet Barrikaden errichten, um Parteitage zu verhindern oder Infostände zu stürmen. Man will den öffentlichen Raum „erobern“, der ihnen aber gar nicht gehört!
Er gehört dem Staat, der seine Regeln durchsetzen muss! Nur, wer völlig verhetzt ist, akzeptiert das nicht und sagt „diese Meinung ist ein Verbrechen“! Wenn, dann wäre die Polizei die, die das ahnden würde- nicht der selbsternannte „Demokratieretter“, der in der Tradition alá Rotkämpferbund und SA, den Kampf selber auf der Straße führen will!

Wenn man also schaut, wer sich tatsächlich mit Worten und Taten (und Straftaten) in die Tradition derer stellt, die schon einmal unser Land in den Abgrund führten, dann ist auch hier unsere Gegnerschaft näher dran am Vorwurf, als die AfD!

Fazit:

Es hat sich nichts geändert!

Wer uns als Freiheitskämpfer gesehen hat, tut es immer noch und wer uns als Nazis bezeichnet hat, der tut es immer noch.

Ob man Gegner und Befürworter der AfD ist, hängt leider doch viel von der eigenen Betrachtungsweise ab und weniger von den Fakten. Sonst müsste es auch Verbotsanträge gegen die Altparteien geben!

Jede Medaille hat zwei Seiten. Für den einen ist man Held, für den anderen ein Verbrecher- daran wird wohl auch diese Ausarbeitung nichts ändern!

Unsere Gegner legen uns unsere Äußerungen und jeden kleinen Fehler unnachgiebig negativ auf Brot. Okay, das würden wir vielleicht auch so machen- so ist halt das Spiel heutzutage!

Aber jenseits der Scharmützel, da muss man doch einmal die Fakten betrachten! Wer tut wirklich etwas und wem wird bloß vorgeworfen, dass er das wohl tun würde?

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Ich kann für mich sagen, was man der AfD vorwirft, das konnte sie noch nicht tun, weil sie an keiner Regierung beteiligt ist. Wir hatten schlicht noch nicht die Situation, dass wir in Verantwortlicher Position waren. Bisher haben wir immer aus der Opposition heraus agiert. Ob die Befürchtungen unserer Gegner berechtigt sind, dass kann keiner sagen! Ich halte sie jedenfalls für maßlos übertrieben, für eine Art Naziphobie, die man auf jeden, der von der Mainstreammeinung abweicht überträgt. Ich kann aber sagen, was die anderen Parteien derzeit tatsächlich tun und was sie getan haben!

Das ist einfach Fakt. Und an diesen Früchten, da messe ich die anderen Parteien! Und daran abgelesen ist die Sache eindeutig:

Die AfD ist nicht EXTREM! Die AfD agitiert nicht kämpferisch gegen die FDGO, sondern verteidigt diese gegen eine etablierte, politische Klasse, die nicht bereit ist, den eingeschlagenen Kurs zu ändern- selbst, wenn das Volk dies möchte! (und immerhin äußern sich 52% im Umfragen eher konservativ- oder was man dafür hält- also entweder dazu, die AfD oder die CDU wählen zu wollen)

Die AfD will keinen anderen Staat, sondern verteidigt den Staat gegen die Versuche, der Kartellparteien CDU, SPD, Grüne und Linke, das Land umzubauen und die Demokratie zugunsten einer „besonderen Vielfalt“ und „Buntheit“ abzuschaffen!

Sie geben ihre Macht nicht ab, sondern verteidigen sie in undemokratischer Art und Weise gegen die Opposition- auch mit den Mitteln des Staates, den sie sich zur Beute gemacht haben!

Das Verhalten des Verfassungsschutzes und der Altparteien ist undemokratisch und beängstigend!

Die Medien sind zu großen Teilen gleichgeschaltet.

Die Institutionen des Staates sind in Schlüsselpositionen mit Parteimitgliedern besetzt, die den Staatsapparat gegen die Opposition in Stellung bringen.

Das bedeutet, dass die Demokratie in Deutschland tatsächlich in Gefahr ist, und zwar nicht durch die AfD, sondern durch die Kartellparteien von CDU, SPD, Grüne, FDP und Linke!

Die AfD- das habe ich auf den vorangegangenen Seiten versucht darzustellen, verfolgt keine Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten!

Alle diese Vorwürfe halten einer sachlichen Überprüfung nicht stand!

Die AfD garantiert die Menschenwürde und grenzt niemanden aufgrund seiner sexuellen Orientierung, seiner Religion oder einer Behinderung aus!

Wir verfolgen aber tatsächlich eine vollkommen andere Politik, als die, die derzeit von den im Bundestag vertretenden Parteien verfolgt wird! Darum werden wir bekämpft obwohl unsere politischen Forderungen legitim sind!

Statt unserem Wunsch, die Demokratie mit Elementen direkter Demokratie weiterzuentwickeln, **ist Deutschland derzeit auf dem Weg in eine Demokratie ohne Opposition!**

Eine Art Hochsicherheitsdemokratie, mit Meinungsbewachung, Parteienachweis und moralischer Zugangskontrolle.

Eine Demokratie, in der Wahlen stattfinden dürfen, solange das Ergebnis vorher feststeht und in der alternative Politikansätze einfach verboten werden. Dieses Deutschland ist die Beute eines Parteienkartells, dass sich die Macht sichert, um ihre Politik durchzuziehen, ihre Posten zu behalten und um ihre Leute zu versorgen, was den Wählerwillen zunehmend aushebelt und so die Demokratie zerstört.

Die AfD ist für dieses Kartellsystem eine Gefahr, weshalb alle anderen Parteien eine Absprache getroffen haben, die im Volksmund „Brandmauer“ heißt.

Diese „Brandmauer“ hebelt das freie Mandat aus.

Dahinter stehen Leute, die sich so ihre Macht sichern und die eigenen Leute „auf Linie“ bringen. Wer die Brandmauer verletzt, der gefährdet seine Karriere und damit seine Versorgung durch das Kartellsystem.

Gegen diese Kräfte steht die AfD und darum wird sie auch so vehement bekämpft. Der wachsende Zuspruch bei Wahlen scheint eine Art „letztes Gefecht“-Stimmung bei den anderen Parteien ausgelöst zu haben. Sie bereiten den Umbau des Verfassungsgerichtes mit Leuten vor, die der Parteilinie folgen, um ein etwaiges Parteiverbotsverfahren gegen die AfD zum Erfolg zu führen.

In meinen Augen ist das ein Staatsstreich von oben.

Die Bürger sollen das erkennen und diese Pläne durchkreuzen. Das ist meine Hoffnung!

Es ist an uns, die Demokratie in Deutschland zu verteidigen und zu erhalten!

Nicht, indem wir andere Parteien verbieten, sondern indem wir die Demokratie hochhalten und einen Wechsel durch Wahlergebnisse wahr machen!

Nie wieder ist jetzt!

Nie wieder SPD!

Nie wieder CDU!

Nie wieder Grüne!

Thomas Schlick, Wolfsburg, 11.07.2025